

**DEUTSCHE AUßENPOLITIK  
IN DER IRAK-KRISE**

JAN RYJÁČEK

**Inhalt**

<b>I. Einführung</b> .....	174
1. Einleitung in das Thema .....	174
2. Zielsetzung und Inhalt der Studie .....	175
<b>II. Irak-Krise</b> .....	176
1. Problemkomplexe der Irak-Krise .....	177
2. Verlauf der Irak-Krise .....	181
<b>III. Deutsche Politik in der Irak-Krise</b> .....	187
1. Deutsche Außenpolitik in den einzelnen Etappen der Irak-Krise ....	188
2. Positionen Deutschlands zu den Problemfeldern der Irak-Krise ....	214
<b>IV. Deutsche Politik in der Krise: Ursachen und Folgen</b> .....	222
1. Theorien in der Forschung zur deutschen Außenpolitik .....	222
2. Zusammenfassung der Motive und Gründe .....	236
3. Folgen für die langfristige Entwicklung der deutschen Außenpolitik .....	238
<b>V. Schlussfolgerung</b> .....	243

## I. Einführung

### 1. Einleitung in das Thema

Die Entwicklung der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung ist eines der viel diskutierten und untersuchten Themen in der heutigen politikwissenschaftlichen Debatte und Forschung. Die Frage, inwieweit grundlegende Veränderungen sowohl des außenpolitischen Umfeldes als auch der innenpolitischen Lage die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland beeinflussten bzw. beeinflussen, wird immer neu aufgeworfen und debattiert. Die deutsche Politik während der Irak-Krise 2001–2003 gehört zu den umstrittensten Ereignissen seit der deutschen Wiedervereinigung. Deshalb ist sie es wert, studiert und analysiert zu werden.

Die deutsche Außenpolitik ist schon seit der deutschen Vereinigung im Jahre 1871 ein „Sonderfall“. Die aus heutiger Sicht fraglichen Versuche, das sog. Optionsdilemma<sup>1</sup> – also die Notwendigkeit, sich aufgrund der Lage in der Mitte Europas entweder für den Osten oder für den Westen entscheiden zu müssen – durch eine Art Schaukelpolitik zwischen dem Osten und dem Westen zu lösen, war einer der Gründe für eine katastrophale Außenpolitik Deutschlands am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Dieses Optionsdilemma wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aktuell. Die erfolgreiche Politik der Westbindung Konrad Adenauers gründet sich auf seinen Bemühungen, das Dilemma zu lösen: „Die Bundesrepublik ist aufgrund ihrer geographischen Lage in der Mitte Europas und ohne geschützte Grenzen gezwungen worden, sich für die eine oder für die andere Seite zu entscheiden, wenn sie nicht zerrieben werden wollte.“<sup>2</sup> Die in beschränktem Rahmen handelnde Bundesrepublik Deutschland musste also in ihrer Außenpolitik besonders vorsichtig vorgehen. Die Bundesrepublik sozialisierte sich in der westlichen Gemeinschaft mit bestimmten Verhaltensnormen und –mustern, wie sie im Folgenden genauer beschrieben werden. Diese Normen und Interessen standen im Einklang mit realpolitischem Denken. Den Entscheidungsträgern war nämlich klar, dass ein deutsches Streben nach einer klassischen vollständigen Souveränität (also ohne inter- und supranationale Beschränkungen) sofort eine Gegenreaktion hervorrufen würde. Man kann also den Begriff einer spezifischen

---

<sup>1</sup> Dazu Schöllgen 2000, 45ff.

<sup>2</sup> Adenauer, Konrad: Erinnerungen I, 26, zit. nach Schöllgen 2000, 48.

deutschen außenpolitischen Identität verwenden, welche durch die Koexistenz einiger innerstaatlich sozial konstruierten und sich im internationalen Umfeld auswirkenden Normen und klassischen außenpolitischen Instrumenten und Interessen geprägt war.

In dieser kurzen Einleitung will ich mich nicht mit dem ganzen Problem der Veränderungen in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung auseinandersetzen, sondern lediglich darauf hinweisen, dass die grundsätzliche Diskussion sich um die Frage dreht, ob die in der deutschen Außenpolitik zu beobachtenden Veränderungen sozusagen „Symptome“ einer grundlegenden Wandlung der deutschen Außenpolitik oder lediglich „Anpassungen“ einer in ihren Grundzügen nicht veränderten Außenpolitik an ein verändertes internationales Umfeld sind. Im Kontext dieser Debatte, in der Vertreter beider Lager plausible Argumente vorbringen, soll auch diese Studie betrachtet werden.

Die Irak-Krise, also die Auseinandersetzung innerhalb der (westlichen) Staatengemeinschaft, wie mit dem Regime von Saddam Hussein umgegangen werden sollte, verursachte eine der tiefsten Krisen innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft seit dem Zweiten Weltkrieg. Deutsche Außenpolitik, deren wesentlichster Zug die Ablehnung der militärischen Intervention gegenüber dem Irak war, kann man aus vielen Gesichtspunkten betrachten und analysieren, wie sie diese Arbeit bietet.

## **2. Zielsetzung und Inhalt der Studie**

Angesichts des Mangels an Beschreibungen der deutschen Außenpolitik in der Irak-Krise war für die vorliegende Studie eine gründliche empirische Arbeit notwendig. Das Ziel dieser Arbeit ist also die Beschreibung der deutschen Außenpolitik in der Irak-Krise und Herausarbeitung der wesentlichsten Züge. Eine bloße Beschreibung reicht aber nicht aus, um die ganze deutsche Außenpolitik bzw. allgemein eine Außenpolitik zu verstehen. Jede Realität, die beschrieben wird, „bedarf der Interpretation“<sup>3</sup> und sollte in Zusammenhänge gestellt und gedeutet werden. Ein klassisches Instrument, wie man das beschriebene Verhalten eines Staates deuten kann, bietet die sog. „theoriebezogene Außenpolitikanalyse“. Im Sinne der klassischen deutschen Gesellschaftsforschung versuchen die jeweiligen Außenpolitiktheorien „auf Grund des

---

<sup>3</sup> Vgl. Krell 2004, 59.

jeweiligen Standes unseres Wissens und der uns zur Verfügung stehenden begrifflichen Gebilde, Ordnung in das Chaos von [...] Tatsachen zu bringen“.<sup>4</sup> In dieser Methode werden aufgrund der empirischen Forschung und Beobachtung theoretische Modelle konstruiert, die außenpolitisches Verhalten eines Staates zu erklären versuchen. Die Plausibilität dieser Theorien wird dann an einem konkreten Beispiel überprüft und führt zu Beschlüssen über die Gültigkeit der jeweiligen Theorie. Die Außenpolitiktheorien können und wollen natürlich nicht die Gesamtheit der Außenpolitik erfassen und erklären. Trotzdem sind sie sehr nützlich, um Verhaltensmuster zu analysieren und bei der Erforschung der Motive des außenpolitischen Handelns die Richtung zu weisen. Im Folgenden werden nacheinander die drei meistverbreiteten Theorien Realismus, Liberalismus und Sozialkonstruktivismus verwendet, da dies Außenpolitiktheorien sind, die den Anspruch erheben, die Verhaltensgrundzüge von einzelnen staatlichen Akteuren zu erklären. Diese drei Theorien decken außerdem fast vollständig die allgemeinen Forschungsansätze ab und gehen von verschiedenen Ausgangspositionen aus – von der Struktur des internationalen Umfeldes im Falle des Neorealismus, von der Hervorhebung der Präferenzen von innenpolitischen Akteuren im Falle des Liberalismus und von der Analyse der Werte im Falle des Sozialkonstruktivismus.

## II. Irak-Krise

Die Auseinandersetzungen innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft, wie mit dem Problemfall Irak unter dem Regime Saddam Husseins umgegangen werden sollte, waren nicht neu und reichen bis in die achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts zurück. In diesem Kapitel wird erklärt, welche die wichtigsten Problemfelder der Irak-Krise(n) waren und warum der Streit so tief greifend und wichtig für die internationale Staatengemeinschaft war. Der diplomatische Irak-Streit war vor allem von den vier folgenden Problemkomplexen beherrscht:

---

<sup>4</sup> Weber, Max: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Weber, Max: Gesammelte Werke, Tübingen 1998, 207, zitiert nach: Krell 2004, 59.

## 1. Problemkomplexe der Irak-Krise

### *i. Irak als Hersteller von Massenvernichtungswaffen*

Die ersten Versuche des Iraks, Massenvernichtungswaffen herzustellen, reichen zurück bis in die 70er Jahre, nachdem Saddam Hussein durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen war. Ein groß angelegtes Atomwaffenprogramm wurde schon seit Mitte der 70er Jahre vorangetrieben. Diese Bemühungen waren aber größtenteils erfolglos, so dass die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) nach der militärischen Niederlage des Iraks 1991 zwar ca. 50 kg angereichertes, aber nicht waffenfähiges Uran sicherstellen konnte.<sup>5</sup> Alle bekannten Anlagen wurden in den 90er Jahren vernichtet. Es gibt bisher keine Beweise für die Existenz eines irakischen Atomwaffenprogramms nach dem Jahr 1994.

Wohl wichtiger in der Irak-Krise war das Problem der Chemiewaffen. Der Irak produzierte bis 1991 nach eigenen Angaben etwa 3800 Tonnen von Senfgas, Tabun, Sarin/Cyklosarin, VX, CS und eine entsprechende Menge Spezialmunition.<sup>6</sup> Ein Großteil davon war laut irakischen Angaben zwischen 1981 und 1988 „verbraucht“ worden, vor allem im Krieg gegen den Iran und gegen die Aufstände der kurdischen Bevölkerung.<sup>7</sup> Die mit der Vernichtung von irakischen chemischen und biologischen Waffen beauftragte United Nations Special Commission (UNSCOM) hat zwar alle gefundenen Kampfstoffe, Munitionsstücke und Produktionsanlagen zwischen 1991 und 1998 zerstört, dennoch kann man behaupten, dass es dem Irak gelungen ist, signifikante Mengen von chemischen Kampfstoffen zu behalten und dass der Irak unter dem Regime von Saddam Hussein auch nach 1991 über technische Möglichkeiten und Experten verfügte, um chemische Kampfstoffe und entsprechende Spezialmunition herzustellen.<sup>8</sup> Nach dem Abzug der UNSCOM im Herbst 1998 war es nur aufgrund von lückenhaften Geheimdienstinformationen möglich, die Bedrohung, welche diese Waffen darstellten, näher zu definieren.

Die irakische Regierung bestritt die Existenz eines Biowaffenprogramms bis 1995. Erst am 1. Juli 1995 gab die irakische Regierung aufgrund

---

<sup>5</sup> Meier 2003, Aktivitäten, 40.

<sup>6</sup> Hunger 2003, 51.

<sup>7</sup> Abschlussbericht der United Nations Special Commission (UNSCOM-Report) vom 29. 1. 1999, Appendix II, Punkt 5. <http://www.un.org/Depts/unscom/s99-94.htm> [4. 12. 2004].

<sup>8</sup> Hunger 2003, 52.

unwiderlegbarer Beweise zu, biologische Waffen hergestellt zu haben. Kurz danach floh Saddam Husseins Schwiegersohn Hussein Kamil, der das irakische Biowaffenprogramm geleitet hatte, nach Westen und bestätigte der westlichen Welt die seit 1974 bestehende Herstellung von biologischen Massenvernichtungswaffen. Die UNSCOM musste zugeben, dass sie in diesem Bereich zumindest zwischen 1991 bis 1995 „substantiell irreführend“<sup>9</sup> worden war. Die Unsicherheit, wie es sich eigentlich mit den irakischen Massenvernichtungswaffen verhielt, bzw. die Sicherheit, dass der Irak kein Interesse an einer transparenten Vernichtung von allen Massenvernichtungswaffen hatte, trug maßgeblich zu dem Beschluss der amerikanischen Administration bei, gegen den Irak militärisch vorzugehen. Sie war jedoch nicht der entscheidende Punkt.

## *ii. Irak als (regionale) Bedrohung*

Ein wichtiges Argument in den Auseinandersetzungen war das Risikopotenzial des irakischen Regimes. Der Irak hatte unter dem Regime von Saddam Hussein zwei Angriffskriege geführt: in den 80er Jahren gegen den Iran und gegen Kuwait. Das irakische Regime wurde in den Augen der USA nach wie vor als eine „potenzielle Bedrohung“ eingestuft.<sup>10</sup> Die neue Sicherheitsstrategie der USA, die stärker als in der Vergangenheit präventive militärische Schläge (in der Fachsprache antizipatorische Verteidigung) in den Vordergrund setzte, war auch einer der wesentlichsten Punkte auf dem Weg zum Irak-Krieg. So heißt es in der US-Sicherheitsstrategie: „Je größer die Bedrohung, desto größer das durch Untätigkeit entstehende Risiko – und desto zwingender das Argument für antizipatorische Selbstverteidigung, selbst wenn Unsicherheit darüber besteht, wann und wo der Feind angreifen wird.“<sup>11</sup> Mit dem Ziel, die Stabilität im Nahen Osten langfristig zu sichern, und um die aus dem Irak kommenden (auch die potenziellen) Sicherheitsrisiken zu eliminieren, entstand das Vorhaben, militärisch präventiv gegen den Irak vorzugehen. Im amerikanischen Ver-

---

<sup>9</sup> „... during the first four years of its activities, the Commission had been very substantially misled by Iraq both in terms of its understanding of Iraq’s proscribed weapons programmes and the continuation of prohibited activities, even under the Commission’s monitoring.“ UNSCOM-Report, Januar 1999, Absatz 12.

<sup>10</sup> Kubbig 2003, 32.

<sup>11</sup> Nationale Sicherheitsstrategie der USA, S. 1509. In: Dokumente zum Zeitgeschehen. Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2002, S. 1505–1512 bzw. <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf> [15. 7. 2004].

ständnis handelte es sich um die Eliminierung einer potenziellen Bedrohung, die entstehen könnte, wenn dem Irak gelingen sollte, ohne wirksame Rüstungskontrolle eine wesentliche Lockerung des Sanktionsregimes zu erzielen und erneute Aufrüstung (sowohl im konventionellen als auch im ABC-Bereich) mit den Erdöleinnahmen zu finanzieren.<sup>12</sup> Die erhöhte Bedrohungswahrnehmung nach dem 11. September bot den USA die Chance, diese Gefahr auszuschalten und den Krieg innenpolitisch zu legitimieren.<sup>13</sup> Ein solches Vorgehen sollte dann natürlich nicht nur das Irak-Problem dauerhaft lösen, sondern auch Ausdruck eines neuen sicherheitspolitischen Paradigmas der USA sein, das sich mit den Begriffen Unilateralismus, Streben nach absoluter Sicherheit und Präventivkriegsdoktrin beschreiben lässt.<sup>14</sup>

### *iii. Irak als Verächter der UN-Resolutionen*

Eines der wichtigsten Argumente in der Irak-Auseinandersetzung war die Tatsache, dass der Irak offensichtlich gegen einige Resolutionen des UN-Sicherheitsrates verstoßen hatte. Die Verstöße gegen das Völkerrecht im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen den Iran und mit der Produktion von Massenvernichtungswaffen in den 70er und 80er Jahren kann man vorerst ausklammern. Die wichtigste Phase begann mit der Resolution 687 vom 3. April 1991, welche die Bedingungen der Abrüstung festlegte. Der Irak sollte bedingungslos „alle chemischen und biologischen Waffen und [...] alle ballistischen Raketen mit einer Reichweite von über 150 km [...] zerstören, entfernen oder unschädlich machen.“<sup>15</sup> Im Falle von Atomwaffen war dafür die IAEA zuständig, in anderen Fällen eine neu eingerichtete Behörde, die UNSCOM. Die Geschichte der schwierigen Suche der internationalen Inspektoren nach den irakischen Massenvernichtungsmitteln ist detailliert anderswo beschrieben worden.<sup>16</sup> An dieser Stelle ist nur hinzuzufügen, dass der Sicherheitsrat bereits im August 1991 in der Resolu-

---

<sup>12</sup> S. Rudolf 2003, Außenpolitik, 148.

<sup>13</sup> Vgl. Rudolf 2003, Neuorientierung, 261. Des Weiteren wird zitiert: „We are now acting because the risks of inaction would be far greater [...] We choose to meet that threat now where it arises before it can appear suddenly in our skies and cities.“

<sup>14</sup> Vgl. dazu Rudolf 2003, Neuorientierung, 258–260.

<sup>15</sup> Resolution 687 des UN-Sicherheitsrates vom 3. 4. 1991, Teil C, Punkt 8. <http://www.un.org/Depts/unscom/Chronology/resolution687.htm> [6. 12. 2004].

<sup>16</sup> Eine umfassende Darstellung der internationalen Kontrollen ist auf der Homepage der UNSCOM nachzulesen, unter <http://www.un.org/Depts/unscom/Chronology/chronology.htm> [6. 12. 2004], mit Hinweisen auf Texte der UN-Resolutionen.

tion 707 feststellte, dass der Irak nicht vollständig kooperiere. In der Resolution 949 vom Oktober 1994 wurde „vollständige Kooperation gefordert“. Am 12. Juni 1996 stellte der Sicherheitsrat in der Resolution 1060 fest, dass die irakischen Aktivitäten einen „klaren Bruch der UN-Resolutionen darstellen“. Dasselbe geschah am 12. November 1997 in der Resolution 1137. Im Jahr 1998 verschärfte sich die Lage so, dass der Sicherheitsrat das irakische Verhalten sogar in drei Resolutionen verurteilte (Resolutionen 1154, 1194 und 1205). Am 16. Dezember 1998 verwies dann der Irak die internationalen Inspektoren als Folge eines scharfen Streites um den Zugang zu den sog. Präsidentenpalästen des Landes. Zu dem Ende der Inspektionen trug auch bei, dass es dem Irak gelang, die Autorität der Inspektoren systematisch zu untergraben und durch Verhandlungen innerhalb der UN etliche Ausnahmen zu schaffen.<sup>17</sup> Diese offene irakische Missachtung der oben aufgezählten UN-Resolutionen wurde im Winter 1998/1999 durch amerikanische und britische Luftangriffe „bestraft“ (Operation Desert Fox). Die UNSCOM wurde durch die United Nations Monitoring, Verification and Inspection Mission (UNMOVIC) ersetzt. Diese Behörde konnte ihre Aktivitäten im Irak erst im Dezember 2002 infolge der UN-Resolution 1441 aufnehmen. Das hier aufgelistete irakische Verhalten stellt einen sehr wichtigen Impuls für die amerikanische Politik gegenüber dem Irak dar. Das brachte auch George W. Bush in seiner Rede vor der Vollversammlung der UN im September 2002 zum Ausdruck: „Das Verhalten des irakischen Regimes ist eine Bedrohung der Autorität der Vereinten Nationen. [...] Müssen die Resolutionen des Sicherheitsrates befolgt und umgesetzt oder dürfen sie folgenlos beiseite geschoben werden?“<sup>18</sup>

#### *iv. Irak als despotisches Regime*

Es besteht kein Zweifel, dass im Irak unter der Herrschaft von Saddam Hussein eine harte Diktatur herrschte. Dass ein Staat Massenvernichtungswaffen gegen eigene Bevölkerung einsetzt, wie es im Jahr 1998 in den kurdischen Gebieten der Fall war, ist weltweit einmalig. Die irakische Bevölkerung litt in den 90er Jahren unter dem Sanktionsregime, wofür aber vor allem die irakische Regierung verantwortlich war. So missbilligte der

<sup>17</sup> Vgl. dazu Meier 2003, Atomenergiebehörde, 178.

<sup>18</sup> „Die Vereinten Nationen müssen ihre Verantwortung übernehmen“, Rede von Präsident George W. Bush vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 12. 9. 2002. In: Dokumente zum Zeitgeschehen. Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2002, S. 1270–1274, 1273.



UN-Sicherheitsrat in der Resolution 1441, dass „die Regierung Iraks ihren Verpflichtungen nach Resolution 688 betreffend die Beendigung der Unterdrückung seiner Zivilbevölkerung und die Gewährung des Zugangs für die internationalen humanitären Organisationen zu allen hilfsbedürftigen Personen im Irak [...] nicht nachgekommen ist“ und „bedauerte die dadurch verursachte Verlängerung [...] des Leids der irakischen Bevölkerung.“ Auch dieser Aspekt, spielte in den Überlegungen der Entscheidungsträger innerhalb der amerikanischen Administration eine wichtige Rolle. Zusätzliche Begründung und Priorität war die strategische Absicht, das ganze Gebiet des Nahen Ostens zu demokratisieren, welche als logische Folge der aus anderen Gründen durchgeführten militärischen Intervention entstand. Der neue demokratische Irak soll nach dieser „Domino-Theorie“ nur der Anfang einer demokratischen Transformation der ganzen Region sein.

## **2. Verlauf der Irak-Krise**

Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York ist es eindeutig geworden, dass die Gefahr des sogenannten „globalen Terrorismus“ eine neue Dimension erhalten hat und dass man diese Bedrohung viel intensiver als zuvor bekämpfen muss. Die unmittelbare Reaktion der USA und ihrer Verbündeten war der Versuch, die Wurzeln von Al-Kaida und den Taliban in Afghanistan auszurotten.

### ***i. I. Etappe – Von der Prioritätssetzung bis zur Resolution 1441***

Nachdem der Feldzug zur Bekämpfung des terrorunterstützenden Taliban-Regimes in Afghanistan abgeschlossen war (oder es zumindest so schien), deutete sich ein Richtungswechsel in der gesamten sicherheitspolitischen Strategie der USA ab. Einen ersten Ansatz für eine neue amerikanische Politik, die letzten Endes zum zweiten Irak-Krieg führte, kann man in der Rede von Präsident George W. Bush zur Lage der Nation am 29. Januar 2002 sehen, in der er den Irak beschuldigte, „seine Feindseligkeit zu Amerika zur Schau“ zu stellen, „Terror zu unterstützen“ und weiterhin „seit über zehn Jahren die Herstellung von Milzbranderregern, Nervengas und Nuklearwaffen“ zu planen, um gleich im Anschluss den berühmt gewordenen Ausdruck „Achse des Bösen“ zu verwenden.<sup>19</sup> In

---

<sup>19</sup> „Achse des Bösen“. Rede des US-Präsidenten George W. Bush zur Lage der Nation vom 29. 1. 2002. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2002, S. 368.

mehreren Reden und Aufsätzen<sup>20</sup> ließen dazu hohe Entscheidungsträger der amerikanischen Außenpolitik verlautbaren, dass das eigentliche Ziel nicht (nur) die Lösung des oben beschriebenen Problems der irakischen Massenvernichtungswaffen ist, sondern auch die Ablösung des irakischen Regimes.<sup>21</sup>

In der neuen sicherheitspolitischen Strategie der USA, die am 20. September 2002 erschien und deren Grundprinzipien schon zuvor in einigen Reden von hohen Repräsentanten der republikanischen Administration zu erkennen waren,<sup>22</sup> wurde diese neue Richtung am stärksten zum Ausdruck gebracht. Die Möglichkeit, präventiv bzw. präemptiv militärisch gegen potenzielle Risiken und Bedrohungen vorzugehen, die immer ein fester Bestandteil der Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten war, ist in diesem Dokument viel stärker als je zuvor verankert.<sup>23</sup> Auch die ideelle Begründung der verschärften Politik der USA gegenüber dem Irak ist in diesem Dokument zu finden. Unter maßgeblicher ideologischer Beteiligung der so genannten Neokonservativen verkündeten die USA einen weltweiten Feldzug zur Durchsetzung von Demokratie und Freiheit in der ganzen Welt: „Die Menschheit hat die Möglichkeit, den Triumph der Freiheit voranzutreiben. Die Vereinigten Staaten begrüßen ihre Verantwortung, bei dieser großartigen Mission eine führende Rolle zu spielen.“<sup>24</sup> An dieser Stelle muss aber auch erwähnt werden, dass diese einflussreiche Gruppe vielmehr den Krieg gegen den Terrorismus für ihr lang erstrebtes Ziel nutzte, das Regime von Saddam Hussein zu stürzen.<sup>25</sup> In der Administration von George W. Bush bekamen sie die Chance, ihre Ideen in Politik umzusetzen. Viel wichtiger als die Geschichte oder die gegenwärtige Lage bezüglich des Irak waren jedoch die potenziellen künftigen Entwicklungen. Die amerikanischen Sicherheitspolitiker realisierten, dass das bisherige Sanktionsregime auf Dauer nicht haltbar und die Perspektive eines Iraks, der unter der Führung von Saddam Hussein uneingeschränkt über

---

<sup>20</sup> Siehe Dembinski – Wagner 2003, 32, Anm. 9.

<sup>21</sup> Vgl. Harnisch 2004, 13.

<sup>22</sup> Vgl. z. B. die Rede von George W. Bush in West Point am 1. 6. 2002. (Remarks by President Bush at 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy, West Point, June 1 2002.)

<sup>23</sup> Vgl. Nationale Sicherheitsstrategie der USA, Teil V.

<sup>24</sup> Einleitung zu der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA. In: Blätter zur deutschen und internationalen Politik 11/2002, S. 1393.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Rudolf 2003, Neuorientierung, 263f.

seine Ölressourcen verfügt, für die amerikanischen Interessen im Nahen Osten sehr gefährlich sind.

Mit dieser neuen Priorität der amerikanischen Außenpolitik musste sich die internationale Staatengemeinschaft und vor allem Europa als Verbündeter der USA auseinandersetzen.

Im Frühjahr 2002 wurde das Thema Irak kaum öffentlich und offiziell besprochen, man kann jedoch einige sich herausbildende Positionen identifizieren.

Beim Treffen des Europäischen Rates am 17. Februar 2002 in Barcelona sei das Thema lediglich „hinter den Kulissen“<sup>26</sup> behandelt worden, wobei die Staats- und Regierungschefs dem Irak empfahlen, die Inspektoren in den Irak zurückkehren zu lassen. Im Falle einer Ablehnung könnte eine „gezielte und begrenzte amerikanische Militäraktion“<sup>27</sup> durchgeführt werden. Bis ungefähr zu diesem Zeitpunkt kann man von einer gemeinsamen Position der EU-Mitglieder sprechen und ungefähr hier kann man im Nachhinein den Anfang der Irak-Krise ausmachen, welche die Europäische Union tief spaltete. Die zentrale Frage der internationalen Diplomatie lautete nämlich, wie man den Irak zwingen kann zu beweisen, dass er über kein Massenvernichtungswaffenprogramm mehr verfügt bzw. dass er die gesamten Vorräte an Massenvernichtungswaffen vernichtet hatte. Es herrschte kein Zweifel daran, dass die irakische Regierung die internationalen Inspektionen lange Jahre systematisch betrogen und irreführt hatte. Aber die Ansätze, wie man im Problemfall Irak weiter vorgehen sollte, waren sehr unterschiedlich. Man kann hier also die erste Etappe der Irak-Krise identifizieren: seit der Zielsetzung der Bush-Administration im Frühjahr 2002 bis zu der Resolution 1441 des UN-Sicherheitsrates vom 8. November 2002. In dieser Phase legten die USA als treibende Kraft der Entwicklung das Thema Irak auf die Verhandlungstische und versuchten, internationale Unterstützung für eine rasante Lösung des irakischen Problems zu finden. Innerhalb der amerikanischen Regierung bestand in diesem Zeitraum die Tendenz, sich einerseits auf die Absprache mit möglichen Bündnispartnern zu konzentrieren, andererseits militärische Planungen durchzuführen und diplomatischen Druck auf den Irak zu erhöhen. Um bessere internationale Akzeptanz für die amerikanische Politik zu gewinnen, wählte die Bush-Administration zuerst den Weg über die Vereinten Nationen. Die zuvor angekündigte Priorität, das

---

<sup>26</sup> „Mehrheit der EU-Partner für begrenzte Aktionen gegen Irak“, FAZ, 18. 3. 2002, S. 1.

<sup>27</sup> Ebd.

irakische Regime zu wechseln, verschwand Anfang Sommer 2002 aus den öffentlichen Erklärungen der US-Entscheidungsträger und die mögliche Verknüpfung von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen geriet wieder in den Vordergrund. Der UN-Gang hatte seinen ersten Höhepunkt in der Rede von George W. Bush vor der UN-Vollversammlung im September 2002, in der er explizit vor der „Bedeutungslosigkeit“ der UN warnte.<sup>28</sup> Es ist inzwischen klar, dass die USA in den UN-Verhandlungen hauptsächlich eine völkerrechtliche Legitimation für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak suchten.<sup>29</sup> Die innenpolitische Debatte in den USA, die ab Ende Juli 2002 im US-Kongress stattfand, endete mit einer Erklärung beider Häuser des Kongresses, die den US-Präsidenten ermächtigte, „militärische Gewalt gegen den Irak anzuwenden, um (1) die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten gegen die fortdauernde Bedrohung durch den Irak zu verteidigen und (2) alle relevanten Irak-Resolutionen des UN-Sicherheitsrats durchzusetzen“.<sup>30</sup>

Wie schon angedeutet, verständigte sich die internationale Gemeinschaft am 8. November 2002 in der Irak-Frage auf einen Kompromiss, nämlich die Resolution 1441 des UN-Sicherheitsrates. Dieser gab den USA keine direkte Legitimation zur Anwendung militärischer Gewalt, es wurden aber zwei grundlegende Bedingungen der Bush-Administration erfüllt: Das irakische Verhalten nach 1991 wurde erstens als „erhebliche Verletzung“<sup>31</sup> eingestuft; zum anderen wurde beschlossen, dass „falsche Stellungnahmen und Auslassungen“ bei den geforderten Offenlegungen der irakischen Waffenprogramme „eine weitere erhebliche Verletzung von Iraks Verpflichtungen“ bedeuten würden.<sup>32</sup> Die Resolution führte UN-Inspektionen mit fast uneingeschränkten Rechten im Irak ein, und dem Irak wurde „eine letzte Chance“ gegeben, den Forderungen der internationalen Staatengemeinschaft nachzukommen. Die Frage einer militärischen Aktion gegen

---

<sup>28</sup> „Die Vereinten Nationen müssen ihre Verantwortung übernehmen“, 1273.

<sup>29</sup> Rudolf 2003, Neuorientierung, 279.

<sup>30</sup> „Ermächtigung zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak“, Gemeinsame Resolution beider Häuser des amerikanischen Kongresses vom 10./11. Oktober 2002. In: Dokumente zum Zeitgeschehen. Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2002, S. 1393–1397, S. 1396.

<sup>31</sup> „Eine letzte Chance“ Resolution 1441 des UN-Sicherheitsrates vom 8. 11. 2002 zum Einsatz von Waffeninspektoren im Irak. In: Dokumente zum Zeitgeschehen. Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2002, S. 1512–1515, Art. 1.

<sup>32</sup> „Eine letzte Chance“, Art. 4, vgl. auch Rudolf 2003, Neuorientierung, 278.

den Irak blieb jedoch offen, und dem Irak wurde lediglich mit „ernsthaften Konsequenzen“<sup>33</sup> gedroht, falls er die Bedingungen nicht erfüllt.

### *ii. II. Etappe – Von der Resolution 1441 zum Krieg*

Dieser letzte Kompromiss der Staatengemeinschaft in der Irak-Frage war aber nur ein Vorzeichen für den herannahenden Ausbruch der Krise, die mit dieser Resolution in die zweite Phase eintrat. Die internationalen Inspektoren der Organisationen IAEA und UNMOVIC trafen am 27. November 2002 im Irak ein und begannen ihre Arbeit. Am 7. Dezember übergab die irakische Regierung UNMOVIC eine zwölftausend Seiten umfassende Dokumentensammlung über die irakischen Massenvernichtungswaffenprogramme, die aber größtenteils bekannte Tatsachen enthielt<sup>34</sup> und von den USA als ungenügend eingestuft wurde.<sup>35</sup> Die USA trafen zu dem Zeitpunkt weitere militärische Vorbereitungen und versetzten immer mehr Truppen in das Krisengebiet am Persischen Golf, was von der internationalen Gemeinschaft als weitere Bestätigung der amerikanischen Entscheidung verstanden wurde, den Krieg ohne Rücksicht auf die Ergebnisse der UN-Inspektionen zu führen.

Anfang 2003 überschlugen sich die Ereignisse. Innerhalb der in der Resolution 1441 enthaltenen Frist von 60 Tagen legten die Inspektoren am 27. Januar 2003 einen „überraschend scharfen Bericht“<sup>36</sup> vor, gleichzeitig aber wurde die Frist für ihre Arbeit um weitere zwei Monate verlängert. Es wurde immer klarer, dass den USA die Berichte der Inspektoren nicht genügten und dass ein Krieg mit dem Ziel, das Regime in Irak zu stürzen, intensiv vorbereitet wurde. Am 5. Februar hielt der US-Außenminister im Sicherheitsrat jenen bekannten „multimedialen Vortrag“, in dem er zu beweisen versuchte, dass der Irak weiterhin Massenvernichtungswaffen herstelle und terroristische Organisationen unterstütze.<sup>37</sup> Die amerikanische Argumentation stieß aber erneut auf Ablehnung der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Aus dem Gesichtspunkt dieser Studie ist vor allem die Spaltung Europas wichtig, die durch drei symbolische Ereignisse gekennzeichnet war:

<sup>33</sup> „Eine letzte Chance“, Art. 13.

<sup>34</sup> Buchta 2004, 79.

<sup>35</sup> Dembinski – Wagner 2003, 33.

<sup>36</sup> „El Baradei und Blix beklagen Bagdads hinhaltenden Widerstand“, FAZ, 28. 1. 2003, S. 1 und Record of 4692th Meeting of the United Nations Security Council.

<sup>37</sup> „Saddam und der Terrorismus“ – eine „tödliche Kombination“, FAZ, 6. 2. 2003, S. 3.

Erstens waren dies die gemeinsamen Feierlichkeiten anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich am 22. Januar 2003, bei denen diese beiden Staaten „im Namen Europas zu sprechen schienen“<sup>38</sup>, was (zweitens) eine gemeinsame Erklärung von acht europäischen Staats- und Regierungschefs am 30. Januar 2003 zur Folge hatte, in der die Solidarität mit den USA und die Glaubwürdigkeit des Sicherheitsrates betont wurden. Die Spaltung Europas beschrieben (drittens) symbolisch die Worte des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld vom „alten“ und „neuen“ Europa.<sup>39</sup>

Trotz allen diesen Schwierigkeiten gelang es der EU, bei der Sitzung des Europäischen Rates am 17. Februar 2003 zu einer gemeinsamen Schlussfolgerung zu kommen, die einen Krieg nicht ausschloss und die amerikanische Position zu unterstützen schien, v. a. durch die Hervorhebung der „militärischen Drohkulisse, die wesentlich zur Rückkehr der Inspektoren beitrug“.<sup>40</sup> Am 5. März 2003 trafen sich in Paris die Außenminister von Deutschland, Frankreich und Russland und bildeten eine „Front der Zurückweisung“<sup>41</sup> gegenüber amerikanischen Kriegsplänen im Irak. US-Außenminister Colin Powell betonte hingegen, notfalls auch ohne UN-Mandat gegen den Irak vorgehen zu wollen. Am 7. März 2003 stellten die Inspektionsorganisationen ihre Berichte dem Sicherheitsrat vor und forderten mehr Zeit für die notwendigen Inspektionen im Irak. Das lehnte die Koalition unter der Führung der USA ab, mit der Begründung, die Inspektionsorganisationen hätten schon genügend Zeit. In den folgenden Tagen debattierte der UN-Sicherheitsrat in öffentlichen Sitzungen über die Lage im Irak. Die Mehrheit der an der Diskussion beteiligten Staaten stellte sich gegen weitere Ultimaten an den Irak. Am 17. März verzichteten die USA, Großbritannien und Spanien auf eine Abstimmung über den von ihnen eingebrachten Resolutionsentwurf, der einen Krieg legitimieren sollte. Das bezeichnete US-Außenminister Colin Powell als Ende des diplomatischen Fensters und als den Augen-

---

<sup>38</sup> Vgl. Dembinski – Wagner 2003, 34.

<sup>39</sup> Am 22. 1. 2003 in Washington bei der Kommentierung des deutsch-französischen Gipfels. Siehe: „Berlin und Paris empört über Rumsfeld“, SZ, 24. 1. 2003, S. 1; „Berlin irrelevant“, taz, 25. 1. 2003, S. 2 und „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. März 2003, S. 52ff.

<sup>40</sup> Schlussfolgerungen der Sondersitzung des Europäischen Rates am 17. 2. 2003 in Brüssel, S. 3. [http://ue.eu.int/cms3\\_applications/Applications/newsRoom/LoadDocument.asp?directory=en/ec/&filename=74554.pdf](http://ue.eu.int/cms3_applications/Applications/newsRoom/LoadDocument.asp?directory=en/ec/&filename=74554.pdf) [17. 7. 2004].

<sup>41</sup> „Paris droht offiziell mit Irak-Veto“, NZZ, 5. 3. 2003, <http://www.nzz.ch/2003/03/06/al/page-article8PU48.html> [17. 7. 2004].

blick, ab dem der Krieg unausweichlich wird. Am darauf folgenden Tag setzte US-Präsident George W. Bush dem irakischen Diktator Saddam Hussein eine Frist von 48 Stunden, um den Irak zu verlassen.

### *iii. III. Etappe – Von dem Krieg zur Resolution 1483*

In den frühen Morgenstunden des 20. März begann dann der Krieg (Operation Iraqi Freedom) und damit die dritte Phase der Irak-Krise. Vor allem in europäischen Städten gab es massenhafte Demonstrationen gegen den Krieg, die aber nichts beeinflussen konnten. Der Sicherheitsrat traf am 26. März zusammen, fasste aber keinen Beschluss. Das Wichtigste war wohl schon in den Wochen und Monaten zuvor geschehen. Die diplomatischen Verhandlungen liefen aber weiter und die Staaten bereiteten sich auf die Zeit nach dem Krieg vor.

Als Ende der Irak-Krise, so wie sie in dieser Studie beschrieben und analysiert wird, kann man die Resolution 1483 des UN-Sicherheitsrates zum Ende der Irak-Sanktionen vom 22. Mai 2003 sehen, in der die USA als Besatzungsmacht faktisch anerkannt wurde und die allgemein als erster Schritt gesehen wird, die Differenzen zwischen einigen europäischen Staaten und den USA beizulegen.

## **III. Deutsche Politik in der Irak-Krise**

Die deutsche Politik in der Irak-Krise, wie sie im vorigen Kapitel definiert wurde, fängt schon kurz nach den terroristischen Anschlägen in New York am 11. September 2001 an. Nachdem Bundeskanzler Gerhard Schröder dem amerikanischen Präsidenten und Volk seine „uneingeschränkte Solidarität“ ausgesprochen hatte, konnte man noch von „harmonischen deutsch-amerikanischen Beziehungen“<sup>42</sup> sprechen. Bereits zu diesem Zeitpunkt lassen sich aber auch vorsichtige Töne erkennen, wie z. B. in der Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag am 19. September 2001, wo sich Gerhard Schröder zwar zu militärischen Risiken bei der Terrorbekämpfung bereit erklärt hat, jedoch nicht zu „Abenteuern“.<sup>43</sup> Trotz dieser vorsich-

---

<sup>42</sup> „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>43</sup> Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag zu den Anschlägen in den USA am 19. 9. 2001. In: Stichworte zur Sicherheitspolitik 9/2001, S. 16. Vgl. auch Harnisch 2004, 2.

tigen Töne unterstützte Deutschland die amerikanischen Angriffe in Afghanistan im Oktober 2001. Kurz darauf brachte die Bundesregierung ein Gesetz über die Entsendung der Bundeswehr zu der terrorismusbekämpfenden Operation „Enduring Freedom“ nach Afghanistan in den Bundestag ein. Gegen dieses Gesetz äußerten sich zwar zunächst insgesamt 28 Bundestagsabgeordnete der rot-grünen Koalition, die aber zwang der Bundeskanzler durch die Verknüpfung dieses Gesetzes mit der Vertrauensfrage zu einem Ja,<sup>44</sup> um die außenpolitische Kreditabilität Deutschlands zu gewährleisten.<sup>45</sup>

## 1. Deutsche Außenpolitik in den einzelnen Etappen der Irak-Krise

### *i. Deutsche Außenpolitik in der ersten Etappe der Irak-Krise*

Einen Meilenstein in der amerikanischen Irakpolitik und in der gesamten Irak-Krise markierte die bekannte Rede von Präsident George W. Bush, in dem er den Begriff der „Achse des Bösen“ für Irak, Iran und Nordkorea verwendete,<sup>46</sup> und andeutete, dass der Kampf gegen den weltweiten Terrorismus auch den Irak einbeziehen könnte. Die erste Analyse im Kanzleramt ergab, dass die Rede „innenpolitisch motiviert“<sup>47</sup> war. Dementsprechend herzlich und unproblematisch verlief das Treffen von George W. Bush und Gerhard Schröder zwei Tage später in Washington. Das ganze Problem eines möglichen Feldzugs gegen die „Achse des Bösen“ wurde ausgeklammert und der amerikanische Präsident versicherte dem Bundeskanzler, er habe keine Kriegspläne.<sup>48</sup> Die deutsche Politik bewegte sich in der ersten Hälfte des Jahres 2002 also einerseits zwischen einer symbolischen transatlantischen Harmonie, innerhalb der die beispiellose militärische Teilnahme Deutschlands<sup>49</sup> an der Bekämpfung des Terrorismus sowohl durch die deutsche als auch durch die amerikanische Regierung hervorgehoben wurde, und andererseits zwischen einigen Ver-

---

<sup>44</sup> Vgl. Harnisch 2004, S. 8–9.

<sup>45</sup> S. Dalgaard-Nielsen 2003, S. 109.

<sup>46</sup> „Achse des Bösen“, S. 368.

<sup>47</sup> „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>48</sup> Vgl. „Bush und sein old friend Görard; Schröder im Weißen Haus“, SZ, 2. 2. 2002, S.3; „Bush lobt das deutsche Engagement in Afghanistan“, FAZ, 2. 2. 2002, S. 1; „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>49</sup> In der Operation „Enduring Freedom“ handelte sich um ca. 3.900 Männer in Afghanistan, Kuwait, Usbekistan und im Marineinsatz im Golf von Oman und um das Horn von Afrika.



suchen, sich zuerst Klarheit über die amerikanischen Irak-Pläne zu verschaffen und sich mit diesen mehr oder weniger kritisch auseinanderzusetzen.<sup>50</sup> Die kritischen Töne kamen zuerst von Bundesaußenminister Joschka Fischer, der in einem Interview in der Zeitung „Die Welt“<sup>51</sup> vor einem Militärschlag gegen den Irak warnte. Es handelte sich wohl um „innerhalb der Bundesregierung abgestimmtes Verhalten“,<sup>52</sup> mit dem auch einige kritische Töne von deutschen Sicherheitspolitikern und -experten auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2002 zusammenhingen.<sup>53</sup> Der Bundeskanzler hielt sich zu dieser Zeit zurück, verließ sich auf das amerikanische Versprechen, weiteres Vorgehen zu konsultieren und bezeichnete es als „angemessen und richtig“, Saddam Hussein zu drängen, Waffeninspektoren wieder in den Irak zurückkehren zu lassen.<sup>54</sup> Der Bundeskanzler ließ seine Grundsatzposition in Sachen Krieg und Frieden Anfang März 2002 erkennen, als er in einem Gespräch mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Regierungs- und Oppositionsparteien eine deutsche Beteiligung an einem militärischen Vorgehen der USA im Irak ohne UN-Mandat ausschloss.<sup>55</sup> Diese Position wiederholte er in einer Diskussionsrunde mit einigen SPD-nahen Intellektuellen, die am 13. März 2002 im Kanzleramt stattfand und in der Gerhard Schröder ankündigte – womit er auch sein eigenes Kabinett überraschte, – dass die deutschen ABC-Spürpanzer „Fuchs“ auch im Kriegsfall in Kuwait bleiben würden.<sup>56</sup>

Die sich im Frühjahr herausbildenden Meinungsverschiedenheiten wurden beim Besuch von George W. Bush in Berlin im Mai 2002 beiseite geschoben. Die Bundesregierung wollte keine Zuspitzung der öffent-

<sup>50</sup> Vgl. „Widerstand der Machtlosen“, FAZ, 16. 2. 2002, S. 4.

<sup>51</sup> „Wir sind keine Satelliten“. Interview mit Bundesaußenminister Joschka Fischer, Die Welt, 12. 2. 2002. <http://www.welt.de/daten/2002/02/12/0212de313826.htm?search=Fischer+Satelliten&searchHILF=1> [1. 2. 2005].

<sup>52</sup> So bestätigte es Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye, vgl. „Berlin warnt Washington vor einem „Abenteuer“ im Irak“, FAZ, 19. 2. 2002, S. 1.

<sup>53</sup> Vgl. „Deutliche Kritik Berlins an den USA“, NZZ, 13. 2. 2002, S. 5.

<sup>54</sup> Vgl. „Die Bundesregierung und der Irak-Krieg“, FAZ, 31. 12. 2002, S. 2 und „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>55</sup> Vgl. „Die Bundesregierung und der Irak-Krieg“, FAZ, 31. 12. 2002, S. 2; „Schröder informierte schon früher über Irak-Konflikt“, FAZ, 19. 3. 2002, S. 1.

<sup>56</sup> Vgl. Harnisch 2004, 11; vgl. „Spürpanzer bleiben bei einem Irak-Krieg in Kuwait“, FAZ, 16. 3. 2002, S. 1 und „Kanzlerpläne; Gerhard Schröder redet Klartext vor deutschen Intellektuellen“, SZ, 15. 3. 2002, S. 18.

lichen Debatte zum Thema Irak und der US-Präsident versprach, die Verbündeten im Falle von Kriegsvorbereitungen zu konsultieren. Zum Zeitpunkt des Berlin-Besuchs soll er „keine Kriegspläne auf dem Tisch gehabt haben“<sup>57</sup>. Diese Äußerung tat natürlich auch der Bundesregierung wohl – wenn es keine Kriegspläne gab, war es nicht notwendig, diesbezüglich eine Position zu formulieren, die dann aus verschiedensten Kreisen hätte angegriffen werden können.<sup>58</sup> Zwischen den beiden Politikern soll es laut inoffizieller Informationen der US-Administration eine Abmachung gegeben haben: Bush sollte vor den Wahlen Ende September 2002 von Deutschland in der Irak-Frage keine – weder politische noch materielle – Unterstützung verlangen. Gerhard Schröder sollte das Thema Irak im Wahlkampf nicht ausnutzen.<sup>59</sup> Obwohl dies von der Bundesregierung bestritten wurde, kann dieses gebrochene Versprechen die persönliche Unfreundlichkeit zwischen den Spitzen beider Regierungen im Herbst 2002 erklären.

Nachdem im amerikanischen Senat die Anhörungen zu den Irak-Plänen der Bush-Administration angefangen hatten, wurde es auch in Deutschland immer klarer, dass der Krieg im Irak realer wurde. Zum entscheidenden Durchbruch kam es nach der Präsidiumssitzung der SPD am 1. August. Nach heftiger Diskussion entschied sich das Präsidium, unter maßgeblichem Einfluss des linken Parteiflügels, auf Anti-Kriegskurs zu gehen und sich zu den sich immer konkreter abzeichnenden Plänen der USA öffentlich kritisch zu stellen und diese Stellung zu einem Wahlkampfthema zu machen.<sup>60</sup> Franz Müntefering, Generalsekretär der SPD, präsentierte dann zum ersten Mal den Slogan „Der deutsche Weg“. Am 5. August 2002 hielt Bundeskanzler Gerhard Schröder eine Rede zum Auftakt „der heißen Phase“ des Wahlkampfes. Gleich am Anfang sagte er: „Es ist wahr, wir haben uns auf den Weg gemacht, auf unseren deutschen Weg.“ Dieser berühmt gewordene Begriff hatte aber im Kontext der Rede eindeutig einen innenpolitischen Zusammenhang und kam in der Rede nur zweimal vor, gar nicht im außenpolitischen Teil, der erst nach 23 Minuten

---

<sup>57</sup> S. „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff; „Bushs Politik belastet Koalition“, SZ, 23. 5. 2002, S. 1.

<sup>58</sup> „Solidarität ohne jeden Zweifel; Bundesregierung bekräftigt den engen Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten“, SZ, 22. 5. 2002, S. 2.

<sup>59</sup> Vgl. Harnisch 2004, S. 12; „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>60</sup> Vgl. „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.; SPD macht Kriegspläne gegen Irak zum Wahlkampf-Thema, SZ, 3. 8. 2002, S. 1; Hedstück – Hellman 2003, 3.

folgte.<sup>61</sup> In der Passage, die dem Irak-Problem gewidmet war, äußerte sich Schröder klar und unmissverständlich: „Wir sind zur Solidarität bereit, aber dieses Land wird unter meiner Führung für Abenteuer nicht zur Verfügung stehen. Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention – davor kann ich nur warnen. Das ist mit uns nicht zu machen. [...] Für Abenteuer stehen wir nicht zur Verfügung, und die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig zu Ende.“<sup>62</sup> Die deutsche Position war damit klar. Mit der Verwendung des Begriffes „des deutschen Weges“ wurden historische Ressentiments auf den „Deutschen Sonderweg“ im 19. Jahrhundert geweckt. Der innenpolitische Zusammenhang dieses Begriffs ging im beträchtlichen Echo unter. In den folgenden wenigen Tagen, in denen dieser Begriff verwendet wurde, sprach eigentlich nur Franz Müntefering über einen „deutschen Weg“ in der Außenpolitik.<sup>63</sup> Besonders wichtig ist an der Festlegung von Bundeskanzler Schröder, dass nicht zwischen einem Krieg unter UN-Mandat und einem unilateralen Krieg der USA unterschieden wurde.<sup>64</sup> Diese grundsätzliche Haltung hat der Bundeskanzler im August mehrmals wiederholt. Obwohl einigen Berichten zufolge Außenminister Fischer den Bundeskanzler ermunterte,<sup>65</sup> den drohenden Krieg im Irak zum Wahlkampfthema zu machen, war auch er mit der Art und Weise wie dies geschah nicht einverstanden,<sup>66</sup> denn die Offenheit des Bundeskanzlers beschränkte den diplomatischen Handlungsspielraum Deutschlands wesentlich. Denn die absehbare Folge kam sehr schnell: Eine Abkühlung in den Beziehungen zu den USA und ein offener Wortkonflikt mit dem amerikanischen Botschafter Dan Coats, der sofort in das Kanzleramt kam, um „die Position der USA darzustellen“.<sup>67</sup> Die deutschen Politiker sahen ihre Befürchtungen bestätigt, als der amerikanische Vizepräsident Cheney in seiner Rede zur Versammlung von amerikanischen Kriegsveteranen (siehe oben) das Ziel des amerikanischen Vorgehens gegen

---

<sup>61</sup> „Rede des Bundeskanzlers am 5. 8. 2002“ und „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff. Vgl. auch „SPD macht Kriegspläne gegen Irak zum Wahlkampf-Thema“, SZ, 3. 8. 2002, S. 1.

<sup>62</sup> Rede des Bundeskanzlers am 5. 8. 2002, S. 8.

<sup>63</sup> Vgl. Harnisch 2004, S. 14 und „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff; „Die SPD im Wahlkampf auf einem deutschen Weg“, FAZ, 6. 8. 2002, S. 1.

<sup>64</sup> Vgl. Hacke 2003, S. 8; „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>65</sup> Vgl. v.a.: „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>66</sup> Vgl. „Fischer: UN-Mandat für Irak-Krieg schwer vorstellbar“, FAZ, 8. 8. 2002, S. 1 und „Interview mit Joschka Fischer“, SZ, 7. 8. 2002, S. 9.

<sup>67</sup> „Amerika verärgert“, FAZ, 20. 8. 2002, S. 1; „Offener Konflikt zwischen Kanzleramt und US-Botschafter“, SZ, 21. 8. 2002, S. 1.

den Irak vom Kampf gegen den Terrorismus zum Regimewechsel umdefinierte: „Ein Regimewechsel im Irak würde eine Menge Vorteile für die Region bringen.“<sup>68</sup> Diese Äußerung ließ den deutschen Widerstand gegen die amerikanische Politik wieder klar zum Vorschein treten. Der Bundeskanzler bezeichnete die Zielveränderung als „Fehler“<sup>69</sup> und Außenminister Fischer bezweifelte, dass „in Washington, in den Vereinigten Staaten, diese Konsequenz zu Ende gedacht und zu Ende diskutiert wurde.“<sup>70</sup> Eine weitere Bekräftigung der ablehnenden Position brachte Gerhard Schröder in einem Interview in der New York Times Anfang September 2002 zum Ausdruck. Als George W. Bush mit seiner scharf gegen den Irak gerichteten Rede in den Vereinten Nationen den amerikanischen Gang durch diese Institution begann, versuchte Außenminister Fischer, die deutsche Position mit milderen Worten auszudrücken, um den verlorenen Handlungsspielraum wiederzugewinnen. Er erörterte die Grundzüge der deutschen Politik folgendermaßen: Deutschland anerkenne zwar, dass „alle Resolutionen erfüllt werden müssen und [...] der Druck [...] auf den Irak [...] verstärkt werden muss“, wolle aber „keinen Automatismus hin zur Anwendung militärischer Zwangsmaßnahmen“.<sup>71</sup> Die deutsche Nichtbeteiligung ging unter, hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, die Glaubwürdigkeit der UN wieder herzustellen und eine prinzipielle Zustimmung zu dem französischen Zweistufenplan. Außenminister Fischer betonte zu diesem Zeitpunkt, dass verhindert werden müsste, dass der Irak Massenvernichtungswaffen herstellt, dass er aber die Risiken der Nachkriegsentwicklung für den gesamten Nahen Osten für zu groß halte, um einem Krieg zuzustimmen.<sup>72</sup> In den USA wurde die deutsche Position im Hinblick auf die Wahlen zwar verständnisvoll als Wahlkampfstrategie verstanden,<sup>73</sup> mit jeder Vertiefung der Kritik vergrößerte sich aber das Misstrauen der Bush-Administration gegenüber Deutschland<sup>74</sup>. Mit den angeblichen Äußerungen von Justizministerin Herta und Pauline Richter am 18. September, dass George W. Bush mit seiner Irak-Politik nur ver-

<sup>68</sup> Zit. nach: „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff und <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Irak/chenev.html> [15. 2. 2005].

<sup>69</sup> „Schröder: Wechsel der Strategie gegen den Irak ist ein Fehler“, FAZ, 28. 8. 2002, S. 2.

<sup>70</sup> Zit. nach: „Die Bundesregierung und der Irak-Krieg“, FAZ, 31. 12. 2002, S. 2.

<sup>71</sup> „Für ein System globaler kooperativer Sicherheit“, S. 1275, vgl. auch Hedstück – Hellman 2003, S. 7.

<sup>72</sup> „Ich bin kein grüner Helmut Kohl. Interview mit Joschka Fischer“, taz, 19. 9. 2002, S. 3f.

<sup>73</sup> Vgl. dazu v.a. „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>74</sup> Dazu z. B. „Schröder bekräftigt seine Irak-Politik, Amerika zweifelt an Enge der Beziehung“, FAZ, 5. 9. 2002, S. 1 oder „Schröder stellt sich gegen Bush und Blair“, SZ, 5. 9. 2002, S. 1.

suche, von innenpolitischen Problemen abzulenken, was auch schon Hitler gemacht habe, kam der Moment, in dem das verbleibende amerikanische Verständnis für die deutsche Position vernichtet wurde. Mit dieser Äußerung ist in Washington „das Fass übergelaufen“.<sup>75</sup> Die deutsch-amerikanischen Beziehungen galten seitdem laut Bush-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice als „vergiftet“<sup>76</sup> bzw. „in der wohl schwersten Krise seit 1949“.<sup>77</sup>

Nach den gewonnenen Wahlen versuchte die rot-grüne Koalition, das gestörte Verhältnis zu den USA zu reparieren, ohne die verneinende Substanz der deutschen Irak-Position verändern zu müssen.<sup>78</sup> Bundeskanzler Schröder bat zuerst den britischen Ministerpräsidenten Blair um eine Vermittlung zwischen Deutschland und den USA.<sup>79</sup> Kurz nach der Regierungserklärung zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, in der er wiederum bekräftigte, dass sich Deutschland nicht an einer militärischen Aktion gegen den Irak beteiligen werde,<sup>80</sup> flog Außenminister Fischer zu einem kurzen Besuch nach Washington. Trotz wiederholten Anfragen<sup>81</sup> konnte er keinen Politiker aus dem Weißen Haus treffen, nur 45 Minuten lang mit Außenminister Colin Powell sprechen, die deutsche Position mehrmals wiederholen<sup>82</sup> und ein Telefonat zwischen George W. Bush und Gerhard Schröder vorbereiten. Aus amerikanischer Sicht war das Problem nicht die deutsche Position an sich, sondern „dass die Berliner Regierung bereit war, die Frage wahlkampfaktisch auszuschlachten und ungeachtet historischer Erfahrungen über einen „deutschen Weg“ zu „schwadronieren“, wie die Neue Zürcher Zeitung schrieb.<sup>83</sup> Deshalb waren die „Reparaturarbeiten“ der deutschen Diplomatie dazu verurteilt, lange zu dauern. Auch das

---

<sup>75</sup> „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff; Harnisch 2004, 14 und Hedstück – Hellman 2003, 7.

<sup>76</sup> Das hat die Bush-Administration bei mehreren Gelegenheiten symbolisch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Vgl. auch „Berlin bemüht sich um Schadensbegrenzung“, FAZ, 23. 9. 2002, S. 1.

<sup>77</sup> Maull 2004, 180.

<sup>78</sup> „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff; „Deutliches Schweigen in Washington“, FAZ, 24. 9. 2002, S. 2; „Außenpolitische Bemühungen Schröders“, NZZ, 25. 9. 2002, S. 2.

<sup>79</sup> „Berlin bemüht sich um Aussöhnung mit Bush“, SZ, 25. 9. 2002, S. 1; „Jetzt bemüht sich Schröder um gut Wetter mit Amerika“, FAZ, 25. 9. 2002, S. 1.

<sup>80</sup> „Schröder: Es ist nicht Zeit, neue Forderungen zu stellen“, FAZ, 30. 10. 2002, S. 1; „Schröder bekräftigt seine Irak-Politik“, NZZ, 30. 10. 2002, S. 1.

<sup>81</sup> „Der Mann, der in die Kälte kam“, taz, 5. 11. 2002, S. 5.

<sup>82</sup> „Das Mantra des Ministers“, SZ, 2. 11. 2002, S. 2.

<sup>83</sup> „Reparaturarbeiten Fischers in den USA“, NZZ, 1. 11. 2002, S. 1.

zehnminütige telefonische Gespräch zwischen Schröder und Bush, das am 8. November zu Stande kam, war nur eine Station auf dem Weg zur Normalität der deutsch-amerikanischen Beziehungen.<sup>84</sup>

Nur kurz zuvor verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1441 zur Wiederaufnahme der Waffeninspektionen im Irak, in der dem Land „ernsthafte Konsequenzen“<sup>85</sup> für den Fall angedroht wurden, dass es sich der Kontrollen der UN-Kontrolleure widersetze. Die Irak-Krise trat in die nächste Phase ein.

### *ii. Deutsche Außenpolitik in der zweiten Etappe der Irak-Krise*

In der ersten Phase konnte man eine sich herausbildende deutsche Position identifizieren, die auch mehr oder weniger konsequent eingehalten wurde: Deutschland würde sich an einem Krieg gegen den Irak nicht beteiligen. Die zweite und entscheidende Phase der Irak-Krise brachte dagegen eine Menge verschiedener und teilweise widersprüchlicher Tendenzen in der deutschen Außenpolitik mit sich, in denen es nicht ganz einfach ist, eine klare Linie nachzuvollziehen.

Das Ende des Jahres 2002 war im klassischen außenpolitischen Bereich relativ ruhig. Deutschland konnte sich mit der Resolution 1441 identifizieren und nachdem die Inspektoren am 27. November ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten, beruhigte sich die internationale diplomatische Szene. Nach den Besuchen von Joschka Fischer und Peter Struck in Washington schien auch das deutsch-amerikanische Verhältnis verbessert und laut der Worte von US-Verteidigungsminister Rumsfeld „entgiftet“.<sup>86</sup> Die Versuche von Bundeskanzler Schröder, sich anlässlich des NATO-Gipfels in Prag mit George W. Bush separat zu treffen, blieben zwar erfolglos, aber positive Signale gab es in Prag schon. Der „beiläufige Handschlag“ zwischen Schröder und Bush und „gute Atmosphäre auf der Arbeitsebene“ waren ein gewaltiger Unterschied zu den frostigen Beziehungen gleich nach den deutschen Wahlen zwei Monate zuvor. Auf beiden Seiten des atlantischen Ozeans war es aber aus der ganzen Atmosphäre klar, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen von der „Normalität“ noch weit entfernt waren.<sup>87</sup>

---

<sup>84</sup> Vgl. „Bush spricht zehn Minuten mit Schröder“, FAZ, 9. 11. 2002, S. 1.

<sup>85</sup> „Eine letzte Chance“, S. 1513.

<sup>86</sup> „Zwei Minister auf Entgiftungskur“, taz, 11. 11. 2002, S. 7.

<sup>87</sup> Zum Prager NATO-Gipfel siehe „Berlin reiht sich wieder ein“, taz, 23. 11. 2002, S. 3; „Verletzte Korrektheit“, FAZ, 22. 11. 2002, S. 2; „NATO-Gipfel in Prag“, SZ, 22. 11. 2002, S. 8.

Sehr heftig wurde um die deutsche Außenpolitik in politischen Gremien in Deutschland gestritten. Der Bundestag verlängerte zwar am 15. November den Einsatz der ABC-Spürpanzer „Fuchs“ in Kuwait um ein Jahr.<sup>88</sup> Die Kälte in den deutsch-amerikanischen Beziehungen hing aber eng mit der Frage zusammen, wie sich die Bundesregierung zu der Anfrage der USA stellen würde, den amerikanischen Streitkräften Überflugrechte und die Nutzung von deutschen Militärstützpunkten im Falle eines Krieges gegen den Irak zuzugestehen. Diese Frage wurde am 23. November beantwortet, indem der Bundeskanzler einräumte, dass die amerikanischen Streitkräfte auch im Kriegsfall volle Bewegungsfreiheit hätten und dass die Bündnispflichten eingehalten würden, solange die USA keine „aktive Unterstützung“ Deutschlands in einem Krieg gegen den Irak forderten.<sup>89</sup> Insbesondere wurden den US-Luftstreitkräften Überflugrechte garantiert und die Bewachung der Stützpunkte durch 3500 Bundeswehrsoldaten versprochen. Diese Position, die zwischen „passiver“ und „aktiver“ Mithilfe differenzierte, wurde in Deutschland sowohl von der Seite des friedensorientierten Gesellschaftsspektrums als auch von der Seite der konservativen Opposition scharf angegriffen und als „Wahlbetrug“ bezeichnet.<sup>90</sup> Um noch größere Verwirrung zu stiften, lehnten die Grünen am 11. Dezember auf ihrem Parteitag in Hannover in krassem Widerspruch zu der verkündeten Politik der Bundesregierung jede, auch „passive“ Unterstützung Amerikas in einem Irak-Krieg ohne gesondertes UN-Mandat ab.<sup>91</sup> Sie beriefen sich auf das im Grundgesetz verankerte Verbot, einen Angriffskrieg auf deutschem Boden vorzubereiten. Daraufhin warf Außenminister Fischer wahrscheinlich als Ablenkungsmanöver die Frage auf, ob überhaupt eine neue Resolution für einen Irak-Einsatz nötig sei und ob nicht die Resolution 1441 militärische Zwangsmaßnahmen rechtfertige.<sup>92</sup> Es folgte ein Streit innerhalb der Koalition, in dem sich die Linie des Bundeskanzlers durchsetzte,<sup>93</sup> mit einer weiteren Betonung der

---

<sup>88</sup> Harnisch 2004, 17.

<sup>89</sup> Zum Problem der „aktiven“ und „passiven“ Unterstützung siehe „Schröder: Freiflüge für Bush“, taz, 23. 11. 2002, S. 1; „Passive Hilfe Berlins für einen Militäreinsatz im Irak“, FAZ, 23. 11. 2002, S. 1; „Schröder: USA erhalten volle Bewegungsfreiheit“, SZ, 23. 11. 2002, S. 8; „Deutschland versagt den USA aktive Militärhilfe“, SZ, 28. 11. 2002, S. 1.

<sup>90</sup> „Die US-Wunschliste bleibt geheim“, taz, 26. 11. 2002, S. 6.

<sup>91</sup> „Die Bundesregierung und der Irak-Krieg“, FAZ, 31. 12. 2002, S. 2.

<sup>92</sup> „Grünen ist UN-Mandat jetzt egal“, taz, 18. 12. 2002, S. 2.

<sup>93</sup> „Luftkampf bei Rot-Grün“, taz, 10. 12. 2002, S. 1; „Misston im Luftraum“, taz, 11. 12. 2002, S. 2; „Die Koalition laviert in der Irak-Debatte“, FAZ, 10. 12. 2002, S. 1.

Notwendigkeit, Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen, und zwar in Form einer positiven Antwort auf die Anfrage Israels, mit zwei Patriot-Raketensystemen aus den Beständen der Bundeswehr das antiballistische Luftverteidigungssystem Israels zu stärken.<sup>94</sup> Definitive Bestätigung brachte die eindeutige Äußerung des Bundeskanzlers, dass die deutschen Soldaten auch im Kriegsfall aus den NATO-eigenen AWACS-Flugzeugen nicht abgezogen würden.<sup>95</sup> Die Grünen setzten ihre Meinung nicht durch und die deutsche Position konnte man zu diesem Zeitpunkt mit der Losung „Kriegsbeteiligung nein, Bündnissicherung ja“ beschreiben.<sup>96</sup>

Eine wichtige Veränderung der Lage brachte die Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat ab dem 1. Januar 2003. Da der französische Zweistufenplan in der Resolution 1441 seinen Ausdruck fand und in dieser ersten Resolution (1441) dem Irak lediglich mit „ernsten Konsequenzen“ gedroht wurde, wurde am Ende des Jahres 2002 die Frage einer zweiten Resolution immer wieder diskutiert. Da die USA den Druck auf den Irak immer weiter erhöhten und ihre Militärpräsenz in der Golfregion verstärkten, konnte man davon ausgehen, dass der UN-Sicherheitsrat über eine neue den Krieg legitimierende Resolution entscheiden würde. Zu diesem Zeitpunkt fingen erst recht die Turbulenzen in den Äußerungen der deutschen Außenpolitiker an. In einem Interview noch vor Jahresende antwortete Außenminister Fischer auf die Frage, ob Deutschland im Sicherheitsrat über eine solche Resolution mit einem Nein abstimmen würde: „Deutschland wird sich auf der klaren Grundlage einer deutschen Nichtbeteiligung an einer eventuellen Militäraktion und der Erfüllung seiner Bündnispflichten verantwortungsvoll verhalten.“ Auf wiederholte Nachfragen wich er immer wieder der Frage aus: „Das kann niemand vorhersagen, da keiner weiß, wie und unter welchen Begleitumständen der Sicherheitsrat sich hiermit befassen wird. [...] Weil es hier um eine konkrete Entscheidung im Sicherheitsrat geht, deren faktische Grundlage heute noch keiner kennt und wir immer noch die Hoffnung auf eine friedliche Lösung haben.“<sup>97</sup>

---

<sup>94</sup> „Überflugrechte, Raketenabwehr, Minensucher“, FAZ, 27. 11. 2002, S. 1; Harnisch 2004, 17.

<sup>95</sup> „Die Bundesregierung und der Irak-Krieg“, FAZ, 31. 12. 2002, S. 2; „Schröder: Deutsche Soldaten bleiben in AWACS-Flugzeugen“, FAZ, 12. 12. 2002.

<sup>96</sup> Losung zitiert nach: „Kreative Mehrdeutigkeit“, Der Spiegel, 16. 12. 2002, S. 36ff. Siehe auch: „Die Bundesregierung und der Irak-Krieg“, FAZ, 31. 12. 2002, S. 2.

<sup>97</sup> „Die Hoffnung wird immer kleiner“ Außenminister Joschka Fischer über den deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat, die Folgen eines möglichen Irak-Krieges und die Erwartungen seiner grünen Partei“, Der Spiegel, 30. 12. 2002, S. 22ff.



Diese Haltung, die mit dem Bundeskanzler nicht abgesprochen wurde, und die bei einigen SPD-Politikern, welche die deutsche stark gegen den Krieg orientierte Irak-Position in Wahlkämpfen in Niedersachsen und Hessen ausnutzen wollten, für Unmut sorgte, wurde in Washington ungeplant als wesentliche Kurskorrektur der deutschen Außenpolitik verstanden.<sup>98</sup> Fischers Äußerung sollte höchstwahrscheinlich den Handlungsspielraum der deutschen Diplomatie erweitern und die deutsche Position der französischen näher bringen.<sup>99</sup>

Frankreich vertrat damals die Meinung, dass man den Bericht der UN-Inspektoren, der am Ende der zweimonatigen Frist, also am 27. Januar 2003 vorgelegt werden sollte, abwarten müsse. Bis dahin wollten die französischen Außenpolitiker keine Handlungsoption im UN-Sicherheitsrat ausschließen. Die Möglichkeit, dass Frankreich einer den Krieg legitimierenden Resolution im UN-Sicherheitsrat zustimmen würde, war noch durchaus denkbar – zwar wohl nur unter der Voraussetzung, dass der Irak nicht vollständig kooperierte und dass die UN-Inspektoren die Anschuldigungen der USA zumindest teilweise unterstützten. Die Erfüllung dieser Bedingungen könnte eine Legitimation für die französische Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung dargestellt haben. Die begab sich nämlich angesichts der offensichtlichen Kriegsvorbereitungen der US-Armee auf einen Antikriegskurs. In Deutschland war ein derartiges außenpolitisches Manöver unmöglich, da die Regierungsparteien die Antikriegsstimmung zuvor im Wahlkampf ausgenutzt hatten. Obwohl von einigen Beobachtern anders interpretiert,<sup>100</sup> war eine Enthaltung in der Abstimmung über eine zweite Irak-Resolution sehr wohl die innenpolitische Grenze des deutschen außenpolitischen Handlungsspielraums. Trotz den Bedenken einiger seiner Parteikollegen schloss sich der Bundeskanzler der Linie des Außenministers an: „Es ist doch selbstverständlich, dass man in einem Gremium sein Abstimmungsverhalten dann festlegt, wenn man die Bedingungen dafür kennt“<sup>101</sup> und vermied noch zum Jahreswechsel festzulegen, wie Deutschland ggf. im Sicherheitsrat abstimmen wird. Die deutsch-französische Annäherung wurde bei mehreren Treffen bestätigt. Am 14. Januar

---

<sup>98</sup> „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>99</sup> Vgl. Harnisch 2004, 18 und „Wieder Wirbel um die deutsche Irak-Politik“, NZZ, 31. 12. 2002, S. 2.

<sup>100</sup> Vgl. Dembinski – Wagner, 33, Anm. 21.

<sup>101</sup> „Die Bundesregierung und der Irak-Krieg“, FAZ, 31. 12. 2002, S. 2.

beschlossen Gerhard Schröder und Jacques Chirac in Paris, in internationalen Gremien gemeinsame Positionen zu vertreten.<sup>102</sup> Trotz dieser Absprache herrschte auch in Paris noch im Januar eine Ungewissheit bezüglich des deutschen Abstimmungsverhaltens im UN-Sicherheitsrat.<sup>103</sup>

Am 20. Januar begann die erste Sitzung des UN-Sicherheitsrates im Jahre 2003, Deutschland wurde – wie zwölf andere Staaten – durch Bundesaußenminister Fischer vertreten. Das Treffen wurde durch das vorsitzende Frankreich initiiert und beschäftigte sich mit dem Kampf gegen Terrorismus. Frankreich wollte auf diese Weise eine Woche vor der Diskussion über den Irak-Bericht der UN-Inspektoren demonstrieren, dass die Terrorbekämpfung ganz oben auf der Agenda sein musste.<sup>104</sup> Außenminister Fischer nutzte die Gelegenheit, um auf die Risiken eines Irak-Krieges noch einmal hinzuweisen: „We are greatly concerned that a military strike against the regime in Baghdad would involve considerable and unpredictable risks for the global fight against terrorism.“<sup>105</sup> Das waren an dem Tag die härtesten Worte gegen einen möglichen Irak-Krieg.<sup>106</sup> Der sichtlich überraschte<sup>107</sup> US-Außenminister Colin Powell konterte hart: „We cannot fail to take the action that may be necessary because we are afraid of what others might do. We cannot be shocked into impotence because we are afraid of the difficult choices that are ahead of us.“<sup>108</sup> Obwohl es Fischer bei dieser Gelegenheit immer noch vermied, konkret zu sagen, wie sich Deutschland zu einer zweiten Irak-Resolution stellen würde, wurde auch nach dieser Sitzung deutlicher, dass Deutschland gegen die USA steuerte. Viel mehr Klarheit in die Abstimmungsfrage brachte der Bundeskanzler am 21. Januar im Odeon-Theater in Goslar während einer Wahlkampfveranstaltung der SPD vor den Landtags-

---

<sup>102</sup> „Schröder und Chirac wollen Unstimmigkeiten beseitigen“, FAZ, 15. 1. 2003, S. 2; „Berlin sucht den Schulterschluss mit Paris“, NZZ, 15. 1. 2003, S. 1.

<sup>103</sup> „Schröder und Chirac wollen Unstimmigkeiten beseitigen“, FAZ, 15. 1. 2003, S. 2.

<sup>104</sup> „Brutale Herausforderung“, SZ, 21. 1. 2003, S. 6.

<sup>105</sup> „Wir sind sehr stark davon überzeugt, dass ein militärischer Angriff gegen das Regime in Bagdad schwerwiegende und unvorhersehbare Folgen für den globalen Kampf gegen Terrorismus haben wird.“ Eigene Übersetzung. Record of 4688th Meeting of the United Nations Security Council, S. 5.

<sup>106</sup> „Jungfernflug durch den Sicherheitsrat“, FAZ, 22. 1. 2003, S. 5; „Die Generalprobe am Gummibaum“, SZ, 22. 1. 2003, S. 3.

<sup>107</sup> „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>108</sup> „Wir dürfen nicht die notwendigen Aktionen vernachlässigen, nur weil wir Angst davor haben, was Andere machen können. Wir können nicht bis in die Impotenz schockiert sein, weil wir die harten Entscheidungen vor uns fürchten.“ Eigene Übersetzung. Record of 4688th Meeting of the United Nations Security Council, S. 18.

wahlen in Niedersachsen: „Ich habe speziell unseren französischen Freunden gesagt (und den anderen auch), und ich sage das jetzt hier ein Stück weit weiter gehend als das, was ich in dieser Frage sonst formuliert habe: Rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmt, rechnet nicht damit.“<sup>109</sup> Das Publikum applaudierte, aber der Außenminister war verärgert da sich durch diese Äußerung der deutsche Handlungsspielraum weiter verengte.<sup>110</sup> Ein Regierungssprecher bestätigte am darauf folgenden Tag, dass ein Ja und eine „Politik des leeren Stuhls“ ausgeschlossen seien und dass es noch nicht klar sei, ob Deutschland mit einem Nein abstimmen oder ob es sich der Abstimmung enthalten werde. Falls eine Enthaltung im UN-Sicherheitsrat im diplomatischen Gebrauch eine Billigung bedeute, werde auch das berücksichtigt werden.<sup>111</sup>

Gleichzeitig feierten Gerhard Schröder und Jacques Chirac in Paris das vierzigjährige Bestehen des Elysée-Vertrages, welches den beiden Politikern eine weitere Gelegenheit bot, Gemeinsamkeiten in der Irak-Politik vorzuführen. Nachdem Bundeskanzler Schröder in Goslar die deutsche Position deutlicher gemacht hatte, bewegte sich auch Frankreich jetzt mehr in eine Antikriegsrichtung. Ein Zeichen eines möglichen französischen Positionswechsels kündigte schon Außenminister De Villepin am 20. Januar im UN-Sicherheitsrat an. Weitere Signale folgten auf der gemeinsamen Pressekonzferenz von Chirac und Schröder, welche das allgemeine deutsch-französische Verständnis demonstrierte (auf jede Journalistenfrage antwortete nur einer von beiden Staatsmännern, während der andere zustimmend nickte) und wo der französische Staatschef von einer „identischen Analyse und Vorgehensweise“ sprach.<sup>112</sup> Die beiden Politiker verkündeten weiter, dass ihre Länder sich einig seien, dass über Krieg und Frieden allein der UN-Sicherheitsrat zu entscheiden habe und dass Krieg immer „ein Beweis des Scheiterns“<sup>113</sup> sei. Genauso wie Schröder, vermied es der französische

---

<sup>109</sup> Angeblich teilte Schröder seine Entscheidung vorher dem französischen Staatschef Chirac und dem britischen Ministerpräsidenten Blair mit. Außenminister Fischer soll Colin Powell anlässlich der Sitzung des UN-Sicherheitsrates informiert haben. Siehe „Schröder geht noch weiter: kein Ja“, FAZ, 23. 1. 2003, S. 1.

<sup>110</sup> „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

<sup>111</sup> „Die neue Achse des Guten“, taz, 23. 1. 2003, S. 1; „Schröder geht noch weiter: kein Ja“, FAZ, 23. 1. 2003, S. 1; „Schulterschluss gegen Irak-Krieg“, FR, 23. 1. 2003, S. 1.

<sup>112</sup> „Politiker feiern Freundschaft“, taz, 23. 1. 2003, S. 10.

<sup>113</sup> „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff; „Neuer Anlauf zwischen Deutschland und Frankreich“, NZZ, 23. 1. 2003, S. 1; Chirac und Schröder vereint gegen den Irak-Krieg, SZ, 23. 1. 2003, S. 1.

Staatschef, sich auf ein Abstimmungsverhalten seines Landes im UN-Sicherheitsrat festzulegen.<sup>114</sup> Leichte französische Positionswechsel, eine deutsch-französische Annäherung<sup>115</sup> und der Schein einer Blockbildung zusammen mit Russland waren ein Vorstoß zu „beispiellosem Ringen zwischen zwei Lagern der westlichen Welt“.<sup>116</sup>

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. In Washington äußerte sich der US-Verteidigungsminister Rumsfeld mit jenen bekannten Worten: „Wenn Sie Europa meinen, dann denken Sie an Deutschland und Frankreich. Ich nicht. Ich denke, das ist das „alte Europa.“ Wenn Sie sich aber das heutige gesamte Europa der NATO anschauen, dann verlagert sich der Schwerpunkt nach Osten. [...] Deutschland ist ein Problem gewesen, und Frankreich ist ein Problem gewesen. [...] Aber sehen Sie sich die riesige Zahl anderer Länder in Europa an. Sie sind nicht auf der Seite Frankreichs und Deutschlands in dieser Sache, sie stehen auf der Seite der Vereinigten Staaten. [...] Und sollte ein Land uns nicht zustimmen, was soll's – das ist in der Geschichte schon unzählige Male geschehen.“<sup>117</sup> Der US-Botschafter in Deutschland, Coats, bedauerte die französische Haltung und bezeichnete die deutsche Position ganz im Einklang mit Rumsfelds Ton als „nicht relevant“.<sup>118</sup> Diese amerikanischen Äußerungen riefen natürlich in Deutschland und Frankreich eine breite Empörung und Ablehnung hervor, und das nicht nur in den Regierungskreisen beider Länder, sondern im gesamten politischen Spektrum.<sup>119</sup>

Die EU-Mitgliedstaaten versuchten in den darauf folgenden Tagen, sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen. Die Schlussfolgerung der Tagung der EU-Außenminister am 27. Januar war ein ausgewogener Kompromiss zwischen den beiden Lagern. Zwar wurde die Arbeit der UN-Inspektoren gewürdigt und die Zuständigkeit des UN-Sicherheitsrates für die weltweite Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit anerkannt, aber die EU forderte den Irak auf zur „vollständigen und

---

<sup>114</sup> „Schröders Nein spaltet Europa“, FTD, 23. 1. 2003, S. 1.

<sup>115</sup> Diese Annäherung fand gleichzeitig in mehreren Politikbereichen statt. Am 15. Januar 2003 brachten Deutschland und Frankreich einen gemeinsamen Entwurf in den europäischen Verfassungskonvent. Diese Initiative wird allgemein als „Wiederbelebung des deutsch-französischen Integrationsmotors“ gesehen.

<sup>116</sup> Dembinski – Wagner 2003, 33.

<sup>117</sup> Zit. nach: „Empörung in Berlin und Paris über Washington“, FAZ, 24. 1. 2003, S. 1.

<sup>118</sup> „Deutschland irrelevant“, taz, 24. 1. 2003, S. 1.

<sup>119</sup> „Deutschland irrelevant“, taz, 24. 1. 2003, S. 1; „Empörung in Berlin und Paris über Washington“, FAZ, 24. 1. 2003, S. 1; „Berlin und Paris empört über Rumsfeld“, SZ, 24. 1. 2003, S. 1.

unverzüglichen Einhaltung aller einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates, insbesondere der Resolution 1441“. Diese biete dem Irak „eine letzte Chance zur friedlichen Beilegung des Konflikts“.120 An demselben Tag legten die UN-Chefinspektoren Blix und El-Baradei ihren Zwischenbericht vor, in dem sie den Irak zu einer „aktiven“ Kooperation aufforderten.

Der Anschein einer gemeinsamen EU-Position zu der Irak-Krise verschwand am 30. Januar, als in einem Dutzend europäischer Zeitungen acht Staats- und Regierungschefs eine Erklärung veröffentlichten, in der sie den Sicherheitsrat aufforderten, „seiner Verantwortung gerecht zu werden“ und gemeinsame transatlantische Werte hervorhoben.121 Der Text war absichtlich vorher nicht mit Deutschland und Frankreich konsultiert worden. Obwohl beide Länder weite Teile des Textes hätten mitunterzeichnen können, war dieses Ereignis für die deutsche Außenpolitik eine öffentliche Blamage,122 die Frankreich und Deutschland mit Schweigen übergehen wollten.123 Dem Bundeskanzler wurde daraufhin von der Opposition vorgeworfen, dass er Deutschland mit seiner Außenpolitik in die Isolation treibe.124 Anders als bei den Bundestagswahlen half das Friedensthema nicht mehr und die SPD verlor beide Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen.

Der Monat Februar 2003 bot der deutschen Diplomatie eine besondere Chance: Deutschland besaß den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat. Der deutsche Botschafter ließ sich aber die Initiative und das Handeln aus der Hand nehmen, indem er US-Außenminister Powell in der ersten Sitzung am 5. Februar einen multimedialen Vortrag präsentieren ließ. Sowohl diese Haltung als auch das nervöse Verhalten von Außenminister Fischer bei der nächsten Sitzung riefen in New York heftige Spekulationen über die Standfestigkeit der deutschen Irak-Position hervor.125 Nach dem Powell-Vortrag,

---

<sup>120</sup> Beratungsergebnisse und Schlussfolgerungen des Rates der EU für allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom 27. 1. 2003, S. 1, <http://register.consilium.eu.int/pdf/de/03/st05/st05798de03.pdf> [19. 2. 2005].

<sup>121</sup> „Unsere Stärke liegt in unserer Einigkeit“ Gemeinsamer Aufruf acht europäischer Staats- und Regierungschefs vom 30. Januar 2003. In: Dokumente zum Zeitgeschehen. Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2003, S. 373–4.

<sup>122</sup> „Diplomatie im Tiefschlaf“, taz, 31. 1. 2003, S. 3.

<sup>123</sup> „Die deutsche Regierung hält sich für nicht isoliert“, NZZ, 31. 1. 2003, S. 2; „Mahnungen zur Einigkeit spalten die EU in der Irak-Frage“, FAZ, 31. 1. 2003, S. 1.

<sup>124</sup> „Irak-Politik spaltet Europa“, SZ, 31. 1. 2003, S. 1.

<sup>125</sup> „Zweifel an Standfestigkeit“, taz, 6. 2. 2003, S. 3.

der weniger neue Tatsachen als erwartet ans Licht gebracht hatte, schloss sich Joschka Fischer der Position von Frankreich an, die mehr Zeit und vor allem Personal für die UN-Inspektoren forderte.<sup>126</sup>

Die darauf folgenden Wochen waren aus der Sicht der deutschen Außenpolitik voller Turbulenzen. Auf dem traditionellen Forum des transatlantischen Sicherheitsdialogs, der Münchner Sicherheitskonferenz, kam es zu einem öffentlichen Rededuell zwischen Außenminister Fischer und US-Verteidigungsminister Rumsfeld zum Thema Irak. Obwohl Rumsfelds freundliches Verhalten in München offensichtlich darauf zielte, der Auseinandersetzung den Stachel zu nehmen und sein härtester Satz klang: „Es ist schwer zu glauben, dass vernünftige Menschen noch Zweifel haben können, wenn die Fakten doch vor ihnen liegen“, erwiderte Joschka Fischer Rumsfeld dagegen direkt auf Englisch: „Excuse me, I am not convinced, and that’s my problem – I am not convinced.“ Den schwachen Punkt der deutschen Argumentation griff jedoch ein anderer „Falke“ aus dem US-Verteidigungsministerium, Robert Perle, heraus: „Eines habe ich gehofft, von Minister Fischer zu erfahren, aber ich bekam keine Antwort: Was ist seine Alternative?“<sup>127</sup> Fischer blieb ihm die Antwort schuldig. Was aber in der Rede des Bundesministers potenziell viel wichtiger war, waren seine Einwände gegen die amerikanische Strategie der „präventiven Selbstverteidigung“. Von Rumsfeld wollte er erfahren, ob das amerikanische Vorgehen gegen den Irak „ein Einzelfall“ sei oder „eine längerfristige Strategie“. In dem Fall sehe er nämlich „wirklich großen Diskussionsbedarf“. Die amerikanische Politik werfe dann die „ganz zentrale Frage“ auf, ob die Regeln für militärische Einsätze einseitig von den USA festgelegt, statt mit den Verbündeten vereinbart würden.<sup>128</sup> Für weitere Erregung auf der Sicherheitskonferenz sorgte eine Meldung über eine deutsch-französische Irak-Initiative des Nachrichtenmagazins Der Spiegel. Laut des Berichts hatten beide Länder vorgeschlagen, dass eine UN-Blauhelmtruppe im Irak stationiert und zugleich die Zahl der Inspektoren auf mehrere Tausend ausgeweitet werden solle. Dieser Plan verschwand zwar rasch vom Verhandlungstisch, sorgte aber schon in München für eine

---

<sup>126</sup> „Powell: genug ist genug“, FAZ, 6. 2. 2003, S. 1; Harnisch 2004, 22; Record of 4701th Meeting of the United Nations Security Council, S. 36f.

<sup>127</sup> Zitiert nach: „It was very leidenschaftlich“, taz, 10. 2. 2003, S. 3. Siehe auch „Rumsfeld in München – deutsch-amerikanische Eiszeit“, NZZ, 10. 2. 2003, S. 1 und „Gestörter Dialog“, SZ, 10. 2. 2003, S. 2.

<sup>128</sup> „It was very leidenschaftlich“, taz, 10. 2. 2003, S. 3.

weitere diplomatische Blamage Deutschlands, da er rasch vom französischen Außenministerium dementiert wurde.<sup>129</sup> Auch die Unkoordiniertheit deutscher diplomatischer Initiativen kam wieder ans Licht, da Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Struck über den Plan offensichtlich nicht vorher informiert worden waren.<sup>130</sup> Die Initiative wurde aber hauptsächlich als ein weiteres Manöver gesehen, um die auf ein rasches Ende der Inspektionen zielende amerikanische Politik zu unterminieren, was natürlich das Missvertrauen gegenüber der deutschen Politik in der NATO und besonders in den USA weiter erhöhte.<sup>131</sup>

Die deutsche Position in der NATO war ohnehin schon seit Wochen sehr kompliziert. Ungefähr seit Mitte Januar 2003 versuchte die NATO, Planungen für den Fall eines Irak-Krieges anzuleiten. Die Entscheidung über solche Planungsarbeiten schoben sich wegen der Verzögerungstaktik Deutschlands und Frankreichs über Wochen hinaus, was in der NATO-Zentrale für eine sehr schlechte Stimmung sorgte.<sup>132</sup> Deswegen entschied NATO-Generalsekretär George Robertson am Donnerstag, den 6. Februar, dass die Planungsarbeiten am Montag, dem 10. Februar anfangen sollten, falls keiner der Mitgliedstaaten bis zu dem Zeitpunkt sein Veto einlegte. Mit Sorgen beobachtete also die ganze transatlantische Gemeinschaft die Verwirrungen an der Münchner Sicherheitskonferenz am Samstag und Sonntag. Am Montag wurden die Planungen formal durch Frankreich und Belgien blockiert, Deutschland hatte zwar kein Veto eingelegt, aber den Schritt Frankreichs und Belgiens explizit unterstützt.<sup>133</sup> Diese Ablehnung trieb die NATO laut Generalsekretär Robertson in eine „ernste Lage“.<sup>134</sup> Die Türkei stellte daraufhin unter Verweis auf Artikel 4 des NATO-Vertrags erstmals in der 54-jährigen Geschichte der Allianz einen förmlichen Antrag auf Konsultationen. Um auch positive Signale zu liefern, versicherten Deutschland, Frankreich und Belgien noch am selben Abend in einer kurzen gemeinsamen Erklärung, sie würden ihre Bündnisverpflichtungen „insbesondere gegenüber der Türkei“ erfüllen.<sup>135</sup> Um die deutsche Position

<sup>129</sup> „Verwirrender Friedensplan“, SZ, 10. 2. 2003, S. 2.

<sup>130</sup> Harnisch 2004, S. 21; „Berlin nach Kommunikationsdesaster um Schadensbegrenzung bemüht“, FAZ, 11. 2. 2003, S. 1.

<sup>131</sup> „Rumsfeld in München – deutsch-amerikanische Eiszeit“, NZZ, 10. 2. 2003, S. 1; „Verwirrender Friedensplan“, SZ, 10. 2. 2002 und Harnisch 2004, 23.

<sup>132</sup> „Berliner Diplomatie in der Irak-Krise“, SZ, 8. 2. 2003, S. 9.

<sup>133</sup> „Nato-Streit über Irak eskaliert“, FR, 11. 2. 2003, S. 1.

<sup>134</sup> „Krieg spaltet NATO“, taz, 11. 2. 2003, S. 1.

<sup>135</sup> „Schröder vertieft Kluft zu Washington“, SZ, 11. 2. 2003, S. 1.

noch unklarer zu machen, kündigte am Sonntag, den 9. Februar, Bundesverteidigungsminister Struck an, dass Deutschland der Türkei die geforderten Flugabwehrraketen Patriot liefern würde. Am Montag wurde diese Aussage durch die Regierungssprecher in dem Sinne präzisiert, dass die Raketen an die Niederlande geliefert werden sollen. Was die niederländische Regierung mit ihnen mache, sei nicht mehr die Angelegenheit Deutschlands. Dabei hatten die Niederlande schon vorher erklärt, Flakbatterien und Bedienungsmannschaften in die Türkei schicken zu wollen. Das fehlende Material wollte sich die niederländische Armee bei der Bundeswehr ausleihen.<sup>136</sup>

Angesichts eines solchen Zickzackkurses der Bundesregierung ist es nicht verwunderlich, dass es sowohl im Inland als auch im Ausland reichlich Kritik an der deutschen Außenpolitik gab. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb dazu treffend: „Seit einigen Wochen lässt sich beobachten, wie jede außenpolitische Initiative des Kanzlers nur dazu führt, dass Schröder immer tiefer im Sumpf seiner Irakpolitik versinkt.“<sup>137</sup> Auch die offensichtlichen Informationspannen innerhalb der Bundesregierung, vor allem zwischen dem Bundeskanzler und dem Außenminister, führten zu mehreren Spekulationen über deren Beziehungen.

Die Bundesregierung versuchte, die isolierte Lage durch eine diplomatische Offensive zu bekämpfen und ein Antikriegsbündnis zu organisieren. Das erste Vorzeichen war die russische Unterstützung für die deutsch-französische Irak-Position, die der russische Präsident Putin nach einem Treffen mit Bundeskanzler Schröder am 9. Februar äußerte. Die Haltung Russlands, Deutschlands und Frankreichs in der Irak-Krise sei nach Putin „dem Sinn nach fast übereinstimmend“.<sup>138</sup> Noch am Montag, den 10. Februar, stellten Jacques Chirac und Vladimir Putin in Paris eine auch von der Bundesregierung mitunterzeichnete Erklärung vor, welche „Fortsetzung der Inspektionen und eine substanzielle Aufstockung ihrer menschlichen und technischen Kapazitäten mit allen Mitteln“ befürwortete und „der friedlichen Entwaffnung des Iraks alle Chancen“ geben wollte.<sup>139</sup> Der Inhalt dieser Mitteilung war wenig überraschend, da die Antikriegsposition aller drei

<sup>136</sup> „Schröder im Morast seiner Irak-Politik“, NZZ, 11. 2. 2003, S. 3.

<sup>137</sup> „Schröder im Morast seiner Irak-Politik“, NZZ, 11. 2. 2003, S. 3.

<sup>138</sup> „Deutschland kämpft gegen Isolation“, FTD, 10. 2. 2003, S. 1.

<sup>139</sup> „Es gibt noch eine Alternative zum Krieg“, Gemeinsame Erklärung von Frankreich, Deutschland und Russland zum Irak vom 10. Februar 2003. In: Dokumente zum Zeitgeschehen. Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2003, S. 372.



Länder lange bekannt war. Es wurde aber dadurch offen ein Bündnis von Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrates angekündigt, die den Plänen der USA negativ gegenüberstanden.

Die deutsche Position in den kommenden wichtigen Entscheidungen der Irak-Krise wurde am 13. Februar im Bundestag diskutiert. Sie bestand laut Bundeskanzler Schröder aus folgenden Punkten: „Erstens enthalte die Resolution 1441 keinen Automatismus zur Anwendung militärischer Gewalt, sämtliche Mittel zur friedlichen Konfliktlösung seien auszuschöpfen; zweitens müsse der Irak umfassend und aktiv mit dem UN-Sicherheitsrat und den Waffeninspektoren kooperieren; drittens sei ein wirksames Inspektions- und Verifikationsregime aufzubauen mit dauerhaften Strukturen für die Eindämmung vom Irak ausgehender Gefahren.“<sup>140</sup> Das bedeutete eine Bekräftigung der bisherigen Antikriegspolitik. Dabei ist es interessant, dass sich die Regierungen von Russland, Frankreich und Deutschland schon in der ersten Erklärung „eine Hintertür“ offen ließen. Der Krieg (bzw. „der Einsatz von Gewalt“) wurde hier nicht ausgeschlossen, sondern als „ein letztes Mittel“ erwähnt.<sup>141</sup>

Die unterschiedlichen Positionen der jeweiligen Staaten zeigten sich gleich bei der nächsten Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 14. Februar in New York, als ein weiterer Bericht von UN-Inspektoren vorgelegt wurde. Vor allem Hans Blix, der Chef von UNMOVIC wies darauf hin, dass der Irak nicht „vollständig, aktiv und bedingungslos kooperierte“. Weiter führte er konkrete Beispiele von fehlenden Kenntnissen über irakische Massenvernichtungswaffen auf.<sup>142</sup> Die Außenminister von allen UN-Sicherheitsratsmitgliedern bekräftigten ihre bekannten Positionen. Joschka Fischer forderte eine Fortsetzung der diplomatischen Bemühungen und die Realisierung von Vorschlägen zur Verstärkung von Inspektionen, die am 10. Februar von Frankreich, Russland und Deutschland gemacht worden waren.<sup>143</sup> Während dieser Sitzung zeigte sich immer deutlicher, dass sich innerhalb des UN-Sicherheitsrates zwei Lager mit kaum zu vereinbarenden Positionen bildeten. Die Berichte der UN-Behörden und die die offensive Ansprache des

---

<sup>140</sup> „Unsere Verantwortung für den Frieden“. Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag vom 13. Februar 2003.

<sup>141</sup> „Es gibt noch eine Alternative zum Krieg“, S. 372.

<sup>142</sup> Record of 4707th Meeting of the United Nations Security Council, S. 2–6.

<sup>143</sup> „Sicherheitsrat beugt sich über den zweiten Blix-Bericht“, FAZ, 15. 2. 2003, S. 1; Record of 4707th Meeting of the United Nations Security Council, S. 36.

US-Außenministers Powell<sup>144</sup> verstärkten die Spekulationen über eine rasche zweite Irak-Resolution.

Eine weitere wichtige Wende in der deutschen Irak-Politik war der Sondertagung des Europäischen Rates am 17. Februar, in dessen Verlauf die EU versuchte, eine gemeinsame Position zu der Irak-Krise zu finden. Nach zähen Verhandlungen zwischen den „Vertretern von unterschiedlichen Ansätzen“, wie es Bundeskanzler Schröder formulierte, wurde ein Kompromiss gefunden. Dieser Kompromissbeschluss ist ein sehr interessanter Text, in dem sich die unterschiedlichsten Interessen und Positionen einzelner EU-Staaten widerspiegeln. Einerseits wurde in diesem Text die volle Unterstützung für die laufenden Kontrollen der UN-Inspektoren erklärt und die vorrangige Verantwortung des UN-Sicherheitsrates für die Entwaffnung des Iraks hervorgehoben, also die Eckpunkte der Berliner Position. Andererseits erkannte die EU hiermit prinzipiell „Gewalt als letztes Mittel“ an und würdigte auf den Druck von Tony Blair ausdrücklich „die militärische Drohkulisse, die wesentlich zur Rückkehr der Inspektoren“ beigetragen hatte.<sup>145</sup> Des Weiteren wurden sehr scharfe Drohungen an den Irak gerichtet: „Bagdad darf sich keinen Illusionen hingeben [...] Irak hat eine letzte Chance, diese Krise friedlich zu lösen. Das irakische Regime ist allein für die Folgen verantwortlich.“<sup>146</sup> Damit vollendete Deutschland eine Wende in der Irak-Politik, wie sie schon eine Woche vorher in der gemeinsamen deutsch-französisch-russischen Erklärung angedeutet worden war und gab seine prinzipielle Ablehnung einer militärischen Aktion gegen den Irak auf.<sup>147</sup> Der Bundeskanzler bestritt diese Interpretation und bezeichnete die Androhung von Gewalt als eine „abstrakte Formulierung“. Deutschland habe unter seiner Regierung Gewalt als letztes Mittel der Politik nie grundsätzlich ausgeschlossen, wie seine Haltung in anderen Konflikten bewiesen habe. In der Irak-Krise sei die Bundesregierung jedoch der Meinung, dass eine friedliche Lösung noch möglich sei.<sup>148</sup> Die Neue Zürcher Zeitung bemerkte zu dieser deutschen Position treffend: „Der Widerspruch ist offenkundig: Um diplomatisch handlungsfähig zu bleiben, widersetzt sich die Regierung auf internationaler Ebene der Androhung

---

<sup>144</sup> Record of 4707th Meeting of the United Nations Security Council, S. 19–20.

<sup>145</sup> „Kein Tag für gute Laune“, FR, 19. 2. 2003, S. 2.

<sup>146</sup> Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates am 17. 2. 2003, S. 2–3.

<sup>147</sup> Harnisch 2003, 23f.

<sup>148</sup> „Die EU findet einen Kompromiss – Gewalt nur das letzte Mittel“, FAZ, 18. 2. 2003, S. 1.

eines Militärschlags nicht, lehnt diesen jedoch in den an das heimische Publikum gerichteten Erklärungen weiterhin definitiv ab.<sup>149</sup> Dieses Urteil trifft wohl zu, denn in den darauf folgenden Standpunkten der Bundesregierung wurde erneut darauf hingewiesen, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution im UN-Sicherheitsrat nicht zustimmen werde und dass es eine militärische Aktion gegen den Irak ablehne, selbst wenn sie durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert wäre.

Gleichzeitig einigten sich auch die NATO-Mitgliedstaaten. Nachdem die Türkei Beratungen im Sinne des Artikels 4 des NATO-Vertrages initiiert hatte, wurden die Verhandlungen im NATO-Verteidigungsausschuss zu Ende geführt. Dem gehört Frankreich seit 1966 nicht mehr an. Belgien setzte durch, dass in dem Beschluss die Bemühungen der Vereinten Nationen zur friedlichen Lösung der Irak-Krise hervorgehoben wurden, dass also ein Krieg keine beschlossene Sache war. Nach diesen Militärplanungen sollte die Nato der Türkei Awacs-Aufklärungsflugzeuge, Patriot-Luftabwehrraketen sowie Einheiten zum Kampf gegen chemische und biologische Waffen zur Verfügung stellen. Deutschland unterstützte zusammen mit Belgien und Frankreich diesen Beschluss, aber in einer eigenen Erklärung gaben diese drei Länder zu wissen, dass für die Umsetzung der zu planenden Hilfe ein erneuter Beschluss des NATO-Rates erforderlich sei.<sup>150</sup>

Der Streit um die UN-Inspektionen ging inzwischen weiter. In einer kurzen Pause stimmten die jeweiligen Regierungen ihre Positionen ab. Am 24. Februar legten die USA, Großbritannien und Spanien einen gemeinsamen Entwurf der lange erwarteten zweiten Irak-Resolution vor. In diesem Text wurde festgestellt, dass der Irak nach wie vor nicht vollständig kooperiere und „zahlreiche Verstöße“ gegen UN-Resolutionen begehe. Der UN-Sicherheitsrat sollte in dieser Resolution beschließen, dass der Irak seine „letzte Chance“ nicht genutzt hatte.<sup>151</sup> Auf Drängen Großbritanniens sollte man mit der Abstimmung noch bis zum 10. März warten, damit die UN-Inspektoren am 7. März einen weiteren Bericht vorlegen konnten.<sup>152</sup> Als Reaktion legte

---

<sup>149</sup> „Akzentverschiebung in Berlins Irak-Politik“, NZZ, 19. 2. 2003, S. 3.

<sup>150</sup> „EU will Spaltung im Irak-Konflikt überwinden“, SZ, 18. 2. 2003, S. 1.

<sup>151</sup> „Erhebliche Verletzung“, Gemeinsamer Resolutionsentwurf von den USA, Großbritannien und Spanien, 24. 2. 2003. In: Dokumente zum Zeitgeschehen. Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2003, S. 506.

<sup>152</sup> „Washington und London legen eine neue Irak-Resolution vor“, FAZ, 25. 2. 2003, S. 1; „Showdown der Diplomatie“, taz, 25. 2. 2003, S. 1; „Du musst das hochziehen“, Der Spiegel, 24. 3. 2003, S. 52ff.

Frankreich, unterstützt von Russland und Deutschland, ein Memorandum vor, in dem vorgeschlagen wurde, dass ein klares Aktionsprogramm mit Fristen für die Inspektionen eingeführt werden und die Inspektionen verstärkt werden müssten. Für die deutsche Außenpolitik ist nicht ohne Bedeutung, dass das Memorandum von Frankreich initiiert wurde. Obwohl die Initiative beim Berlin-Besuch von Jacques Chirac vorgestellt wurde, gab es keinen Zweifel, dass sich Deutschland der Initiative lediglich anschloss.<sup>153</sup> Anlässlich dieses Treffens bekräftigten Schröder und Chirac am 25. Februar ihre ablehnende Position gegenüber dem Resolutionsentwurf von den USA, Großbritannien und Spanien. Die intensiven Konsultationen zwischen Deutschland, Frankreich und Russland wurden gleich am nächsten Tag, dem 25. Februar während des Besuchs von Bundeskanzler Schröder in Moskau fortgesetzt. Die gemeinsame Position dieser drei Länder zielte zu diesem Zeitpunkt erstens auf die Fortsetzung und Intensivierung der Inspektionen, zweitens auf die vollständige und bedingungslose Kooperation des Irak, die Vernichtung von zweifelhaften Waffensystemen inklusive, und drittens auf Vermeidung jeder Resolution, die automatische Anwendung militärischer Gewalt legitimieren würde. Der letzte Punkt sollte sicherstellen, dass nur der Sicherheitsrat darüber entscheiden konnte, ob der Irak die Auflagen gemäß der Resolution 1441 (bzw. allen anderen Resolutionen) erfüllte oder nicht. An der derzeitigen Position ist aber interessant, dass man sich eine „offene Hintertür“ ließ. In der gemeinsamen Erklärung vom 24. Februar wurde nach der Betonung der Diplomatie und Inspektionen eben die Kombination aus einem klaren Aktionsprogramm, verstärkten Inspektionen, einem klaren Zeitplan und dem militärischen Aufmarsch als ein realistisches Instrument vorgeschlagen, um die Einheit im Sicherheitsrat wieder herzustellen und maximalen Druck auf den Irak auszuüben. Dazu bekräftigten Bundeskanzler Schröder – genauso wie der französische Präsident Chirac – zwar, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution nicht zustimmen werde, dass aber eine Enthaltung durchaus in Frage komme.<sup>154</sup>

Die zwei Lager im UN-Sicherheitsrat identifizierten sich mit dem Vorliegen der oben erwähnten zwei Dokumente ganz deutlich: Die USA, Großbritannien und Spanien mit dem Resolutionsentwurf auf der einen Seite und Deutschland, Frankreich und Russland mit dem Memorandum auf der anderen Seite. Die weiteren Tage bis zum 7. März waren durch intensive Überzeu-

---

<sup>153</sup> „Schröder und Chirac: kein Grund für neue Resolution“, FAZ, 26. 2. 2003, S. 5.

<sup>154</sup> „Schröder und Chirac: kein Grund für neue Resolution“, FAZ, 26. 2. 2003, S. 5.

gungsarbeit von beiden Lagern innerhalb des UN-Sicherheitsrates gekennzeichnet, in der es um Positionen in der künftigen Abstimmung über den Resolutionsentwurf ging. Für die deutsche Politik waren in diesem Zeitraum noch zwei Ereignisse wichtig. Erstens war dies am 26. Februar eine Anfrage der NATO an alle Mitglieder nach militärischer Unterstützung zum Schutz der Türkei. Schon am selben Tag verkündete der Regierungssprecher Thomas Steg eine ablehnende Haltung Deutschlands, und diese wurde am 2. März bestätigt als die Bundesregierung „nach sorgfältiger Prüfung“ zu dem Schluss gekommen war, dass sie „vor dem Hintergrund der bereits zugesagten Unterstützung der Türkei mit Patriot-Raketen und AWACS-Flugzeugbesatzungen ihre Bündnisverpflichtungen bereits erfüllt habe“.<sup>155</sup> Zweitens handelte es sich um die Erklärung des Irak, mit der Vernichtung der Al-Samoud-2-Raketen anzufangen. Dies wurde von Frankreich und Deutschland sofort begrüßt und als Bestätigung ihrer Politik gesehen.<sup>156</sup>

Am 5. März fand in Paris ein Treffen der Außenminister von Frankreich, Deutschland und Russland statt. In einer gemeinsamen Erklärung, welche die Fortsetzung von Inspektionen forderte, gaben die drei Länder unmissverständlich zur Kenntnis: „In diesem Zusammenhang werden wir keinen Resolutionsentwurf passieren lassen, der eine Gewaltanwendung genehmigen würde.“<sup>157</sup> Deutschland schloss sich also der „Front der Zurückweisung“ gegen die amerikanischen Kriegspläne im Irak an.<sup>158</sup> Allerdings hatte die deutsche Position im UN-Sicherheitsrat eine wesentlich geringere Bedeutung, da es nicht über eine Veto-Möglichkeit besaß.

Der letzte Bericht der UN-Inspektoren wurde dem UN-Sicherheitsrat am 7. März vorgelegt. Alle Staaten waren bei dieser Sitzung durch ihre Außenminister vertreten. Der deutsche Außenminister Fischer bekräftigte die deutsche Position, indem er auf die Erfolge und „positive Entwicklung“ des Inspektionsregimes hinwies und argumentierte, dass noch nicht alle

---

<sup>155</sup> „Eine klare Linie von Anfang an: Friedliche Entwaffnung des Irak“ und „Deutschland verweigert der Türkei zusätzliche Hilfe“, *SZ*, 27. 2. 2003, S. 1.

<sup>156</sup> „Irak gibt Blix Forderung nach“, *taz*, 1. 3. 2003, S. 9 und „Eine klare Linie von Anfang an: Friedliche Entwaffnung des Irak“, Zusammenfassung der wichtigsten Schritte der deutschen Außenpolitik in der Irak-Krise. Bundesregierung-Online, 20. 3. 2003, <http://www.bundesregierung.de/artikel-413.470170/Eine-klare-Linie-von-Anfang-an.htm> [3. 3. 2005].

<sup>157</sup> „Gemeinsame Erklärung von Russland, Deutschland und Frankreich vom 5. März 2005“, <http://www.bundesregierung.de/artikel-413.470338/Gemeinsame-Erklärung-von-Russ.htm> [3. 3. 2005].

<sup>158</sup> „Paris und Moskau deuten Veto gegen Irak-Resolution an“, *FAZ*, 6. 3. 2003, S. 1; „Chronik des Monats März 2003“ In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2003, S. 516.

friedlichen Mittel ausgeschöpft seien.<sup>159</sup> Am 17. März zogen die USA, Großbritannien und Spanien den Entwurf der zweiten Irak-Resolution zurück. Der Grund dafür war offensichtlich: Diese Resolution konnte im UN-Sicherheitsrat nicht durchgehen. Ausschlaggebend dafür war die Festlegung Frankreichs, diese Resolution mit einem Veto zu verhindern, die der französische Präsident Jacques Chirac am 10. März in einer Fernsehansprache mitteilte.<sup>160</sup> Deutsche Außenpolitik erreichte hiermit eines ihrer Ziele, nämlich eine den Krieg legitimierende Resolution in UN-Sicherheitsrat zu verhindern, wenngleich Deutschland in den letzten Wochen vor dem Krieg nicht der entscheidende Akteur war. Die Führerschaft im Antikriegslager hatte seit ungefähr Anfang Februar Frankreich übernommen und bestätigte diese Position mit der öffentlichen Veto-Drohung am 10. März.<sup>161</sup>

Die Aktivitäten der deutschen Diplomatie in den letzten Momenten der Krise waren erstens intensive Konsultationen innerhalb des deutsch-französisch-russischen Lagers, auf die eine gemeinsame Erklärung folgte, in der immer wieder betont wurde, dass nicht alle friedlichen Möglichkeiten zur Lösung der Krise ausgeschöpft seien.<sup>162</sup> Zweitens betonten die deutschen Politiker immer wieder, dass sie nicht einsahen, dass der Krieg zum jetzigen Zeitpunkt notwendig sei und sie sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzten.<sup>163</sup> In Regierungskreisen war aber ohnehin klar, dass der Krieg unvermeidlich war.<sup>164</sup> Die letzten Tage vor dem Krieg brachten nichts Neues: Bundeskanzler Schröder betonte in seiner Fernsehansprache am 18. März, dass der Krieg durch die irakische Bedrohung nicht zu rechtfertigen sei: „Der Irak ist heute ein Land, das von den UN umfassend kontrolliert wird. Was der Sicherheitsrat an Abrüstungsschritten verlangt hat, wird mehr und mehr erfüllt. Deshalb gibt es keinen Grund, diesen Abrüstungsprozess jetzt abzubrechen.“<sup>165</sup> Außenminister Fischer wollte durch

---

<sup>159</sup> Record of 4714th Meeting of the United Nations Security Council, S. 9–10.

<sup>160</sup> „Letzte Etappe der Entfremdung“, FAZ, 12. 3. 2003, S. 3.

<sup>161</sup> „Messieurs, sie haben keine Mehrheit“, FAZ, 19. 3. 2003, S. 3.

<sup>162</sup> „Französisch-russisch-deutsche Erklärung zum Irak“ 15. 2. 2003, <http://www.bundesregierung.de/artikel,-466570/Es-gibt-noch-eine-Alternative-htm> [3. 3. 2005].

<sup>163</sup> Vgl. „Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 14. 3. 2003“ <http://www.bundesregierung.de/regierungserklaerung,-472179/Regierungserklaerung-von-Bunde.htm> [3. 3. 2005].

<sup>164</sup> „Die Hoffnung schwindet; Paris und Berlin rechnen mit Krieg“, SZ, 17. 3. 2005, S. 2.

<sup>165</sup> „Ansprache des Bundeskanzlers am 18. 3. 2003, Bundesregierung Online, <http://www.bundesregierung.de/basisattribute,-472828/Erklaerung-von-Bundeskanzler-S.htm> [3. 3. 2005], s. auch „Schröder erneuert Kritik an Bush“, FAZ, 19. 3. 2003, S. 1; „Der Irak vor dem Krieg“, SZ, 19. 3. 2003, S. 6.

seine Anwesenheit bei der letzten Sitzung des UN-Sicherheitsrates vor dem Krieg beweisen, dass dieses Gremium immer noch das Zentrum der Bemühungen zur Lösung der Irak-Krise sei.<sup>166</sup> Er hielt vor einer Versammlung, die, wie es die FAZ formulierte „machtlos die Gewalt des Stärkeren erkennen musste, aber nicht akzeptieren wollte“<sup>167</sup> eine der vehementesten Reden gegen den Krieg, in der er nochmals die deutsche Position betonte und die Politik der USA scharf als unglaubwürdig angriff: „Wir haben festzustellen, dass eine Politik der militärischen Intervention unglaubwürdig ist.“<sup>168</sup> Der Krieg begann aber schon am darauf folgenden Tag.

Die deutsche Politik in der zweiten Etappe der Irak-Krise war, wie beschrieben, durch viele Veränderungen und Kurswechsel gekennzeichnet. Das primäre Ziel war, eine militärische Intervention im Irak, an der deutsche Soldaten teilnehmen müssten, zu verhindern. Mit dieser Position stand Deutschland am Jahresanfang 2003 isoliert. Mit dem Positionswechsel Frankreichs Ende Januar veränderte sich diese Lage langsam. Russland schloss sich an und spätestens ab der gemeinsamen Erklärung am 15. Februar war Deutschland nicht mehr isoliert, sondern Teil eines Zweckbündnisses, welches versuchte, den Inspektionsprozess zu verlängern. Die Zahl der Staaten, die sich der Antikriegsstimmung von Frankreich, Russland und Deutschland anschlossen, wurde immer größer und die Antikriegspositionen setzten sich auch im UN-Sicherheitsrat durch. Der Krieg konnte aber nicht verhindert werden und natürlich blieb auch das deutsch-amerikanische Verhältnis dadurch gestört, dass Deutschland nicht nur eine ablehnende Haltung zu den amerikanischen Irakplänen bezog, sondern aktiv an deren Verhinderung arbeitete.

### *iii. Deutsche Außenpolitik in der dritten Etappe der Irak-Krise*

Die deutsche Politik blieb auch nach Anfang der Kampfhandlungen am 20. März bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Krieg. Der Bundeskanzler griff die US-Politik in seiner Fernsehansprache ziemlich scharf an, indem er sagte: „Ich bin sicher: Es hätte einen anderen Weg zur Entwaffnung des Diktators gegeben [...] Es ist eine falsche Entscheidung ge-

---

<sup>166</sup> „Eine klare Linie von Anfang an: Friedliche Entwaffnung des Irak.“

<sup>167</sup> „Kriegsgegner im Sicherheitsrat demonstrieren ihre Schwäche“, FAZ, 20. 3. 2003, S. 3.

<sup>168</sup> Record of 4721th Meeting of the United Nations Security Council, S. 3–5; Rede von Außenminister Fischer vor dem UN-Sicherheitsrat am 19. 3. 2003, <http://www.bundesregierung.de/rede,-473384/Rede-von-Bundesaussenminister-.htm> [3. 3. 2005], „Kriegsgegner im Sicherheitsrat demonstrieren ihre Schwäche“, FAZ, 20. 3. 2003, S. 3.

troffen worden.<sup>169</sup> Nachdem auch andere deutsche Politiker den US-Einmarsch in den Irak verurteilt hatten,<sup>170</sup> sorgte die Bundesregierung für weiteren Unmut in der NATO, indem sie kurz nach dem Anfang des Krieges drohte, die Besatzungen der AWACS-Flugzeuge und die Patriot-Raketen aus der Region abzuziehen, falls die Türkei in den Irak einmarschieren sollte.<sup>171</sup> Doch das passierte nicht.

Die Grundzüge der Außenpolitik Deutschlands im Bezug auf den Irak nach dem Krieg fasste Bundeskanzler Schröder am 3. April in einer Regierungserklärung zusammen. Erstens müssten die territoriale Integrität und politische Souveränität des Irak wiederhergestellt werden. Das irakische Volk müsse zweitens über seine politische Zukunft selbst bestimmen. Drittens müssten die Ölvorkommen und natürlichen Ressourcen des Landes im Besitz und unter Kontrolle der Iraker bleiben. Viertens und schließlich müsse ein Friedensfahrplan den Nahen und Mittleren Osten stabilisieren. In der Regierungserklärung hielt sich der Bundeskanzler mit Kritik an der Kriegs-koalition deutlich zurück. Dagegen betonte er aber die Wichtigkeit einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, zu der „es keine wirklich vernünftige Alternative gibt“.<sup>172</sup> Schröder begrüßte ausdrücklich den belgischen Entwurf eines Gipfeltreffens, auf dem die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorangetrieben werden sollte. Hier ist es nötig darauf hinzuweisen, dass der Bundeskanzler gleichzeitig auch betonte, dass erstens aus dieser Initiative niemand ausgeschlossen werden könne und dass besonders Großbritannien eine Sonderrolle in der europäischen Sicherheitspolitik spielen müsse. Zweitens sei auch wichtig, dass sich die neue Initiative nicht gegen die NATO richte. Dieser Anstoß von Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg, der zur Bildung einer neuen europäischen Verteidigungsunion außerhalb der NATO hätte führen können, stieß aber auf

---

<sup>169</sup> „Erklärung des Bundeskanzlers nach Beginn des Krieges im Irak“, <http://www.bundeskanzler.de/Reden-.7715.477210/Erklaerung-von-Bundeskanzler-Schroeder-nach-Begi...htm> [4. 3. 2005].

<sup>170</sup> „Alle Parteien kritisieren den Alleingang Washingtons“, SZ, 21. 3. 2002, S. 1.

<sup>171</sup> „Berlin droht mit Abzug der Awacs-Besatzung“, SZ, 24. 3. 2003, S. 1.

<sup>172</sup> „Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 3. April 2003 zur internationalen Lage und den Ergebnissen des Europäischen Rates in Brüssel“, <http://www.bundeskanzler.de/Regierungserklaerung-.8561.477127/Regierungserklaerung-von-Bundeskanzler-Schroeder...htm> [5. 3. 2005], weiterhin „Eine Skizze für die Nachkriegszeit. Kanzler Schröder umreißt seine künftige Außenpolitik“, FR, 4. 4. 2003, S. 4 und „Europas Aha-Erlebnis“, SZ, 4. 4. 2003, S. 2.



Widerstand von anderen Staaten der EU und der NATO.<sup>173</sup> Das Gipfeltreffen fand zwar am 29. April in Brüssel statt, wurde als „Pralinengipfel“ verspottet und schon damals war klar, dass die Initiative zum Scheitern verurteilt war, was sich auch bestätigte.

Ein weiterer wichtiger Punkt in der deutschen Außenpolitik war die Diskussion über die Rolle der UN beim Wiederaufbau des Irak. Deutschland propagierte zusammen mit Frankreich und Russland eine „zentrale Rolle der UN beim Wiederaufbau des Irak“, lehnte aber eine Beteiligung an einer diskutierten UN-Blauhelmtuppe, welche die öffentliche Ordnung im Nachkriegsirak sichern sollte, ab.<sup>174</sup>

Der Streit innerhalb der EU wurde auf dem Gipfeltreffen am 16. April in Athen überbrückt. Beide Seiten des Irak-Streites verständigten sich, den Blick nach vorne zu richten und die Fakten anzuerkennen. Der NATO wurde in der Schlussfolgerung des EU-Gipfels eine „zentrale Rolle“ im irakischen Nachkriegsprozess zugesprochen, der „zur Selbstregierung des irakischen Volkes“ führen sollte.<sup>175</sup>

Am 2. Mai verkündete US-Präsident Bush das Ende des Irak-Krieges. Erst zu diesem Zeitpunkt begann die wirkliche Aufgabe der deutschen Politik: durch konkrete Handlungen an der Verbesserung des Verhältnisses mit Amerika zu arbeiten.<sup>176</sup> Zuerst bemühte sich Bundesverteidigungsminister Struck während seines Besuchs in Washington anlässlich der Sitzung des NATO-Ukraine-Rates um eine „Normalisierung“.<sup>177</sup> Einen weiteren Schritt bedeutete der Besuch des US-Außenministers Powell in Berlin am 16. Mai, der über eine Abschaffung der Sanktionen gegen den Irak verhandelte. Einen entsprechenden Entwurf legten die USA zusammen mit Großbritannien im UN-Sicherheitsrat vor. Dessen vierter Version wurde nach zehntägiger Debatte am 22. Mai mit 14 von 15 Stimmen zugestimmt. Die Resolution 1483 hob alle Sanktionen gegen den Irak mit Ausnahme des Waffenembargos auf und erkannte faktisch die USA als eine Besatzungsmacht an. Bundesaußenminister Fischer betonte zwar bei der Abstimmung, dass die Resolution keine nachträgliche Legitimierung des Krieges darstelle, lobte aber die USA für ihre „hervorragende, unverzichtbare Rolle

---

<sup>173</sup> „Kerneuropa will eigenen Generalstab und Schutztruppe“, SZ, 10. 4. 2003, S. 9.

<sup>174</sup> „Zentrale Rolle der Vereinten Nationen“, FAZ, 8. 4. 2003, S. 5.

<sup>175</sup> „Gipfel im Schatten des Krieges“, taz, 19. 4. 2003, S. 6.

<sup>176</sup> Vgl. Harnisch 2004, 25.

<sup>177</sup> „Normalisierung auf niedrigstem Niveau“, FAZ, 7. 5. 2003, S. 3.

in der transatlantischen Familie“. Deutschland setzte seine Politik, die auf die Verbesserung der Beziehungen mit den USA zielte, weiter fort.

## **2. Positionen Deutschlands zu den Problemfeldern der Irak-Krise**

Die endgültige deutsche Position vor dem Ausbruch des Krieges im März 2003 kann man als Position eines konsequenten „doppelten Nein“ beschreiben, also Nein zur etwaigen militärischen Intervention gegen den Irak (egal ob unter einem UN-Mandat oder nur der USA) und Nein zum Einsatz deutscher Truppen an einer solchen Intervention, falls sie vom Sicherheitsrat bewilligt werden sollte. So stellte sich Deutschland wider den amerikanischen Vorschlag, eine Reihe von Problemen durch Gewaltanwendung zu lösen. Wie gestaltete sich aber die Position und Politik der Bundesrepublik Deutschland in den einzelnen Problemfeldern, aus denen die ganze hochkomplexe Irak-Krise entstanden war?

### *i. Irak als Hersteller von Massenvernichtungswaffen*

Der erste Problemkomplex der deutschen Außenpolitik in der Krise drehte sich um den Irak und seine Massenvernichtungswaffen. Als der Irak mit seinem Massenvernichtungsprogramm in den 70er und den 80er Jahren begann, waren zahlreiche deutsche Firmen am Export von sensiblen Technologien zur Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie von fortgeschrittenen Raketentechnologien an den Irak beteiligt.<sup>178</sup> Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gewann allgemein das Thema der Proliferation von Massenvernichtungswaffen zunehmend an Bedeutung und Politik der „Counterproliferation“, die auch mit militärischen Maßnahmen rechnete, wurde zu einer der wichtigsten Prioritäten aller drei US-Administrationen in den 90er Jahren. Die deutsche Politik setzte dagegen traditionsgemäß auf multilaterale Kontrollmechanismen innerhalb des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) und der UN und hob immer die Wichtigkeit der „rechtlichen Legitimation“ des NVV für die Proliferationsbekämpfung hervor, ohne aber zu sagen, wie eine Verletzung bzw. Missachtung dieses Rechtes bestraft werden sollte.<sup>179</sup> Konkret wurde dies während der Irak-Krise in der Unterstützung der Wiedereinführung der Inspektionen umgesetzt (Resolution 1441). Die im

---

<sup>178</sup> Harnisch 2004, 5f.

<sup>179</sup> Deutsche Außenpolitik 2002. Broschüre, Auswärtiges Amt Berlin 2003, 123 und Krause 2003, 9–10.

Frühjahr 2003 zusammen mit Frankreich und Russland gestellte Forderung, den UN-Inspektionen mehr Zeit zu lassen, beantwortete aber die zentrale Frage der US-Antiproliferationspolitik nicht, nämlich wie langfristig eine (Wieder-)Aufrüstung des Irak verhindert werden sollte.

Das Hauptproblem der deutschen (aber nicht nur der deutschen) Nichtverbreitungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes war, dass sie vor die Herausforderung gestellt war, dass das multilaterale Nichtverbreitungssystem nicht mehr unbedingt funktionieren musste. Das zeigte sich im Falle des Irak ganz offensichtlich schon während des Krieges gegen den Iran und nach dem Golfkrieg 1990–1991. Pakistan, Indien und Nordkorea stellten weitere eindeutige Fälle von Versagen des multilateralen Nichtverbreitungssystems dar. Die Geschichte der „substantiellen Irreführung“<sup>180</sup> der UN-Inspektionen durch den Irak in den 90er Jahren beeinflusste die Grundlagen der deutschen Nichtverbreitungspolitik kaum. Es wurde zwar zugegeben, dass das Nichtverbreitungsregime gelegentlich versagte, aber „Fälle, in denen die einschlägigen Instrumente bewusst hintergangen oder gebrochen werden, führen nicht zwangsläufig zu einer Entwertung der bestehenden Regime.“<sup>181</sup> Außenminister Fischer widersprach der Realität, als er in einem Interview mit der taz sagte: „Die Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Saddam hat zehn Jahre funktioniert. Das ist kein Appeasement.“<sup>182</sup> Man kann gegen argumentieren, dass im Irak nach dem Krieg keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden. Die ergebnislose Suche der „Iraq Survey Group“ löste in den USA und in Großbritannien breite öffentliche Diskussionen aus. Es ist weiterhin unklar, was genau mit den im Irak vorhandenen Massenvernichtungswaffen passiert ist. Die Sicherheitssituation und die fehlende Kooperationsbereitschaft der USA erschweren zur Zeit die genaue Problemaufarbeitung durch die internationalen Organisationen IAEA und UNMOVIC.<sup>183</sup>

---

<sup>180</sup> UNSCOM-Report, Januar 1999, Absatz 12.

<sup>181</sup> Deutsche Außenpolitik 2003–2004, Broschüre, Auswärtiges Amt Berlin 2005 <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/publikationen/ap2004.pdf> [6. 3. 2005], 183.

<sup>182</sup> Interview mit Joschka Fischer: „Ich bin kein grüner Helmut Kohl“, taz, 19. 8. 2002, S. 3f.

<sup>183</sup> Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 2003. Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht). Auswärtiges Amt Berlin 2004, 20f.

Unter diesem Blickwinkel betrachtet scheint die deutsche Position bestätigt, jedoch hatte keine Seite in der Auseinandersetzung um den Irak ganz Recht. Der Irak besaß Massenvernichtungswaffen. Er sollte sie vernichten und diese Vernichtung belegen. Das ist nicht passiert. Die Tatsache, dass der Irak erst durch eine „militärische Drohkulisse“ zur Zusammenarbeit mit den UN-Inspektoren gezwungen werden konnte, stellte schon ein eindeutiges Versagen der multilateralen Nichtverbreitungspolitik dar. In der deutschen Nichtverbreitungsstrategie bleiben aber präventive Maßnahmen der Diplomatie, vor allem multilaterale Verträge und Exportkontrollregime als vorrangige Instrumente zur Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen erhalten. Militärische Zwangsmaßnahmen „dürfen dagegen nur letztes Mittel sein, wenn eine klare und sonst unabwendbare Bedrohung keine andere Wahl lässt. Sie stehen unter dem Vorbehalt der Vereinbarkeit mit dem internationalen Recht und den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen.“<sup>184</sup>

Die EU versuchte, sich mit der neuen Bedrohungslage in ihrer neuen Sicherheitsstrategie auseinander zusetzen, welche auch die Anwendung militärischer Gewalt zur Abwendung der Proliferation zulässt.<sup>185</sup> Hier zog Deutschland als einer der zentralen Akteure der europäischen Politik eindeutig eine Lehre aus dem Versagen des Nichtverbreitungsregimes vor und während der ganzen Irak-Krise, indem es die Akzente der europäischen Sicherheitspolitik zugunsten der militärischen Handlungsfähigkeit und präemptiven Konfliktvorbeugung (auch mit militärischen Mitteln) verschob.

Hauptsächlich auf deutschen Druck ist aber die neue EU-Sicherheitsstrategie so geschrieben, dass der Einsatz militärischer Gewalt immer als eines (bzw. das letzte) der Instrumente eines multilateralen Prozesses verstanden wird.<sup>186</sup> Die Irak-Krise zeigte, wie schwierig die Entscheidungsfindung innerhalb eines multilateralen Rahmens ist.

## *ii. Irak als (regionale) Bedrohung*

Darüber, dass der Irak unter dem Regime von Saddam Hussein eine Bedrohung darstellte, waren sich praktisch alle amerikanischen, europäischen und deutschen Politiker einig. US-Vizepräsident Cheney brachte den wichtigsten

---

<sup>184</sup> Deutsche Außenpolitik 2003–2004, 183.

<sup>185</sup> „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel 12. 12. 2003, <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> [6. 3. 2005], 3 und 6ff.

<sup>186</sup> Vgl. Müller 2004, 20–22.

Grund für den Krieg folgendermaßen auf den Punkt: „Bewaffnet mit einem Arsenal dieser Waffen des Terrors und Herr über zehn Prozent der Ölreserven der Welt könnte Saddam Hussein versuchen, die Beherrschung des gesamten Nahen Ostens anzustreben, die Kontrolle über einen Großteil der weltweiten Energiereserven zu erlangen, die Freunde der Vereinigten Staaten in der gesamten Region direkt zu bedrohen und die Vereinigten Staaten oder jede andere Nation nuklearer Erpressung auszusetzen.“<sup>187</sup>

Wie setzte sich aber die deutsche Politik mit dieser Bedrohung und mit dieser Akzentsetzung der US-Administration auseinander? Der Streit drehte sich logischerweise vor allem um das Ausmaß und die Art der Bedrohung und um die Art und Weise, wie dieser Bedrohung begegnet werden sollte. Bundesaußenminister Fischer brachte es noch vor der Bundestagswahl 2002 auf den Punkt: „Auf die entscheidende Frage habe ich bis heute keine Antwort gehört: Rechtfertigen die Bedrohungsanalysen, ein Risiko ganz anderer Größenordnung einzugehen und die Verantwortung für Frieden und Stabilität in der gesamten Region zu übernehmen, eine Verantwortung, die nicht in Wochen und Monaten, sondern eher in Jahren und Jahrzehnten zu bemessen ist?“<sup>188</sup> Eine ähnliche Bedrohungsbeurteilung drückte Bundeskanzler Schröder aus: „Meine Frage war und ist: Rechtfertigt das Ausmaß der Bedrohung, die von dem irakischen Diktator ausgeht, den Einsatz des Krieges? [...] Meine Antwort in diesem Fall war und ist: Nein.“<sup>189</sup> Während die US-Politiker vor allem mit den Risiken des Nichtstuns argumentierten, warnten die deutschen Politiker vor den Kriegsfolgen. Der Krieg gegen den Irak wäre laut Außenminister Fischer eine „große Tragödie für die gesamte Region“ und mit dem Risiko verbunden, dass der gesamte Nahe Osten „für Jahre oder sogar Jahrzehnte“ destabilisiert werde. Fischer betonte die Alternativmöglichkeit eines „kooperativen Ansatzes zur Neuordnung der Region“, der sich auf „einen umfassenden Sicherheitsbegriff gründen und nicht nur militärische Sicherheit, sondern auch Wirtschaft, Menschenrechte und Kultur umfassen“ müsse.<sup>190</sup>

---

<sup>187</sup> In seiner berühmten Rede vor der Versammlung der US-Kriegsveterane in Nashville am 26. August 2002, zit. nach Rudolf 2003, *Neuorientierung*, 266, für deutsche Übersetzung siehe <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Irak/chenev.html> [6. 3. 2005].

<sup>188</sup> Interview mit der Tageszeitung: „Ich bin kein grüner Helmut Kohl“, taz, 19. 8. 2002, S. 3–4.

<sup>189</sup> „Ansprache des Bundeskanzlers am 18. 3. 2003“. Bundesregierung Online, <http://www.bundesregierung.de/basisattribute,-472828/Erklaerung-von-Bundeskanzler-S.htm> [3. 3. 2005].

<sup>190</sup> „Für ein System globaler kooperativer Sicherheit, 1275“. Rede von Bundesaußenminister Joseph Fischer vor der Generalversammlung der VN am 14. 9. 2002. In: *Dokumente zum Zeitgeschehen. Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2002, S. 1274–1277.

Also ein Ansatz, der in den besten Traditionen der bundesdeutschen Außenpolitik lag und liegt. Dieser Ansatz wurde mit dem Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ vom 12. Mai 2004 konkretisiert. Diese Strategie basiert auf einem erweiterten Sicherheitsbegriff und umfasst „Instrumente insbesondere der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt-, Kultur- und Rechtspolitik.“<sup>191</sup> Die Umsetzung einer solchen Strategie kann sehr langfristig sein und die Kooperation der betreffenden Staaten ist für einen Erfolg dieser Strategie notwendig. Das grundsätzliche Problem war und ist das Vorhandensein dieser Urvoraussetzung im Gebiet des Nahen Ostens. Die kulturellen Unterschiede in der Wahrnehmung des Begriffes der „westlichen Demokratie“ stellen eine wichtige Herausforderung dar. Totalitäre Regime wie der Irak unter der Herrschaft von Saddam Hussein haben kaum Interesse an einer freiwilligen Demokratisierung und Durchsetzung der Menschenrechte. Auch bei anderen Staaten kann man kaum von einer westlichen Demokratie sprechen. Sowohl der Iran als auch Syrien und Saudi-Arabien (um einige der wichtigsten Akteure im Nahen Osten zu nennen) gehen einen eigenen Weg hin zur mehr Demokratisierung. Das Ziel dieses Weges ist aber ungewiss und es besteht eine potentielle Gefahr, dass mehr Demokratie zu Instabilität in der Region führt. Unter diesem Gesichtspunkt muss die Frage gestellt werden, in welcher Zeitperspektive die deutsche Friedensstrategie für den Nahen Osten erfolgreich sein kann. Allerdings muss auch festgestellt werden, dass keine Strategie eine komplexe Lösung für die Sicherheitsprobleme des Nahen Ostens bietet und dass der Demokratisierungs- und Stabilisierungsprozess noch Jahrzehnte dauern wird.

Wenn man also mehr als zwei Jahre nach dem Irak-Krieg die unterschiedlichen Bedrohungsanalysen interpretiert, kann die Frage nach der Richtigkeit der einen oder anderen kaum eindeutig beantwortet werden. Man kann nur spekulieren, ob das „worst-case“ Szenario von Richard Cheney Wirklichkeit geworden wäre. Die Befürchtungen, dass es dem Irak gelingen könnte, das über Jahre hinweg ohnehin missachtete UN-Sanktionsregime ganz abzuschaffen, waren zweifellos mittelfristig berechtigt. In diesem Zusammenhang ist es klar, dass der Zustand seit dem Verweis der Inspektoren 1998 nicht dauerhaft erhalten werden konnte. Die schlimmsten

---

<sup>191</sup> Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ 2004, S. XVI. [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/ziv\\_km/aktionsplan.pdf](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/ziv_km/aktionsplan.pdf) [15. 4. 2005].

Befürchtungen von Joschka Fischer, dass der Irak-Krieg den gesamten Nahen Osten destabilisieren würde, sind offensichtlich auch nicht Wirklichkeit geworden.

Hinter den oben beschriebenen unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen und Reaktionen stecken aber auch tiefgreifende transatlantische Unterschiede in der Sicherheitspolitik, die zum Beispiel Robert Kagan in seinem Essay „Power and Weakness“<sup>192</sup> beschreibt. Die ganze Debatte über die grundlegenden Unterschiede in der Sicherheitspolitik der USA und Europas ist jedoch zu umfangreich, um hier aufgegriffen zu werden.

Die deutsche Tradition einer multilateralen, auf friedliche Lösungen orientierten Außenpolitik kam also in der Irak-Krise sehr stark zum Ausdruck, konnte aber den Krieg nicht verhindern.<sup>193</sup> Diese deutsche Tradition spiegelte sich auch in den Vorstellungen, was nach dem Krieg mit dem Irak geschehen soll, wider. Die grundsätzliche deutsche Position war fast sofort klar: Am Wiederaufbau des Irak nach dem Krieg sollte sich möglichst stark die UN beteiligen.<sup>194</sup> Im April 2003 wiederholten die deutschen – zusammen mit den französischen und russischen – Politiker diese Meinung.<sup>195</sup> Das Fundament der Position der Bundesregierung umriss der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 3. April 2003.<sup>196</sup> Gleich am Anfang warnte Bundeskanzler Schröder davor, sich „bereits jetzt in Details zu verlieren und über sie zu spekulieren“. Das entsprach der deutschen Position in Sachen Wiederaufbau, die eher gewisse Prinzipien verkündete, in praktischen Dingen aber eher passiv wirkte und keine konkreten Initiativen einbrachte. Für Schröder war „unabdingbar“, dass „jeder Wiederaufbauprozess unter der Verantwortung der UN organisiert wird“. Die Grundsätze, die Bundeskanzler Schröder dann nannte, gingen kaum über Allgemeines hinaus. Zusammen mit der gleichzeitigen Warnung vor einer detaillierten Diskussion ist dies ein Anschein dafür, dass die Bundesregierung kaum über eine durchdachte Strategie zur Entwicklung des Iraks nach dem Krieg verfügte. So sollte (1) die territoriale Integrität des Iraks erhalten bleiben.

---

<sup>192</sup> Kagan, Robert: Power and Weakness. In: Policy Review 113, June 2002.

<sup>193</sup> Vgl. Harnisch 2004, 33; Dalgaard-Nielsen 2003, 100f; Maull 2003, 9.

<sup>194</sup> Vgl. Rede von Außenminister Fischer vor dem Bundestag am 20. 3. 2003.

<sup>195</sup> „Zentrale Rolle der VN“, FAZ, 8. 4. 2003, S. 5 oder „Führende Rolle für die UN im Irak“, FAZ, S. 1.

<sup>196</sup> „Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 3. April 2003 zur internationalen Lage und den Ergebnissen des Europäischen Rates in Brüssel“, s. auch „Eine Skizze für die Nachkriegszeit“, Frankfurter Rundschau, 4. 4. 2003, S. 4.

Das irakische Volk müsse (2) selbst über seine politische Zukunft entscheiden können. Weiterhin sei (3) entscheidend, dass die natürlichen Ressourcen des Landes im Besitz und unter der Kontrolle des irakischen Volkes blieben. Für die Stabilisierung des Iraks sei (4) erforderlich, dass im Nahen und Mittleren Osten ein politischer Stabilisierungsprozess in Gang komme.

### *iii. Irak als Verächter der UN-Resolutionen*

Der Irak verletzte seit seiner militärischen Niederlage im Jahr 1991 zahlreiche Resolutionen des UN-Sicherheitsrates. Trotzdem war die internationale Gemeinschaft nicht in der Lage, diese Verletzungen spürbar zu bestrafen. Die Angriffe der britischen und amerikanischen Luftwaffe konnten die Situation nicht dauerhaft lösen. Die Notwendigkeit, die Autorität der Vereinten Nationen wieder herzustellen war das Kernargument mit dem US-Präsident George W. Bush im September 2002 für ein schärferes Vorgehen gegen den Irak plädierte. Wie sah die Reaktion der deutschen Außenpolitik aus? Der Bundesaußenminister reagierte unmittelbar bei derselben Gelegenheit und gab zu, dass sich der Irak „trotz bindender Verpflichtungen [...] weigert, die drängenden Fragen der Staatengemeinschaft nach seinen Massenvernichtungswaffen glaubwürdig und nachprüfbar zu beantworten. Deshalb muss der Druck [...] verstärkt werden.“<sup>197</sup> In diesem Sinne war es in der Logik der multilateral orientierten deutschen Außenpolitik, diese Akzente in der amerikanischen Irak-Politik zu begrüßen. Das tat der Außenminister auch und betonte: „Alle einschlägigen UN-Resolutionen müssen vollständig und unverzüglich umgesetzt werden.“ Schon der nächste Satz seiner Rede spiegelte aber die Inkonsequenz in der deutschen Politik: „Wir wollen jedoch keinen Automatismus hin zur Anwendung militärischer Zwangsmaßnahmen.“<sup>198</sup> Hiermit ließ der deutsche Außenminister die zentrale Frage offen, nämlich wie der Irak zur Umsetzung der UN-Resolutionen gezwungen werden sollte. Später mussten er und andere europäische Politiker anerkennen, dass es die „militärische Drohkulisse“ war, die „wesentlich zur Rückkehr der Inspektoren“ beigetragen hatte.<sup>199</sup>

---

<sup>197</sup> „Für ein System globaler kooperativer Sicherheit“, 1274.

<sup>198</sup> Ebd., 1275.

<sup>199</sup> Vgl. Interview mit Außenminister Joschka Fischer: „Die Hoffnung wird immer kleiner“, Der Spiegel, 30. 12. 2002, S. 22 bzw. die „Schlussfolgerungen der Sondersitzung des Europäischen Rates am 17. 2. 2003 in Brüssel“, S. 3.



Die Unfähigkeit der Bundesregierung, die Frage zu beantworten, wie der Irak sonst zur Akzeptanz der UN-Resolutionen gezwungen werden sollte, zeigte sich deutlich bei der Sicherheitskonferenz im Februar 2003 in München.<sup>200</sup>

Am Anfang der Krise argumentierte Bundeskanzler Schröder, der Irak sei ein Land, das von der UNO umfassend kontrolliert werde. Was der UN-Sicherheitsrat an Abrüstungsschritten verlangt habe, werde mehr und mehr erfüllt. Deshalb gebe es keinen Grund, den Abrüstungsprozess abzubrechen. Leider konnten die USA mit dieser Argumentation nicht überzeugt werden.

#### *iv. Irak als despotisches Regime*

Darüber, dass das Regime von Saddam Hussein eine verabscheuungswürdige Tyrannei war, waren sich in der transatlantischen Gemeinschaft alle einig. Die Natur des Regimes von Saddam Hussein war zusätzlich für manche Entscheidungsträger in der Bush-Administration ein genügender Grund für einen Krieg.<sup>201</sup> Für die US-Politik war ein Regimewechsel in Bagdad die einzige Lösung, wie man die mit dem Irak verbundenen Probleme lösen konnte. Die totalitäre Natur des Saddam-Regimes gab den anderen und durchaus wichtigeren Gründen für den Irak-Krieg nur eine zusätzliche moralische Legitimation.

Die Bush-Administration glaubte, dass ein demokratischer und friedlicher Irak einen „shining lighthouse of democracy“<sup>202</sup> für die ganze Region des Nahen und Mittleren Osten darstellen könne. Im so genannten „Domino-Effekt“ sollte eine Demokratisierungswelle den Frieden und Stabilität in der ganzen Region bringen.<sup>203</sup> Angesichts der aktuellen Entwicklung im Frühjahr 2005 (Wahlen in Saudi-Arabien, Zulassung von oppositionellen Kandidaten zur Präsidentschaftswahlen in Ägypten, Demokratisierungsansätze in Libanon usw.) fühlen sich die Vertreter dieser Domino-Theorie bestätigt, doch ein definitives Urteil wäre an dieser Stelle verfrüht.

In Deutschland gestaltete sich die Position angesichts der landesspezifischen Geschichte ziemlich schwierig. Es wäre zu erwarten gewesen, dass

<sup>200</sup> Vgl. z. B. „It was very leidenschaftlich“, taz, 10. 2. 2003, S. 3.

<sup>201</sup> Vgl. dazu Kubbig 2004.

<sup>202</sup> Paraphrase der Worte von John Quincy Adams, dem ersten Außenminister der USA, der mal sagte, dass die USA mit ihrem z. Zt. einzigartigen demokratischen System einen „strahlenden Leuchtturm“ für die ganze Welt darstellen können.

<sup>203</sup> Vgl. Rudolf 2003, 266ff und Kubbig 2004, 27–30.

in der innerdeutschen Debatte die moralischen Aspekte der Beseitigung eines tyrannischen Regimes stärker zum Ausdruck kommen, als es tatsächlich geschah. Doch die deutsche Debatte hob vielmehr die völkerrechtlichen Aspekte hervor und setzte die Abneigung gegen Krieg in den Vordergrund. Die humanitäre Begründung (und das Ziel der Abschaffung eines bösen Diktators) reichten nicht mehr aus, um einen Krieg zu legitimieren, wie es noch beim Kosovo-Krieg der Fall war. Die Analyse der Bedrohungen war offensichtlich wichtiger.

#### **IV. Deutsche Politik in der Krise: Ursachen und Folgen**

##### **1. Theorien in der Forschung zur deutschen Außenpolitik**

Die etabliertesten Theorien der internationalen Beziehungen (IB-Theorien), die zum besseren Verständnis des außenpolitischen Verhaltens von Akteuren in den internationalen Beziehungen dienen, sind: Neorealismus, Liberalismus und Sozialkonstruktivismus. Es gibt gewiss noch einige andere Ansätze zur Erklärung von Außenpolitik, doch diese sind die drei gängigsten. Sie dienen einer Interpretation, einem Verständnis der Welt der internationalen Beziehungen<sup>204</sup> und manchmal zeigen sie, wo man hinschauen soll, um die Außenpolitik eines bestimmten Staates (im Falle dieser Arbeit Deutschlands) besser zu verstehen.

In diesem Kapitel wird die deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise mit der Hilfe dieser drei Theorien untersucht. Es wird die Frage nach der Plausibilität der Theorien gestellt, deren Beantwortung ist aber nur ein Teil der Analyse (Teil 1 dieses Kapitels). Vielmehr ist die Aufgabe dieses Kapitels die genaue Beschreibung von Motiven und Gründen der deutschen Politik, welche im zweiten Teil aufgrund der Erkenntnisse aus dem ersten Teil erfolgt. Im dritten Teil befindet sich eine kurze Skizze der Folgen der deutschen Politik in der Irak-Krise für die langfristige Entwicklung der deutschen Außenpolitik.

##### *i. Deutsche Außenpolitik aus neorealistischer Perspektive*

Der Realismus ist die älteste Theorie der internationalen Beziehungen. Entwickelt von E. Carr und H. Morgenthau in den 50er Jahren, ist für diese Theorie die Macht die zentrale Kategorie. Die Staaten streben nach

---

<sup>204</sup> Krell 2004, 59.

Macht – das ist eine ureigene Eigenschaft eines Staates. Der klassische Realismus sieht den Ursprung dieses Strebens in der Natur des Menschen,<sup>205</sup> der Neorealismus sieht den Ursprung in der anarchischen Struktur der Staatengemeinschaft, die den Staat zu dem Streben nach der Macht zwingt. Die gegenseitigen Interaktionen zwischen den Staaten können dann auf-grund der Machtverteilung erklärt werden. Die relative Macht eines Staates soll sein außenpolitisches Verhalten bestimmen.<sup>206</sup> Absolute Voraussetzung der neorealistischen Theorie ist aber die Existenz eines anarchischen und dezentralisierten internationalen Umfeldes,<sup>207</sup> das dem freien Markt ähnelt.<sup>208</sup> Diese anarchische Struktur determiniert das Verhalten der Akteure. Die Staaten bilden in diesem System die elementaren Einheiten und handeln für sich selbst, wobei ihr primäres Ziel ist, ihre eigene Sicherheit und ihr Überleben zu sichern.<sup>209</sup> Die Staaten treffen dann – ähnlich wie die Akteure auf einem Markt – ihre außenpolitischen Entscheidungen auf-grund einer rationalen Kalkulation und entscheiden sich für die Variante, die ihnen den größten Profit verspricht. Anarchie im internationalen System verursacht, dass das Streben nach eigener Sicherheit für einen Staat das Wichtigste ist. Als Sicherheit wird „die Fähigkeit der Staaten und Gesellschaften, ihre unabhängige Identität und funktionelle Integrität zu sichern“<sup>210</sup> verstanden. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, streben die Staaten nach einer faktischen Autonomie gegenüber anderen Akteuren. In den Politiken von Staaten identifizieren die Neorealisten zwei Typen: eine Politik, die nach Autonomie strebt, und eine, die nach Einfluss strebt.

Der klassische Realismus erwartet, dass ein Staat (1) eine Machtpolitik durchführen und (2) weiterhin nach Autonomie und Einfluss streben wird, wobei Autonomie den absoluten Vorrang hat. Nach dem sogenannten modifizierten Neorealismus werden die Staaten (1) eine Machtpolitik durchführen und (2) nach Autonomie und Einfluss streben. Da aber die Sicherheitsbedrohungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes abgenommen

---

<sup>205</sup> Krell 2004, 63.

<sup>206</sup> Baumann – Rittberger – Wagner 2001, 37f.

<sup>207</sup> „International systems are decentralized and anarchic“, s. Waltz 1979, 287. Seitenangabe bezieht sich auf den Reprint.

<sup>208</sup> „International politics is structurally similar to a market economy.“, s. Waltz 1979, 289. Seitenangabe bezieht sich auf den Reprint.

<sup>209</sup> Baumann – Rittberger – Wagner 2001, 39.

<sup>210</sup> Ebd., 39.

haben, sollen nach dieser Theorie die europäischen Staaten den Einfluss bevorzugen, wenn ein Konflikt zwischen Autonomie und Einfluss besteht.

Kann man auf diese Weise das außenpolitische Verhalten von Deutschland in der Irak-Krise erklären? Hilft die neorealistische Sichtweise zum besseren Verständnis der deutschen Politik zwischen Frühling 2002 und 2003?

Deutschland strebt kontinuierlich nach mehr Einfluss auf das Weltgeschehen. Am Anfang der Krise kandidierte es in den Sicherheitsrat und wurde gewählt. In diesem Gremium versuchte Deutschland, gleichberechtigt mit den Großmächten zu agieren. Durch die Ablehnung einer Militärintervention ohne UN-Mandat und die Unterstützung der Bemühungen von Frankreich und Russland, die Entscheidungskompetenz im UN-Sicherheitsrat zu lassen, ist ein Bemühen sichtbar, einen Alleingang der USA nicht zuzulassen und die USA zu verpflichten, sich den Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates zu unterziehen, also klassisches Streben nach Einfluss, wie es oben beschrieben ist. Eine ähnliche Politik wurde auch im NATO-Rat betrieben, v.a. mit der Blockadehaltung Deutschlands angesichts der Verteidigungspläne der Türkei im Januar und Februar 2003. Der Versuch, auf die Entscheidungen der USA größeren Einfluss zu nehmen, endete erfolglos, was aus neorealistischer Sicht ganz logisch und eindeutig in der Machtverteilung zwischen Deutschland und den USA liegt. Die USA sind in dieser Sicht einfach der Stärkere, der seinen Willen auch durchsetzt.

Eindeutig ist bei Deutschland auch das Streben nach mehr Autonomie. Schon Ende 2001, als Bundeskanzler Schröder die „uneingeschränkte Solidarität“<sup>211</sup> mit den USA erklärte, betonte er zugleich, dass Deutschland nicht „für Abenteuer zur Verfügung“ stehe. Am besten ist diese Position durch seine Worte auszudrücken: „Bündnissolidarität auf der einen Seite, aber auch Eigenverantwortung auf der anderen. Über die existenziellen Fragen der deutschen Nation wird in Berlin entschieden und nirgendwo anders.“<sup>212</sup> Die deutsche Politik war durch die Bemühung gekennzeichnet, sich als eigenständiger und unabhängiger Akteur darzustellen, der eine prinzipiell begründete Haltung konsequent vertritt. In dieser Interpretation

---

<sup>211</sup> Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag zu den Anschlägen in den USA am 19. 9. 2001.

<sup>212</sup> Rede von Bundeskanzler Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 13. September 2002. <http://www.bundesregierung.de/rede-,413.440810/Rede-von-Bundeskanzler-Schroed.htm> [30. 3. 2005].

war die deutsche Politik in der Irak-Krise „ein erster Schritt, um Deutschland aus der Abhängigkeit von Amerika zu lösen“.<sup>213</sup>

Aufgrund der theoriebezogenen Analyse der deutschen Außenpolitik kann man also urteilen, dass die neorealistische Theorie eine plausible Erklärung für die deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise bietet. Das Streben nach mehr Einfluss und mehr Autonomie ist klar erkennbar. Allerdings kann man hier auch gewisse Schwächen erkennen. Die innenpolitische Dimension der deutschen Irak-Politik wird von der neorealistischen Theorie völlig vernachlässigt und da diese voraussetzt, dass alle Staaten dieselben Ziele verfolgen und als Einheiten („black boxes“) handeln, kann die spezifische deutsche Situation nicht berücksichtigt werden.

### *ii. Deutsche Außenpolitik aus liberaler Perspektive*

Der Liberalismus unterscheidet sich vom Realismus dadurch, dass er eben diese Sichtweise ändert und die Staaten nicht als „black boxes“ sieht, sondern die Entscheidungs- und Präferenzbildungsprozesse innerhalb der staatlich organisierten Gesellschaften untersucht.<sup>214</sup> Wie ist dieser Ansatz theoretisch begründet? Im Unterschied zum Realismus besagt die liberale IB-Theorie, dass die Staaten keine einheitlichen Vorstellungen von ihren Zielen und Interessen haben. Die Außenpolitik der einzelnen Staaten und damit die gesamte internationale Politik entsteht als Zusammentreffen unterschiedlicher gesellschaftlicher Präferenzen, die von den Staaten vermittelt werden.<sup>215</sup> Aus diesen Grundlagen entstehen dann drei Kernvoraussetzungen der liberalen IB-Theorie.<sup>216</sup> Erstens ist dies das Primat der gesellschaftlichen Akteure. Die fundamentalen Akteure in der internationalen Politik sind individuelle und private Gruppen, die im Grunde rational und risikoscheu sind und die ihre unterschiedlichen Interessen durchsetzen. Die zweite Voraussetzung ist, dass die Staaten eine Teilmenge der Gesellschaft repräsentieren. Aufgrund der Interessen dieser Teilmenge werden staatliche Präferenzen definiert und in die internationale Praxis umgesetzt. Drittens geht es um gegenseitige Abhängigkeit im internationalen System. Die genaue Konfiguration dieser „Interdependenz“ determiniert nach der liberalen Theorie das Verhalten von Staaten.

---

<sup>213</sup> Schöllgen 2003, 104.

<sup>214</sup> Krell 2004, 69.

<sup>215</sup> Krell 2004, 69; Moravcsik 1997, 520–521.

<sup>216</sup> Moravcsik 1997, 516–521.

Wie ist diese allgemeine theoretische Basis auf Deutschland zu übertragen? Die zentrale Rolle kommt dem Bundeskanzler zu, der „die Richtlinien der Politik bestimmt“ und der auch die Verantwortung trägt. Die klassischen außenpolitischen Institutionen sind in Deutschland aber auch der Außenminister, der Verteidigungsminister sowie der Bundestag. Deren Rolle wandelt sich zwar vor dem Hintergrund vielfältiger Veränderungen,<sup>217</sup> die grundsätzliche Bedeutung besteht aber fort.<sup>218</sup> Im Falle der Irak-Krise finden wir jedoch viele Akteure, die die deutsche Außenpolitik beeinflussten. Im Kapitel III. wurde gezeigt, dass z. B. der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister, der für die Durchführung der Politik zuständig ist, unterschiedlich und teilweise widersprüchlich handelten. Alle Akteure mussten viele Interessen und Faktoren berücksichtigen.

Die wichtigste außenpolitische Entscheidung in der Irak-Krise, nämlich die prinzipielle Ablehnung einer militärischen Lösung des irakischen Problems, war sehr stark innenpolitisch begründet. Da die öffentliche Meinung in Deutschland traditionell gegen den Krieg gerichtet ist,<sup>219</sup> war aus der liberalen Sichtweise der Außenpolitik ausschlaggebend, dass Bundeskanzler Schröder das außenpolitische Thema im Wahlkampf im Sommer 2002 innenpolitisch instrumentalisierte, was scheinbar einer der Gründe für seinen Wahlerfolg im September 2002 war. Der Bundeskanzler als Akteur hat also die Außenpolitik formiert, um seine Chancen in den Wahlen zu vergrößern.<sup>220</sup> Die Opposition war nicht in der Lage, sich mit diesem neuen Wahlkampfthema eindeutig auseinanderzusetzen und eine klare Position zu vertreten. Der oppositionelle Kandidat Edmund Stoiber versuchte zuerst, das Thema zu meiden, lehnte den Begriff „deutscher Weg“ ab, konkretisierte aber die eigene Position nicht. Nachdem sich die Debatte im August 2002 um die Frage erweitert hatte, was im Falle eines Irak-Krieges mit den in Kuwait eingesetzten ABC-Spürpanzern „Fuchs“ zu tun sei, verschärfte sich angesichts der sich nähernden Wahlen auch die Rhetorik. Verteidigungsminister Struck sagte am 29. August, dass die Einheiten im Falle eines Krieges abgezogen wür-

---

<sup>217</sup> Siwert-Probst 1998, 13.

<sup>218</sup> Freund – Rittberger 2001, 100.

<sup>219</sup> Ehrke 2003, 3.

<sup>220</sup> Zu dem Thema der Wahlkampfauseinandersetzungen s. Hedstück – Hellman 2003.

<sup>221</sup> Hedstück – Hellman 2003, 5.

den.<sup>221</sup> Zur Überraschung vieler Beobachter unterschied sich die Position der CDU/CSU nicht wesentlich von der Haltung der Regierung. Der CSU-Kanzlerkandidat Stoiber näherte sich unter dem Einfluss der öffentlichen Meinung (und der Kirchen, die ein wichtiger Verbündeter des christlich-demokratischen Lagers sind und den Krieg stark ablehnten) der Position des Bundeskanzlers an,<sup>222</sup> jedoch mit einem wesentlichen Unterschied. Die Regierungsparteien lehnten jede militärische Aktion gegen den Irak ab, die CDU/CSU lehnte den amerikanischen Alleingang auch ab, war aber dagegen bereit, militärische Maßnahmen unter einem klaren UN-Mandat gegebenenfalls zu unterstützen.<sup>223</sup> Dieser Unterschied fand aber wenig Beachtung.

Aber es gab noch andere Gründe und Motive. Es soll an dieser Stelle daran erinnert werden, dass in Deutschland die Entscheidung, Truppen ins Ausland zu schicken, von einem anderen politischen Akteur abhängt – dem Bundestag. Die Bundeswehr wird sogar als „Parlamentsheer“ bezeichnet. Deutschland hat in den 90er Jahren einen langen Weg in Richtung einer größeren Bereitschaft gemacht, sich militärisch im Ausland zu engagieren. Doch die letzte Entscheidung zur Truppenentsendung nach Afghanistan im Dezember 2001 war für den Kanzler alles andere als einfach – die Zustimmung musste durch die Verbindung der Abstimmung mit der Vertrauensfrage erzwungen werden. Man kann behaupten, dass eine weitere Beteiligung Deutschlands an einer Mission im Ausland dem pazifistischen Flügel der SPD-Fraktion nicht zugemutet werden konnte.<sup>224</sup> Dazu kam auch die Unfähigkeit der Bundeswehr aus Mangel an Kapazitäten,<sup>225</sup> einen solchen Einsatz durchzuführen. Unter diesem Gesichtspunkt kann man sagen, dass der Bundeskanzler die einzig mögliche – weil innenpolitisch durchsetzbare – Politik machte. Der zweite Versuch,<sup>226</sup> die Irak-Frage innenpolitisch auszunutzen, nämlich im Landtagswahlkampf in Nieder-

---

<sup>222</sup> Hedstück – Hellman 2003, 7–9.

<sup>223</sup> Hedstück – Hellman 2003, 8.

<sup>224</sup> Harnisch 2004, 4, 20 und 31.

<sup>225</sup> Verteidigungsminister Struck drückte diese Tatsache deutlich in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der NATO der WEU aus: „Ein Einsatz der Bundeswehr im Irak hingegen ist und bleibt nicht zuletzt vor dem Hintergrund der immensen Belastungen der Truppe durch die angesprochenen Einsätze auf dem Balkan, in Afghanistan und andernorts unter den aktuellen Umständen ausgeschlossen.“ Rede von Bundesverteidigungsminister Peter Struck vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU am 3. 6. 2004. <http://www.bmvg.de/C1256F1200608B1B/CurrentBaseLink/N264X9QQ374MMISDE> [6. 4. 2005].

<sup>226</sup> Vgl. Hacke 2003, 9.

sachsen im Januar 2003, bestätigte zwar die Position der deutschen Regierung im internationalen Rahmen, blieb aber innenpolitisch ohne Erfolg. Die SPD verlor die Landtagswahl – es sei jedoch anzumerken, dass bei den Landtagswahlen traditionell andere Gründe (wirtschaftliche Situation usw.) mehr ausschlaggebend sind.

Das Lavieren der außenpolitischen Entscheidungsträger zwischen verschiedensten Interessen bedeutete aber verschiedene widersprüchliche Äußerungen, die in der Folge die Manövrierfähigkeit Deutschlands in der internationalen Politik beschränkten.<sup>227</sup> Einen solchen Fall stellten die Widersprüche angesichts der deutschen Abstimmung zu einer zweiten Irak-Resolution dar, die oben ausführlich beschrieben wurden. Zu der Mehrdeutigkeit der deutschen Außenpolitik trug auch bei, dass einige Akteure aus verschiedensten Gründen der offiziellen Linie der Bundesregierung widersprachen. Das war der Bundestag mit dem linken Flügel der Regierungsparteien,<sup>228</sup> bzw. mit dem „amerikafreundlichen“ Vizevorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Hans-Ulrich Klose (SPD), dem sich nach eigener Aussage angesichts der Haltung des Bundeskanzlers „die Haare zu Berge stellten“.<sup>229</sup> Ein anderer Akteur, der gemäßigte Positionen bezog, um gute Verhältnisse mit den USA zu wahren und die Meinungsverschiedenheiten zu mildern, war der Koordinator für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Karsten Voigt.<sup>230</sup> In zahlreichen Reden und Interviews auf beiden Seiten des Atlantiks versuchte er, die Positionen der Bundesregierung und der USA zu erläutern. Die Verschiedenheit der Positionen einzelner Akteure zeigten sich auch in der Debatte über die Gewährung der Überflugrechte und „passive“ Beteiligung der Bundesrepublik an den militärischen Operationen, die in einen Streit innerhalb der Koalition mündete. Die offizielle Position der Partei des Außenministers (Bündnis 90/Die

---

<sup>227</sup> Vgl. Dembinski – Wagner 2003, 32.

<sup>228</sup> Z. B. Christian Ströbele bei den Grünen bzw. Ottmar Schreiner bei der SPD.

<sup>229</sup> Zit. nach Hedstück – Hellman 2003, 9.

<sup>230</sup> So sagte er in einem Interview kurz vor Ausbruch des Krieges: „Es hat sicherlich im Lauf der letzten Monate und Wochen rhetorische Fehler und Entgleisungen auf beiden Seiten gegeben, die das Verhältnis belastet haben. In der Sachauseinandersetzung, dem Thema Irak, geht es aber zu wie unter politischen Freunden und Partnern üblich. Wir ringen um gegensätzliche Positionen. Die trennen uns auch unterhalb der Ebene der politische Rhetorik, aber entzweien uns nicht.“ Interview von Karsten D. Voigt, Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, mit „Spiegel-Online“ am 25. 02. 2003 (Auszug). [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe\\_archiv?archiv\\_id=4130](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=4130) [7. 4. 2005].



Grünen) stand damals in krassm Widerspruch zur offiziellen Politik der Bundesregierung.<sup>231</sup>

Im Fall Deutschland und der Irak-Krieg kann man also eine Bestätigung der klassischen liberalen Theorie der internationalen Beziehungen sehen. Diese besagt, dass die Außenpolitik jedes einzelnen Staats auf die Interessen der Akteure bzw. Akteurgruppen zurückzuführen ist. Deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise war aus dieser Sicht vom Interesse der politischen Elite gekennzeichnet, die größtmögliche Unterstützung in den Wahlen (Bundestagswahl 2002, Landtagswahl in Niedersachsen 2003) zu gewinnen und die Antikriegshaltung der Bevölkerung auszunutzen. Das ist bei der Bundestagswahl 2002 gelungen, nicht aber 2003 bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen. Einzelne politische Akteure, die traditionell pazifistische Positionen vertraten (Bündnis 90/Die Grünen), wollten ihre Vorstellungen durchsetzen, andere Akteure, die an guten Beziehungen mit den USA interessiert waren (wie z. B. die Diplomaten im Auswärtigen Amt), handelten anders. Bundesaußenminister Fischer, der sich aus dieser Sicht im „Interessenkonflikt“ befand, löste diese Situation teilweise mit Schweigen, teilweise mit erfolgreichem Lavieren zwischen den Interessen. Das sind nur einige Beispiele des Zusammenspiels der Interessen, die im Falle der Irak-Krise zu sehen waren, wobei es sicher weitere innenpolitische Faktoren gab (z. B. die starke türkische und arabische Minderheit in Deutschland).

### *iii. Deutsche Außenpolitik aus sozialkonstruktivistischer Sicht*

Der Sozialkonstruktivismus betont allgemein die Wichtigkeit der sozialen Realität für das Verhalten eines Subjektes, mag es ein Mensch in der Gesellschaft oder ein Staat in der Staatengemeinschaft sein.<sup>232</sup> Sozialkonstruktivismus betont das Wechselverhältnis kollektiven sozialen Handelns und sozialer Strukturen, d. h. dass soziale Realität (so z. B. die Anarchie im internationalem System, die für den Neorealismus einen zentralen Ausgangspunkt darstellt) durch menschliches Handeln geändert werden kann.<sup>233</sup> Für den Sozialkonstruktivismus spielen auch die Ideen eine viel

<sup>231</sup> „Grünen ist UN-Mandat jetzt egal“, taz, 18. 12. 2002, S. 2; „Luftkampf bei Rot-Grün“, taz, 10. 12. 2002, S. 1; „Misston im Luftraum“, taz, 11. 12. 2002, S. 2; „Die Koalition laviert in der Irak-Debatte“, FAZ, 10. 12. 2002, S. 1; „Überflugrechte, Raketenabwehr, Minensucher“, FAZ, 27. 11. 2002, S. 1; Harnisch 2004, S. 17.

<sup>232</sup> Vgl. Krell 2004, 78; Boekle – Rittberger – Wagner 2001, 106–109.

<sup>233</sup> Krell 2004, 78.

stärkere Rolle als bei anderen Theorien. Die äußere Realität ist nämlich nicht einfach gegeben, sondern ist interpretierbar und wird von den Menschen und Akteuren interpretiert. Die Ideen der Akteure, also auch das, wie sie die Welt wahrnehmen und wie sie sich eine ideale Welt vorstellen, bestimmen ihr politisches Handeln mit. Der Sozialkonstruktivismus misst auch den kulturellen Faktoren eine größere Bedeutung bei, als es bei anderen Außenpolitiktheorien der Fall ist.

An dieser Stelle ist das Verhältnis zwischen der individuellen und der kollektiven Dimension der Willensbildung wichtig. Werte, die primär auf die individuelle Ebene zu beziehen sind, geben Wünsche oder Unerwünschtes an, wobei der Träger diese seine individuellen Werte (also persönlichkeitsbezogene Vorstellungen und Überzeugungen) im Allgemeinen generalisiert, d.h. diese auch für andere als gültig ansieht. Werte unterscheiden sich von Normen darin, dass sie nicht handlungsleitend sind, im Sinne von Geboten. Normen sind des Weiteren intersubjektiv, d.h. sie müssen von einer möglichst großen Zahl an Akteuren geteilt und befolgt werden.<sup>234</sup> Staaten als Gemeinschaften von sozialisierten Akteuren können also gemäß dieser Theorie bestimmte ideengestützte Verhaltensmuster bilden, sogenannte „wert- und ideengestützte Rollenkonzepte“, die das außenpolitische Verhalten und somit die internationale Politik beeinflussen. Diese Rollenkonzepte, die aufgrund der Befolgung von sozialisierten (eingelebten) Normen entstehen, können sowohl im internationalen als auch im innerstaatlichen Umfeld entstehen. Im Unterschied zu anderen Außenpolitiktheorien sind die Interessen in dieser Wahrnehmung an sich kaum fest vorgegeben, sondern bilden einen Teil dieser sozialisierten Normen und können sich auch unter dem Einfluss von bestimmten Ideen und Werten von einzelnen Akteuren ändern.

Die sozialkonstruktivistische Theorie setzt also allgemein voraus, dass sich aufgrund von spezifischen Sozialisierungsbedingungen (sowohl innen- als auch außenpolitischen) in einzelnen Staaten bestimmte Handlungsnormen bilden, die dann das außenpolitische Verhalten mitbestimmen.

Der Sozialkonstruktivismus ist zweifellos die dominante Theorie in der heutigen Forschung zur deutschen Außenpolitik. Die Befürworter dieser Theorie argumentieren, dass die im beschränkten Rahmen handelnde Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit des Kalten Krieges –

---

<sup>234</sup> Vgl. Harnisch 2002, 24.

als Folge der geschichtlichen Entwicklung der totalitären Herrschaft und der totalen Niederlage – durch einige spezifische, innerhalb der Gesellschaft bzw. innerhalb der Elite der außenpolitischen Entscheidungsträger, konstruierte und sozialisierte Normen geprägt war.<sup>235</sup>

*Gebot des Pazifismus: „Nie wieder Krieg“*

Das erste Gebot bestand in einem instinktiven Pazifismus, aus Ablehnung des Krieges überhaupt bzw. als einer „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ heraus. Deutschland sollte nach dem Zweiten Weltkrieg nach Meinung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung überhaupt keine Streitkräfte haben. Es ist eine bemerkenswerte historische Situation, dass in Deutschland nach den beiden verlorenen Weltkriegen ganz unterschiedliche Einstellung gegenüber den Streitkräften herrschte. Nach dem Ersten Weltkrieg, der im Deutschland als ein gerechter Krieg empfunden wurde, wurde die Reichswehr von der Seite der Siegermächte beschränkt und Deutschland strebte nach der Aufhebung dieser Beschränkung, um die Ergebnisse des verlorenen Krieges zu revidieren und die Folgen des „Dolchstoßes“ zu kippen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, der keinesfalls als ein gerechter Krieg empfunden werden konnte und der zu einer unvergleichbaren Vernichtung in Deutschland geführt hatte, wurde die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik durch Konrad Adenauer durchgesetzt, wobei in der bundesdeutschen Politik ein breiter Konsensus darüber herrschte, dass die Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung des Westens gegen den sowjetischen Block dienen sollte. Die neu entstandene Bundeswehr und somit auch die deutsche Sicherheitspolitik waren immer durch eine Reihe von Beschränkungen gebunden. So wurde in Artikel 87a des Grundgesetzes festgelegt, dass die Bundeswehr ausschließlich zur Verteidigung des Territoriums der Bundesrepublik bzw. der NATO eingesetzt werden darf. Die Streitkräfte wurden auf einem multilateralen Prinzip ausgebaut: es gab keinen „Generalstab“. Die Bundeswehr wurde darüber hinaus strikt nach dem Prinzip der Landesverteidigung aufgebaut, v.a. in Bezug auf die Stationierung und die Aufrüstung. Die Ausstattung wurde weiterhin vertraglich begrenzt. Diese Eindämmung der deutschen militärischen Macht – garantiert durch die westlichen Siegermächte – diente sowohl einem innerdeutschen (bessere Anpassung an den deutschen

---

<sup>235</sup> Vgl. Maull 1999, 4ff; Risse 2003, 7ff; Krotz, 11.

Nachkriegspazifismus und Konstruktion der Rolle einer friedlichen Zivilmacht) als auch einem außenpolitischen Zweck (Beruhigung von möglichen Befürchtungen in Nachbarländern vor einer möglichen Rückkehr einer deutschen militärischer Expansion).

*Gebot des Multilateralismus: „Nie wieder allein“*

Hand in Hand mit der oben beschriebenen Entwicklung gewann eine andere Maxime an Bedeutung: Scheu vor Wiederholung eines deutschen Sonderweges, einer in der Folge verheerenden unilateralistischen Außenpolitik Deutschlands zwischen Ost- und Westeuropa. Wie schon vorher gesagt, löste Konrad Adenauer mit seiner Politik der Westbindung das historische deutsche Optionsdilemma.<sup>236</sup> Der deutsche Multilateralismus wurde somit zu einem Teil der deutschen außenpolitischen Identität. Die aktive Unterstützung des KSZE-Prozesses durch die sozial-liberale Koalition oder das Engagement in der Nord-Süd Problematik gehörte auch in diesen Rahmen. Multilateralismus ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zweifellos zum Kern der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu zählen.

*Gebot des Machtverzichts: „Keine Machtpolitik mehr“*

Ein wichtiger Bestandteil der außenpolitischen Ausrichtung der Bundesrepublik, der mit den oben angeführten eng zusammenhing, war der bewusste Verzicht auf die klassische Machtpolitik (oder sogar Machtvergessenheit) und Konstruktion der Rolle Deutschlands als einer Zivilmacht, welche nicht nur die Probleme in den internationalen Beziehungen vorrangig mit Mitteln der Diplomatie lösen sollte, sondern sich auch „[um die] Zivilisierung der internationalen Beziehungen im Sinne der Friedenorientierung, der Bereitschaft zur Übertragung nationaler Souveränität auf supranationale Institutionen und der aktiven Förderung internationaler Interdependenz [bemühen sollte]“.<sup>237</sup> Thomas Risse argumentiert sogar, dass der Verzicht auf die klassische Machtpolitik „in der Tat zur außenpolitischen Staatsräson der Bundesrepublik gehört.“<sup>238</sup>

Für dieses Verständnis der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bürgerte sich der Begriff der „Zivilmacht“ ein, also eines Staates der auf-

---

<sup>236</sup> Schöllgen 1999, 45ff.

<sup>237</sup> Risse 2003, 7.

<sup>238</sup> Risse 2003, 7.

grund seiner bestimmten spezifischen außenpolitischen Verhaltensweise dazu geeignet ist, die Zivilisierung der internationalen Politik aktiv voranzutreiben. Die Vertreter der sozialkonstruktivistischen Theorie und des Rollenkonzeptes der Zivilmacht behaupten zu Recht, dass Deutschland sein außenpolitisches Handeln vor allem durch den Einklang mit den Normen des Pazifismus, Multilateralismus, Transatlantismus, und Machtverzichts zu gestalten versuchte.

In der deutschen Nachkriegszeit galt also die These,<sup>239</sup> nach der die sowohl innen- als auch außenpolitisch definierte Zugehörigkeit zum Westen nationale Interessen der BRD bestimmte. Die Normen der Westgemeinschaft waren damit selbst zu Nationalinteressen Deutschlands geworden, teilweise auch weil sie zur Erfüllung anderer Nationalinteressen führten. Gewiss war sich nämlich Konrad Adenauer bewusst, dass sein außenpolitischer Weg der einzig mögliche war. Mit seiner Politik gelang es ihm, vergleichsweise schnell ein hohes Maß an Souveränität für die Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Mit der Entstehung der supranationalen Organisationen wurden nämlich beide Seiten abgefunden: Deutschland gewann an „Handlungsspielraum“ und die westeuropäischen Staaten (v. a. Frankreich) hatten eine klassische vollständige Souveränität Deutschlands verhindern können, durch welche sie sich bedroht gefühlt hätten.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurden einige dieser Verhaltensnormen durch einen langsamen Lern- und Anpassungsprozess gekippt, hauptsächlich was die erste Maxime, also die Nichtanwendung militärischer Gewalt, angeht. Diese Entwicklung zog sich durch die 90er Jahre hindurch und rief und ruft intensive Diskussionen über die deutsche Außenpolitik hervor.<sup>240</sup>

Die Irak-Krise und die deutsche Politik können unter diesem Blickwinkel als ein viel radikalerer Bruch mit einigen der oben beschriebenen Verhaltensnormen gesehen werden, aber auch als Einhaltung von anderen. Anja Dalgaard-Nielsen formuliert ihre Beobachtung: „The German Chancellor may have been moved by tactical considerations rather than deeply held convictions when he chose to run on an anti-war platform. But his success in mobilizing voters on this issue and his subsequent inability to stop the anti-war buzz once back in office had to do with ingrained Ger-

---

<sup>239</sup> Siehe v.a. Risse 2003, 6ff.

<sup>240</sup> Vgl. dazu Peters 2001.

man beliefs and convictions. The peace-mongering of Gerhard Schröder tapped into widespread sentiments among the policy-making elite of the center-left and the population at large.<sup>241</sup> Problematisch an dieser Sichtweise ist, dass die pazifistische Mentalität der deutschen Wählerschaft und der außenpolitischen Elite durch die wachsende Bereitschaft zur Anwendung militärischer Gewalt in den letzten Jahren erheblich korrodierte. Die Einhaltung von einigen traditionellen Normen und Verhaltensmustern (Pazifismus) bedeutete eine Verletzung von anderen Normen (Völkerrecht, Multilateralismus, Transatlantismus).

Der Bruch mit der Norm der Vorrangigkeit des Völkerrechts (welches im multilateralen Verständnis der deutschen Außenpolitik immer eine große Rolle spielte) begann bereits 1998, als sich Deutschland an einem eindeutig völkerrechtswidrigen Krieg im Kosovo beteiligte. Die völkerrechtliche Legitimation des Irak-Krieges war wesentlich stärker als die des Kosovo-Krieges (falls man überhaupt von einer völkerrechtlichen Rechtfertigung des damaligen NATO-Einsatzes sprechen kann). Das Verhalten Deutschlands in Bezug auf den Irak kann man auch so interpretieren, dass Deutschland mit der Betonung der Notwendigkeit eines UN-Mandats für die Lösung der Irak-Krise einen Weg zurück zu den ursprünglichen Verhaltensnormen suchte, nachdem die pazifistischen Werte der deutschen Wählerschaft und der Entscheidungselite und die aus ihnen entstandenen Normen der deutschen Außenpolitik gebrochen worden waren. Viel wichtiger für die deutsche Außenpolitik ist allerdings der Bruch mit den Verhaltensnormen des Multilateralismus und Transatlantismus. Nach diesem Verständnis kann man aufgrund der historischen Analyse der deutschen Außenpolitik zu dem Schluss kommen, dass ungeachtet aller Schwierigkeiten und unterschiedlichen Interessen gute Beziehungen innerhalb der westeuropäischen Gemeinschaft und vor allem mit den USA für die deutsche Außenpolitik immer eine absolut vorrangige Norm, sogar einen Wert an sich bildeten. Das musste so sein, denn von den guten Bezie-

---

<sup>241</sup> „Mag sein, dass es eher taktische Überlegungen als tiefe innere Überzeugungen waren, die den Bundeskanzler bewogen, seinen Wahlkampf auf eine Anti-Kriegs-Kampagne zu stützen. Aber sein Erfolg, die Wähler in dieser Frage zu mobilisieren, sowie seine anschließende Unfähigkeit, wieder im Amt die Anti-Kriegs-Bewegung zu stoppen, hingen mit tief in der deutschen Gesellschaft verwurzelten Werten und Überzeugungen zusammen. Die Friedensmacherei von Gerhard Schröder knüpfte an weitverbreitete Einstellungen der links-liberalen politischen Elite sowie der gesamten Bevölkerung an.“ Eigene Übersetzung. S. Dalgaard-Nielsen 2003, 101.

hungen mit den Verbündeten hing die sicherheitspolitische Existenz Deutschlands ab. Diese Grundsätze waren jahrzehntlang feste Bestandteile der deutschen Außenpolitik, doch während der Irak-Krise verhielt sich Deutschland im Grunde genommen unilateral, indem Bundeskanzler Schröder durch seine vorzeitigen und kaum widerrufbaren Worte den Handlungsspielraum und die Druckmöglichkeiten der internationalen Gemeinschaft verringerte, ohne abzuwarten, bis eine gemeinsame Position innerhalb Europas gefunden werden konnte. Deutschland lenkte in der späteren Phase zwar ein,<sup>242</sup> unterstützte eine gemeinsame europäische Position und gab einen Teil seiner Argumentation auf, trotzdem war sein Handeln nicht vor allem durch die Suche nach einer gemeinsamen europäischen Position geprägt, sondern durch die Durchsetzung eigener Politik und Interessen.

Der Bruch mit dem Wert des Transatlantismus ist eindeutig – zum ersten mal hatte Deutschland nicht nur andere Meinung als die USA (das war in der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg ziemlich oft der Fall), sondern hinderte die USA auch aktiv an ihrer Politik, was in Washington als eine USA-feindliche Politik gewertet wurde und deshalb schwerwiegende Folgen für die deutsch-amerikanischen Beziehungen hatte. Für die multilateral orientierte deutsche Außenpolitik war bemerkenswert, dass sich diese Hinderung hauptsächlich innerhalb der multilateralen Organisationen abspielte: in der NATO im Falle von Verteidigungsplänen für die Türkei im Januar und Februar 2003 und zu etwas späterer Zeit im UN-Sicherheitsrat (s. dazu entsprechende Passagen im Kapitel III.). Ein solches Verhalten war in der Geschichte der deutschen Außenpolitik ohne Präzedenz. Immerhin muss aber auch erwähnt werden, dass es in diesem Verständnis eine gewisse Grenze gab: der Wert der „Bündnistreue“. Obwohl einige Akteure darauf drängten, war Bundeskanzler Schröder nicht bereit, die Substanz des Bündnisses mit den USA irreparabel zu zerstören, was z. B. mit einer Verweigerung der Überflugsrechte oder durch den Abzug der Spürpanzer „Fuchs“ hätte geschehen können. Man kann also behaupten, dass gute Beziehungen zu den USA für die deutsche Außenpolitik immer eine vorrangige Bedeutung haben und dass man von einer Norm des Transatlantismus sprechen kann. Die sich aus mehreren Umständen (v.a. Sicherung Deutschlands durch US-Streitkräfte wähen des Kalten

---

<sup>242</sup> Siehe die Entwicklung um die Schlussfolgerungen der Sondersitzung des Europäischen Rates am 17. Februar 2003.

Krieges) ergebende fast absolute Vorrangigkeit dieser Norm ist leider vorbei. Dabei war es eben diese Vorrangigkeit, die aus einer sozialisierten Norm einen Wert an sich für die außenpolitische Entscheidungselite machte.

## **2. Zusammenfassung der Motive und Gründe**

Zu welchen Schlussfolgerungen kommt man, wenn man die drei Ansätze der Außenpolitikforschung vergleicht und zusammen bewertet? Dies ist eine interessante Frage für die allgemeine Entwicklung der deutschen Außenpolitik. Im Falle der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschlands während des Kalten Krieges bestand ein Einklang von Normen und Interessen mit realpolitischem Denken. Den Entscheidungsträgern war nämlich klar, dass ein deutsches Streben nach einer klassischen vollständigen Souveränität (also ohne inter- und supranationale Beschränkungen) sofort eine Gegenreaktion hervorrufen würde. Man kann also den Begriff einer spezifischen deutschen außenpolitischen Identität verwenden, welche eben durch die Koexistenz der o.a. innerstaatlich sozial konstruierten und sich im internationalem Umfeld auswirkenden Normen und klassischen außenpolitischen Instrumenten und Interessen geprägt war.

Es ist wichtig, an dieser Stelle auch auf die Verknüpfung von innen- und außenpolitischen Komponenten in der deutschen Nachkriegsidentität hinzuweisen. Thomas Risse fasst zusammen: „Zivilmacht, Multilateralismus und Europaorientierung können also als die drei konstitutiven Bestandteile der deutschen außenpolitischen (Eliten-) Identität beschrieben werden. Alle drei Bestandteile sind eng aufeinander bezogen, sie bildeten sich in den Debatten der Nachkriegszeit in der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit heraus, und sie verknüpfen innere und äußere Aspekte der nationalen Identität. Dass Deutschland eine kooperativ und multilateral angelegte Außenpolitik betreibt, hängt eng mit der inneren Verfasstheit des Landes zusammen.“<sup>243</sup>

Im Falle der deutschen Außenpolitik während des Irak-Krieges ist die Analyse weniger eindeutig. Wie oben beschrieben, liefern alle drei etablierten Theorien der Außenpolitikforschung eine plausible Erklärung für die Motive und Gründe der deutschen Außenpolitik in der Irak-Krise. Im ersten Teil wurde die deutsche Außenpolitik unter der Sichtweise des Neorealismus beschrieben. Wenn wir annehmen, dass die Staaten nach Einfluss

---

<sup>243</sup> Risse 2003, 8.



bzw. Autonomie streben, ist die Politik von Gerhard Schröder ein Beispiel einer Politik, in der ein Staat versucht, seine Autonomie und Handlungsspielraum zu vergrößern. Dies stand in dem langfristigen Trend der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung, die versuchte „ihre Autonomie und gleichzeitig ihren Einfluss zu vergrößern“.<sup>244</sup> Die Beharrung auf einer eigenständigen Position kann also als ein Versuch bewertet werden, sich auch in sicherheitspolitischer Hinsicht aus der Abhängigkeit von den USA zu lösen und eigenständige Politik zu betreiben. Diese Entwicklung beschreibt auch die liberale Theorie, aber von einem anderen Standpunkt. Die treibende Kraft, bzw. der entscheidende außenpolitische Akteur war Bundeskanzler Schröder. Wenn man seine Außenpolitik analysiert, stellt man fest, dass die Absage von Gerhard Schröder an eine Teilnahme Deutschlands an einem „militärischen Abenteuer“ im Irak sich in eine Reihe von Stellungnahmen einfügt, in denen er eine umfassende „Normalisierung“ der deutschen Politik einforderte, die dem Selbstverständnis einer großen Macht in Europa würdig sei.<sup>245</sup> Wenn man diese Analyse akzeptiert, kommt man zu einem überraschenden Einklang zwischen neorealistic und liberaler Außenpolitikdeutung. Andere Akteure vertraten aus liberaler Sicht andere Interessen (z. B. Außenminister Fischer, der traditionell mehr die Kontinuität und Verlässlichkeit der deutschen Außenpolitik in den Vordergrund setzt<sup>246</sup> oder Bündnis 90/Die Grünen, die ihren eigenen Weltvorstellungen folgten). Eine wertbezogene Erklärung im Sinne der sozialkonstruktivistischen Außenpolitiktheorie bietet auch ein hilfreiches Erklärungsmuster, jedoch mit geringerer Plausibilität. Wie schon oben angedeutet, lässt sich zwar die Politik der rot-grünen Regierung auf die traditionellen Antikriegseinstellungen in der deutschen Gesellschaft zurückführen. Mit dieser Argumentation lässt sich aber der Bruch mit den Normen des Transatlantismus und Multilateralismus nicht erklären. Hinzu kommt noch, dass die pazifistischen und völkerrechtlichen Einstellungen durch die immer größere Bereitschaft zu militärischen Interventionen im Ausland in den 90er Jahren erheblich geschwächt wurden. Über wirklich pazifistische Werte und Einstellungen kann man wirklich nur bei einer kleinen Gruppe der deutschen Wählerschaft reden. Was geblieben ist, ist eher eine Zurückhaltung gegenüber unilateralistischer Anwendung militärischer

---

<sup>244</sup> Baumann – Rittberger – Wagner 2001, 65.

<sup>245</sup> Vgl. Hedstück – Hellman 2003, 15.

<sup>246</sup> Hedstück – Hellman, 16.

Gewalt. Die Wahlkampfstrategie der SPD versuchte, dies auszunutzen. Eine wertebegriifene Analyse kann aber darauf hinweisen, dass die Werte bei der deutschen Wählerschaft und der außenpolitischen Entscheidungselite nicht gebrochen, sondern „umdefiniert“ wurden.

In einer solchen Argumentation würde die Norm des Multilateralismus erhalten bleiben, da Deutschland immerhin vor allem innerhalb der multilateralen Institutionen handelte und sich am Ende einer gemeinsamen Position anschloss. Das ist zwar richtig, aber die Vordergrundigkeit der multilateralen Institutionen für die deutsche Außenpolitik ging im Irak-Krieg eindeutig verloren. Das entspricht der neorealistischen Erklärungsweise, welche das Streben von Staaten nach Autonomie betont. Auch der Wert des Transatlantismus wurde während der Irak-Krise auf das absolut notwendigste Minimum heruntergeschraubt. Hätte die Bundesregierung die Überflugrechte verweigert, bzw. die Spürpanzer „Fuchs“ aus Kuwait abgezogen, wären die Schäden im deutsch-amerikanischen Verhältnis für lange Jahre irreparabel gewesen. Auch hier kann man diese Politik aus neorealistischer (Deutschland strebte nach Autonomie, aber nicht zu viel, damit es nicht ganz an Einfluss verliert) bzw. aus liberaler Sicht (Gerhard Schröder als Politiker, der als Bundeskanzler ein deutliches Zeichen in der Geschichte hinterlassen will) erklären, als aus sozialkonstruktivistischer Sicht (der Wertebriuch wurde eindeutig geschildert).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die drei Auenpolitiktheorien einen hilfreichen Beitrag zur Erforschung der deutschen Außenpolitik in der Irak-Krise bieten. Indem man sich „verschiedene theoretische Brillen“ aufsetzt, kann man einzelne Aspekte der Außenpolitik herausarbeiten und gezielt und getrennt analysieren, was neben der detaillierten Beschreibung, die sicher eine Urvoraussetzung ist, einige interessante Ausgangspunkte für die Endanalyse bietet.

### **3. Folgen für die langfristige Entwicklung der deutschen Außenpolitik**

In diesem letzten Teil soll gezeigt werden, dass die deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise nicht „vom Himmel gefallen ist“, sondern dass sie in einigen früheren Tendenzen gewisse Ursprünge hat und dass viele der Tendenzen, welche in den 90er Jahren zu beobachten waren, in das deutsche Verhalten zwischen September 2001 und Mai 2003 mündeten.

Die allgemeinen Züge der deutschen Außenpolitik in der Irak-Krise kann man folgendermaßen herausarbeiten. Die deutsche Außenpolitik war (1) durch das Streben nach mehr Autonomie und nach Bewahrung

der außenpolitischen Souveränität Deutschlands gekennzeichnet. Weiterer wichtiger Bestandteil war (2) die Bereitschaft oder sogar der Mut der außenpolitischen Entscheidungsträger (v.a. von Bundeskanzler Schröder), außenpolitische Tabus zu brechen und der deutschen Außenpolitik eine neue Gestalt zu geben und dem Handlungsspielraum neue Grenzen zu setzen.

Das Streben nach mehr Autonomie ist in der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung nichts grundsätzlich Neues. An dieser Stelle schließe ich mich der neorealistischen Theorie an, die genau diese Entwicklung vorhersieht. Wenn man die Entwicklung der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung analysiert, ist ein langsam wachsendes Autonomiebestreben sichtbar, das v.a. im Bereich der Europa- und Sicherheitspolitik zum Ausdruck kam. Es begann schon unter der Regierung von Helmut Kohl mit einer Abkühlung der EU-freundlichen Rhetorik. So distanzierte sich Helmut Kohl schon 1992 von dem Begriff „Vereinigte Staaten Europas“, den er selbst noch einige Jahre zuvor zu benutzen pflegte. Nach dem Vertrag von Maastricht sprach er sich gegen eine europäische politische Union aus und 1998 warnte er sogar vor einem „Europäischen Zentralstaat“.<sup>247</sup> Diese Verschiebung in der Rhetorik hängt mit einigen konkreten Schritten der Bundesregierung in der Europapolitik zusammen, welche die Vertiefung der Integration in bestimmten Bereichen stoppten (Blockade eines integrationsfreundlichen niederländischen Entwurfes des Maastrichter Vertrages, Verhinderung der Verschiebung von Asyl- und Migrationpolitik in den Bereich der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit während des Gipfels in Amsterdam). Die aktuellen Diskussionen über den Beitrag Deutschlands zum EU-Haushalt, zum Stand der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik lassen sogar grundsätzliche und sehr gut belegte Überlegungen über eine „De-Europäisierung“<sup>248</sup> der deutschen Außenpolitik entstehen, die zum heutigen Zeitpunkt diskutiert werden. Man kann vielleicht nicht von einer „De-Europäisierung“ in allen Politikbereichen reden, wohl aber konstatieren, dass Deutschland seit ungefähr Mitte der 90er Jahre bei den Entscheidungen über weitere Kompetenzübertragung an die EU sehr genau auf deutsche Interessen achtet und abwägt, ob ein Autonomieverlust durch einen Einflusszuwachs ausgeglichen wird.

---

<sup>247</sup> Vgl. Schneider – Schmalz – Jopp 2001, 56.

<sup>248</sup> Hellman et al. 2005.

Einige Autoren behaupten, dass die europäische politische Elite, in die auch Bundeskanzler Schröder gehört, eine Lehre aus der Irak-Krise zog und anfangs sich stärker für eine wirklich gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen,<sup>249</sup> und zwar hauptsächlich im Rahmen des EU-Konventes.<sup>250</sup> Die Unfähigkeit Europas, nicht nur die USA an ihren Plänen zu hindern, sondern auch eine komplexe, realisierbare Alternativlösung des Irak-Konflikts vorzuschlagen, führte zu noch stärkeren Bemühungen, Europa als einen gleichberechtigten sicherheitspolitischen Akteur in der Welt zu etablieren. Das ist nur bedingt wahr, denn die strukturellen Beschränkungen der erweiterten EU sind zu groß, um eine wirklich einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik gestalten zu können. Im Falle Deutschlands gilt, dass eine Fortentwicklung der ESVP unterstützt wird. Die rot-grüne Koalition ist aber – und das ist ein weiteres Hindernis – aus innen- und haushaltspolitischen Gründen nicht bereit, genügend Ressourcen für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen.<sup>251</sup>

Die Folgen der Irak-Krise für die deutsche Außenpolitik sind also widersprüchlich. Einerseits versucht Deutschland eine eigenständigere Rolle in der EU zu spielen und eigene Interessen und Meinungen immer stärker durchzusetzen. Diese Entwicklung ist bis in die 90er Jahre zurückzuführen und wurde in der Irak-Krise sehr deutlich, blieb aber ohne Erfolg, da sich dem deutsch-französischen Tandem eine breite Opposition gegenüber stellte. Andererseits versucht Deutschland, sich zusammen mit anderen europäischen Staaten aus der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA zu emanzipieren. Das können die europäischen Staaten jedoch nicht einzeln erreichen, sondern nur gemeinsam durch intensivere Zusammenarbeit z. B. im Rahmen der ESVP. Diese zwei Tendenzen stehen also im Widerspruch. Im Falle Deutschlands stellt sich ein weiteres Problem, nämlich Ressourcenmangel und der daraus resultierende Widerspruch zwischen Worten und Taten. Es bleibt abzuwarten, auf welche Weise die deutsche Politik dieses aktuelle sicherheitspolitische Dilemma lösen wird.

Was den weiteren Aspekt der deutschen Politik in der Irak-Krise angeht, nämlich die Bereitschaft, der deutschen Außenpolitik eine neue

---

<sup>249</sup> Vgl. Hacke 2003, 13ff und Dembinski – Wagner 2003, 35f.

<sup>250</sup> Vgl. „Sicherheitsrat hobt Irak-Sanktionen auf“, SZ, 23. 5. 2003 S. 1; „Sicherheitsrat verabschiedet neue Irak-Resolution“, FAZ, 23. 5. 2003, S. 1.; „USA besiegen auch die UNO“, taz, 23. 5. 2003, S. 1.

<sup>251</sup> Vgl. Overhaus 2003, 49.

Gestalt zu geben, bzw. Tabus zu brechen, so muss die Analyse wohl breiter angelegt sein.

Eine der Veränderungen, die in der deutschen Außenpolitik nach der Irak-Krise aufzuzeigen ist, ist die Gefährdung der transatlantischen Beziehungen. Der Bundeskanzler war bereit, die guten Beziehungen zu den USA aufs Spiel zu setzen, was in diesem Umfang einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik war. Gleichzeitig muss man aber zugeben, dass die Beziehungen keinesfalls irreparabel zerstört wurden, wie sich zwei Jahre nach dem Irak-Krieg zeigt. Gerhard Schröder war nicht bereit, das deutsch-amerikanische Verhältnis substantiell zu zerstören, z. B. durch die Verweigerung der Überflugrechte, dazu sind beide Partner zu eng miteinander verbunden.

Eine weitere wichtige Veränderung war die Verdrängung des multilateralen Prinzips in der deutschen Außenpolitik. Deutschland erschwerte mit seiner frühen Festlegung die Suche nach einem gemeinsamen Standpunkt innerhalb der NATO und der EU sehr. Die wichtigsten außenpolitischen Initiativen Deutschlands in den Monaten vor dem Krieg fanden außerhalb des multilateralen Rahmens – entweder mit Frankreich oder mit Frankreich und Russland – statt. Die Spaltung der EU in zwei Lager („Brief der Acht“ und „Achse Paris – Berlin“) war unter anderem durch die innenpolitisch (durch die Wahlen in Niedersachsen) begründete Unnachgiebigkeit der deutschen Regierung entstanden, die Möglichkeit eines Krieges gegen den Irak auch nur in Beracht zu ziehen. Dass Deutschland diesen Schritt schließlich doch tat und die Erklärung des Europäischen Rates vom 17. Februar 2003 mit unterzeichnete, markiert einen eindeutigen Positionswechsel und weckt Zweifel, inwieweit die vorherige Position der Bundesregierung aus einer tiefen Überzeugung bzw. Bedrohungsanalyse stammte oder ob sie vielleicht nur innenpolitisch (sprich: Zwecks Wahlkampf) aufgebaut wurde.

Die Irak-Krise bedeutete aber auch eine Veränderung in den Beziehungen zu Russland. Russland half, Deutschland aus der internationalen Isolation zu ziehen, erlebte seine Rückkehr auf die politische Weltbühne und gehörte zu den entscheidenden Spielern im UN-Sicherheitsrat. Zu den überdurchschnittlich guten deutsch-russischen Beziehungen trugen zweifellos auch die Gemeinsamkeiten während der Irak-Krise bei. Es muss aber wohl in diesem Zusammenhang bemerkt werden, dass die deutsch-russischen Beziehungen auf einem breiteren Fundament als nur auf einer „Männerfreundschaft“ zwischen Gerhard Schröder und Vladimir Putin, bzw. zwischen Helmut Kohl und Boris Jelzin stehen (v.a. wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen spielen eine wesentliche Rolle).

Eine weitere wichtige Folge der Irak-Krise und der Erkenntnis, dass Deutschland seine Positionen nur beschränkt durchsetzen kann, sind zweifellos die Bemühungen Deutschlands „in finsterem Ernst“ um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Diese Priorität ist allerdings nichts Neues, der Sitz im UN-Sicherheitsrat war schon eines der Ziele von Klaus Kinkel. Neu ist nur die Priorität, die diesem Ziel beigemessen wird. Sie hängt nämlich mit gleichzeitigen Verhandlungen über eine Reform der UN zusammen – in den 90er Jahren führte die Reformdebatte zu keinem Ergebnis. Jetzt ist die Situation eine Andere. Die deutsche Politik in der Irak-Krise war einerseits eine gute Ausgangsposition für die Sicherheitsratbemühungen, da Deutschland das zeigte, was eine Großmacht zu einer Großmacht macht: nämlich die Fähigkeit, eine eigene Politik zu formulieren und sie auch zu verteidigen. Andererseits hat Deutschland hauptsächlich in den Augen der USA die Vertrauenswürdigkeit eines berechenbaren Bündnispartners verloren. Deren Unterstützung für einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat ist längst nicht sicher und so kann man sagen, dass Deutschland (zusammen mit Indien, Brasilien und Japan) zwar eine vergleichsweise gute Position hat, aber dass noch nichts entschieden ist.

Die „Militarisierung der deutschen Außenpolitik“, also eine wachsende Bereitschaft Deutschlands, sich im Ausland militärisch zu engagieren, ist eines der offenkundigsten Merkmale der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung. Die deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise hat mit diesem Thema viel zu tun. Deutschland war vor dem Ausbruch der Irak-Krise mit ca. 8000 Soldaten der größte Truppensteller in internationalen Missionen nach den USA, egal ob in antiterroristischen, friedenserzwingenden oder friedenserhaltenden. Dies brachte die Bundeswehr, die eine Wehrpflichtarmee ist, bis an die Grenze ihrer Kapazitäten. Ein Einsatz im Irak kam schon allein aus technischen und finanziellen Gründen nicht infrage. Hier ist also auch eine neue Tendenz zu verzeichnen: In den 90er Jahren passte sich die Bundeswehr den politischen Aufgaben an, jetzt war es anders. Die innenpolitischen Umstände (die knappe Mehrheit im Bundestag und die beschränkte Einsatzfähigkeit der Bundeswehr) drängten den Bundeskanzler zu einer Verhinderung der Entsendung von deutschen Truppen in den Irak. Wenn ein Krieg unter dem Mandat der UN geführt worden wäre, wäre es für Deutschland sehr schwierig gewesen, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Eine solche Entwicklung hätte aber angesichts der Wahlkampfparolen das Ende der rot-grünen Koalition bedeuten können. Es ist ein weiterer wichtiger Punkt, dass solche innenpolitisch

begründeten Überlegungen die Außenpolitik – natürlich mit vielen anderen Faktoren – mitbestimmen.<sup>252</sup>

## V. Schlussfolgerung

Außenpolitisches Verhalten eines Staates ergibt sich meistens nicht einfach von selbst, sondern wird von mehreren Faktoren mitbestimmt. Es gibt verschiedene Theorien der internationalen Beziehungen bzw. Außenpolitiktheorien, mit Hilfe derer diese Faktoren analysiert werden können. Einige legen Wert auf Strukturen des staatlichen Systems, einige auf innenpolitische Akteure, einige auf sozialisiertes Verhalten bzw. auf Normen. Es wird auch oft versucht, das Verhalten eines Staates aufgrund seiner Geschichte zu erklären.

Die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung im Jahre 1990 bot vielen Autoren die Möglichkeit, die Plausibilität der jeweiligen bevorzugten Ansätze zu testen. Zusammen entstanden als Folge des veränderten geopolitischen Umfeldes und der Auflösung der globalen Bipolarität eine Vielfalt von neuen Ansätzen und Theorien, welche die neue Situation zu erklären versuchen. Alle diese Faktoren tragen dazu bei, dass die deutsche Außenpolitik eines der Felder ist, das häufig beschrieben und analysiert wird. In dieser Arbeit versuchte ich, einige der Ansätze zu verwenden und zu synthetisieren, um am Ende eine möglichst objektive Beschreibung des außenpolitischen Verhaltens und der Gründe und Motive für dasselbe zu erhalten. Es gibt nämlich auch deswegen so viele außenpolitische Theorien, weil die heutige Außenpolitik hochkomplex ist, so dass sie nur durch eine Sichtweise nicht vollständig erfasst werden kann.

Die deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise wurde von mehreren gekoppelten Faktoren bestimmt. Deren genaue Aufteilung und Strukturierung ist sehr schwierig und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die wichtigsten Züge sollen aber im Folgenden enthalten sein.

Die strukturbezogenen Faktoren folgen der Auffassung, dass Außenpolitik eines bestimmten Staates hauptsächlich durch dessen Position im internationalen System bestimmt wird. Was die strukturelle Position Deutschlands im internationalen System angeht, kann man behaupten, dass das wiedervereinigte Deutschland in den 90er Jahren einen Weg zu größerer Selbststän-

---

<sup>252</sup> Zu dieser Argumentationslinie siehe Harnisch 2004, 4ff.

digkeit suchte. Der Begriff der „deutschen Interessen“ wurde wiederentdeckt und verwendet, die Interessen wurden einigen Normen bzw. Gewohnheiten vorgezogen. Für diese Entwicklung etablierte sich die Bezeichnung „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik. Die deutsche Politik vor allem im Sommer 2002 und um die Jahreswende 2002/2003 kann nur als logische Konsequenz dieser langjährigen Entwicklung hin zur größeren Emanzipation Deutschlands bewertet werden. Es bleibt fraglich, inwieweit eine andere Regierung die Emanzipation und eine eigene Meinung so in den Vordergrund gestellt hätte, doch der Trend ist unübersehbar. Zu diesem Faktorenbündel gehört auch die Abwendung vom deutschen Multilateralismus, die sich hauptsächlich in vier Ereignissen zeigte: (1) in der Substanz der deutschen Position des „doppelten Neins“, welche die Glaubwürdigkeit der UN als multilateralen Institution untergrub. Die verkündete deutsche Absicht, eventuell das nicht passende Ergebnis des multilateralen Prozesses nicht zu akzeptieren, bedeutete eine Anzweiflung des ganzen Prozesses und der internationalen militärischen Drohkulisse gegenüber dem Irak. (2) im Verzicht auf die Suche nach einer gemeinsamen Position der EU im Januar/Februar 2003 (die deutsche Festlegung, ein militärisches Vorgehen nicht zu unterstützen), (3) in der Blockade des türkischen Ersuchens nach Verteidigungskonsultationen im Januar 2003 und (4) in der Suche nach neuen Wegen in der Politikbildung, wie man das in deutsch-russisch-französischen Initiativen sehen kann. In allen diesen Ereignissen kann man sehen, dass deutsche Außenpolitik zwar die multilateralistischen Prinzipien unterstützt, aber auf die Worte nicht immer die Taten folgen.

Die normenbezogenen Faktoren spielten in der deutschen Außenpolitik stets eine vergleichsweise große Rolle. Es besteht kein Zweifel, dass der Wert des Multilateralismus nicht ganz aus der deutschen Außenpolitik verschwunden ist. Was die wichtigsten Momente für die Abkehr vom Multilateralismus angeht, gilt, dass (1) Deutschland letzten Endes die gemeinsame Position der EU am 17. Februar mitunterschrieb und dass (2) Deutschland mit Belgien die Blockade im NATO-Rat aufgab und dass (3) die deutsch-russisch-französische Plattform nach dem Irak-Krieg fast verschwunden ist. Obwohl hier die Emanzipation der deutschen Außenpolitik gewisse Grenzen fand, ist die Entwicklung hin zur mehr Selbständigkeit und Normalisierung eindeutig und unübersehbar.

Die akteurs- und politikbezogenen Faktoren umfassen eine breite Skala von Einflüssen. Es fängt an beim wichtigsten deutschen außenpolitischen Akteur, dem Bundeskanzler. Seine Bereitschaft, ein außenpolitisches Thema



innenpolitisch zu instrumentalisieren bzw. seine fehlende Bereitschaft, politisches Kapital zu riskieren, um amerikanische Politik zu unterstützen, war für die deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise ausschlaggebend. Dass die deutschen Wähler die amerikanischen Pläne gegen den Irak nicht unterstützten, ist nicht zwangsläufig auf einen tief verwurzelten deutschen Pazifismus zurückzuführen, so wie es Anja Dalgaard-Nielsen tut,<sup>253</sup> sondern vielleicht mehr auf ein Vermittlungsproblem der Bush-Administration gegenüber der Weltöffentlichkeit und auf unterschiedliche Bedrohungsbewertungen und -wahrnehmungen. Schließlich war die Unterstützung der öffentlichen Meinung für den Irak-Krieg auch z. B. in Großbritannien gering. Trotzdem waren einige Politiker in anderen Ländern bereit, den Wert einer guten transatlantischen Beziehung zu bevorzugen und innenpolitische Schwierigkeiten zu riskieren. Dass der deutsche Bundeskanzler zu einem solchen Schritt nicht bereit war (wie es Konrad Adenauer bei der Wiederbewaffnung, Helmut Schmidt beim NATO-Doppelbeschluss oder immer noch Gerhard Schröder im Kosovo-Krieg bereit gewesen waren), ist ein Zeichen der Veränderung der deutschen Außenpolitik. Die Unfähigkeit des Kanzlers, eine eigene Mehrheit für eine etwaige Unterstützung der amerikanischen Politik innerhalb der eigenen Koalition zu finden bzw. die fehlende Bereitschaft der Bundeswehr, sich im Irak-Krieg zu engagieren, sind in diesem Zusammenhang wohl wichtige, aber zweitrangige Gründe.

Alle diese Gründe und Motive bildeten am Ende die deutsche Außenpolitik. Es bleibt nur die Frage nach der Bewertung dieser Politik. Hat sie Deutschland etwas Wesentliches gebracht? Positives oder Negatives? War sie ein Zeichen eines neuen, selbstbewussten Deutschlands? Oder eines „deutschen Sonderweges“ sogar? Wenn man sich mit der Außenpolitik im Allgemeinen beschäftigt, kommt man zu einer verneinenden Antwort auf diese Fragen. Deutschland bzw. die deutschen außenpolitischen Akteure haben eine Politik beschlossen und durchgeführt, vor allem auf die innenpolitischen Interessen der Entscheidungselite zielt. Das ist in den Außenpolitiken der meisten Staaten nichts Ungewöhnliches. Der Inhalt und die Durchführung dieser Politik war von der Stellung des Staates in der Struktur der internationalen Staatengemeinschaft und von den dort herrschenden Regeln stark beeinflusst. Und der letzte wichtige beeinflussende Faktor waren sozialisierungs- und normenbezogene spezifische Faktoren, die es bei jedem Staat gibt.

---

<sup>253</sup> Vgl. Dalgaard-Nielsen 2003, 101.

Die deutsche Außenpolitik war ein Zusammenschluss von allen oben angeführten Faktoren, wobei einige das Ergebnis mehr und andere weniger mitbestimmten, so wie es bei anderen Staaten auch der Fall ist. Aufgrund der Beschreibung der deutschen Außenpolitik in der Irak-Krise und der Analyse durch drei unterschiedliche theoretische Perspektiven kann man die These aus der Einführung als bestätigt sehen: Das viel diskutierte außenpolitische Verhalten Deutschlands während der Irak-Krise war kein Zufall, sondern kann aufgrund theoriebezogener Außenpolitikanalyse in die 90er Jahre zurückverfolgt werden.

Die deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise ist viel kritisiert worden, ob berechtigt oder unberechtigt. Eine kritische Stellungnahme wäre an dieser Stelle möglich, das ist aber nicht Absicht des Verfassers. Es ist zweifellos vieles beschädigt bzw. vernichtet worden, Deutschland hat dagegen eine größere Maß an Selbständigkeit gewonnen.

Insgesamt muss also die deutsche Außenpolitik in der Irak-Krise als ein Schritt zu einem „normalen“ europäischen Staat (oder einer europäischen Großmacht, wenn man diesen Begriff rein analytisch benutzen mag) bewertet werden, nicht aber als ein Schritt auf einem „deutschen Sonderweg“.

## 1. Zeitungen und Zeitschriften

1. Der Spiegel
2. Die Tageszeitung (taz)
3. Financial Times Deutschland (FTD)
4. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
5. Frankfurter Rundschau (FR)
6. Neue Zürcher Zeitung (NZZ)
7. Süddeutsche Zeitung (SZ)

## 2. Literatur

### *i. Arbeiten zur Irak-Krise*

BUCHTA, WILFRIED: Irak unter internationalem Druck. In: Jahrbuch Internationale Politik 2001–2002. Wagner, Wolfgang et al. (Hrsg.), Oldenbourg, München 2004, 77–86.

- DEMBINSKI, MATTHIAS – WAGNER, WOLFGANG: Europäische Kollateralschäden. Zur Zukunft der europäischen Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Band 31–32 (2003), 31–38.
- HUNGER, IRIS: Akute Bedrohung oder permanentes Risiko? – Die Chemiewaffen. In: *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*. Kubbig, Bernd W. (Hrsg.), Campus, Frankfurt am Main 2003, 50–55.
- KUBBIG, BERND W.: Risiko versus Bedrohung – Eine Begriffsbestimmung. In: *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Kubbig, Bernd W. (Hrsg.), Campus, Frankfurt am Main 2003, 32–34.
- MEIER, OLIVER: Die Aktivitäten im Atomwaffenbereich. In: *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Campus, Frankfurt am Main 2003, 38–44.
- MEIER, OLIVER: Die Rolle der Atomenergiebehörde und der UN-Inspektoren. In: *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Kubbig, Bernd W. (Hrsg.), Campus, Frankfurt am Main 2003, 173–187.
- RUDOLF, PETER: Wie der 11. September die amerikanische Außenpolitik verändert hat. In: *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Campus, Frankfurt am Main 2003, 144–152.
- RUDOLF, PETER: Der 11. September, die Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik und der Krieg gegen den Irak. In: *Zeitschrift für Politik* 3 (2003), 257–280.

*ii. Arbeiten zur deutschen Außenpolitik in der Irak-Krise*

- DALGAARD-NIELSEN, ANJA: Gulf War: The German Resistance. In: *Survival* 45 (2003), 99–116. <http://survival.oupjournals.org/cgi/reprint/45/1/99.pdf> [2. 5. 2004].
- HACKE, CHRISTIAN: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 24–25 (2003). <http://www.bpb.de/files/H1H7MN.pdf> [2. 5. 2004].
- HARNISCH, SEBASTIAN: German Non-Proliferation Policy and the Iraq Conflict. Manuscript to be submitted to the Journal “German Politics”, 23. 2. 2004. <http://www.sebastian-harnisch.de/docs/germanpolitics.pdf> [2. 5. 2004].
- HEDSTÜCK, MICHAEL – HELLMANN, GUNTHER: „Wir machen einen deutschen Weg.“ Irak-Abenteuer, das transatlantische Verhältnis und die Risiken der Methode Schröder für die deutsche Außenpolitik. <http://www.uni-frankfurt.de/fb03/prof/hellman/mat/irak.pdf> [25. 4. 2004].

*iii. Andere Literatur*

- BAUMANN, RAINER – RITTBERGER, VOLKER – WAGNER, WOLFGANG: Neo-realist foreign policy theory. In: *German foreign policy since unification. Theories and case studies*. Rittberger, Volker (Ed.), Manchester University Press, Manchester/New York 2001, 37–67.

- BOEKLE, HENNING – RITTBERGER, VOLKER – WAGNER, WOLFGANG: Constructivist foreign policy theory. In: German foreign policy since unification. Theories and case studies. Rittberger, Volker (Ed.), Manchester University Press, Manchester/New York 2001, 105–137.
- EHRKE, MICHAEL: Der Irak-Krieg in der deutschen Öffentlichkeit. Friedrich–Ebert–Stiftung, März 2003. <http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/folder/politikanalyse/irakoeffent.pdf> [4. 4. 2005].
- FREUND, CORINNA – RITTBERGER, VOLKER: Utilitarian-liberal foreign policy theory. In: German foreign policy since unification. Theories and case studies. Rittberger, Volker (Ed.), Manchester University Press, Manchester/New York 2001, 68–104.
- KRAUSE, JOACHIM: Die transatlantischen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges. Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik No. 9, Mai 2003.
- KRELL, GERT: Theorien in den internationalen Beziehungen. In: Einführung in die internationale Politik. Studienbuch. Knapp, Manfred – Krell, Gert (Hrsg.), Oldenbourg, München u.a. 2004, 57–81.
- KROTZ, ULRICH: National Role Conceptions and Foreign Policies: France and Germany Compared. Working Paper 02, Minda de Gunzburg Center for European Studies, Cambridge, Massachusetts.
- KUBBIG, BERND W.: Wolfowitz' Welt verstehen. Entwicklung und Profil eines „demokratischen Realisten“. HSFK-Report 7 (2004), Hessische Stiftung für Frieden- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main 2004. <http://www.hsfk.de/downloads/re-port0704.pdf> [24. 11. 2004].
- MAULL, HANNS W.: Germany and the Use of Force: Still a Civilian Power? Paper prepared for the Workshop on Force, Order and Global Governance, An Assessment of the U.S., Germany and Japanese Approaches. The Brookings Institution, Washington DC, July 1–2, 1999. Version: Aug. 25, 1999.
- MAULL, HANNS W.: Rot-grüne Außenpolitik: Vier Jahre und hundert Tage. Editorial zum Sammelband. In: Deutschland im Abseits. Rot-Grüne Außenpolitik 1998–2003, Maull, Hanns W. – Harnisch, Sebastian – Grund, Constantin (Hrsg.), Nomos, Baden-Baden 2003. [http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/4\\_4\\_editorial.pdf](http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/4_4_editorial.pdf) [2. 5. 2004].
- MAULL, HANNS W.: Deutsche Außenpolitik. Von der Stagnation in die Krise. In: Jahrbuch internationale Politik 2001–2002, Wagner, Wolfgang et al. (Hrsg.), Oldenbourg, München 2004, 177–188. [http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/dt\\_ap\\_jahrbuch.pdf](http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/maull/pubs/dt_ap_jahrbuch.pdf) [2. 5. 2004].
- MÜLLER, HARALD: German Security and Stability Policy. Conference Paper, German Foreign Policy in the 1990s and beyond. KonferenzCentrum Brühl, July 14th to 17th 2004.
- OVERHAUS, MARCO: Zwischen kooperativer Sicherheit und militärischer Interventionsfähigkeit. Rot-grüne Sicherheitspolitik im Rahmen von ESVP und

- NATO. In: Deutschland im Abseits. Rot-Grüne Außenpolitik 1998–2003, Maull, Hanns W. – Harnisch, Sebastian – Grund, Constantin (Hrsg.), Nomos, Baden-Baden 2003, 49–63.
- PETERS, DIRK: The Debate about a New German Foreign Policy. In: German foreign policy since unification. Theories and case studies. Rittberger, Volker (Ed.), Manchester University Press, Manchester/New York 2001, 11–33.
- RISSE, THOMAS: Deutsche Identität und Außenpolitik. Unveröffentl. Manuskript, Januar 2003.
- SIWERT-PROBST, JUDITH: Die klassischen außenpolitischen Institutionen. In: Deutschlands neue Außenpolitik. Band 4. Institutionen und Ressourcen, Eberwein, Wolf Dieter – Kaiser, Karl (Hrsg.), Oldenbourg, München 1998, 13–28.
- SCHNEIDER, H. – JOPP, M. – SCHMALZ, U. (Hrsg.): Neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen. Europa Union Verlag, Institut für Europäische Politik, Berlin 2001.
- SCHÖLLGEN, GREGOR: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. C. H. Beck, München 1999.
- SCHÖLLGEN, GREGOR: Die Macht in der Mitte Europas. C. H. Beck. München 2000.
- SCHÖLLGEN, GREGOR: Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Propyläen, München 2003.
- WALTZ, KENNETH: Theory of international Politics. Addison-Wesley, Reading, Massachusetts 1979. Reprinted in: Classics of international Relations.

*iv. Artikeln in Fachzeitschriften*

- HELLMAN, GUNTHER – BAUMANN, RAINER – BÖSCHE, MONIKA – HERBORTH, BENJAMIN – WAGNER, WOLFGANG: De-Europeanization by Default? Germany's EU Policy in Defense and Asylum. In: Foreign Policy Analysis 1 (2005), 143–164.
- MORAVCSIK, ANDREW: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics. In: International Organization 51, 4 (1997), 513–553.